

SONDERTHEMA 14 / FEBRUAR 2014

Schweizer Banken: Gute Gründe für mehr Courage

Ein offener Brief an das Schweizer Volk

Von Marie-Hélène Miauton



Diese Publikation entstand mit der Unterstützung
der Organisation SwissRespect.

Mit der vorliegenden Sonderpublikation schliessen wir an den Diskurs an, den wir im Dossier «Bankenplatz Schweiz: Vor der Renaissance?» und in zahlreichen Beiträgen zur Zukunft des Finanzplatzes geführt haben.

Marie-Hélène Miautons Aufruf für mehr Courage und Selbstbewusstsein hat 2012 in der Romandie viel Aufmerksamkeit erregt. Wir finden, dass es ihre Thesen verdienen, auch jenseits des französischen Sprachraums offen diskutiert zu werden.

Deshalb bieten wir hier eine gekürzte und an einigen Stellen aktualisierte erstmalige Übersetzung in deutscher Sprache.

Die Redaktion

Inhalt

05 Warum wende ich mich an Sie?

08 Natürlich verstehe ich Ihre Wut...

13 Klar, dass es ein Wirtschaftskrieg ist!

23 Engagement zur Verteidigung des Finanzplatzes

27 Es ist Zeit zu kämpfen!

41 Zum guten Schluss

Diese Publikation geht auf ein Buch zurück, das im Herbst 2012 in der Romandie unter dem Titel «Banques suisses: les raisons de lutter»¹ erschien und für einiges Aufsehen sorgte – in der Bankenwelt und ausserhalb. Das Buch legt dar, wie unser Finanzplatz mit Wettbewerbsverzerrungen konfrontiert ist, die seine internationale Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen. Die Mehrheit der Länder, die von ihm ein besseres Verhalten fordern, zeigt wenig Interesse daran, die Regeln, die sie anderen aufzwingen, auf sich selbst einzuhalten. Das Werk zeigt auf, dass die Schweizer Bankiers nicht anders handeln als ihre Mitbewerber weltweit. Das wird jene Bürger beruhigen, die glauben, dass es nur der gerechte Preis für die schlechten Praktiken der Schweizer Institute sei, wenn sie angegriffen werden. In Wahrheit handelt es sich jedoch um einen Wirtschaftskrieg, der hinter den Kulissen moralischer Alibis stattfindet.

Seit dem Erscheinen des Werks im Herbst 2012 sind zahlreiche Ereignisse eingetreten, die die darin ausgedrückten Befürchtungen bestätigt haben. Rekapitulieren wir:

Auf europäischer Ebene haben die Bemühungen der Schweiz, mit den Problemen der Vergangenheit abzuschliessen, noch zu keinem Ergebnis geführt. Nur England und Österreich haben den Rubik-Vertrag unterzeichnet. Frankreich ist nicht auf das Angebot eingetreten. Deutschland jedoch, das den Vertrag abgelehnt hatte, öffnet nun wieder die Tür für Gespräche. Wenn sich diese Bereitschaft bestätigt, wäre es für die Schweiz in einem weiteren Schritt vielleicht möglich, ein solches Abkommen, das Abkommen allen EU-Ländern vorzuschlagen. Das wäre eine gute Sache.

Mit Frankreich haben sich die Beziehungen verschlechtert, seitdem es den Vertrag zur Doppelbesteuerung unangekündigt aufgehoben hat. Danach wurde – ebenfalls ohne dies mit uns zu besprechen – beschlossen, das Gesetz zur Erbschaftssteuer zu ändern. Unsere Finanzministerin hat dem zugestimmt, obwohl der neue Text unsere in Frankreich lebenden Staatsbürger ebenso beeinträchtigt wie die in der Schweiz lebenden Franzosen. Glücklicherweise hat der Nationalrat die Änderung im Dezember 2013 klar und deutlich abgelehnt. Die Entscheidung des Ständerats steht noch aus.

Im Verhältnis mit den USA befinden sich die Spannungen auf dem Höhepunkt. Der Bundesrat hatte die Lex Americana zwar angenommen (noch eine Kapitulation), doch die Räte verweigerten ihr im letzten Sommer die Zustimmung. Die politischen Parteien beklagten, von der eidgenössischen Exekutive als Geisel genom-

men und gezwungen worden zu sein, in aller Eile über ein Abkommen zu entscheiden, dessen konkrete Folgen sehr unklar blieben. Eine gute Reaktion, die jedoch wirkungslos blieb, da in der Folge das Regulierungsabkommen durch Bundesrätin (Frau) Widmer-Schlumpf unterzeichnet wurde. Die Banken mussten sich ihm unterwerfen – auf Druck der FINMA, deren Rolle in der Branche immer stärker kritisiert wird.

Dieses «Programm zur Steuerregulierung» wurde unilateral von den USA vorgeschlagen und legt fest, dass jede Bank «dafür sorgen muss, dass keinerlei Verstösse gegen amerikanisches Recht begangen wurden». Die Geschichte wiederholt sich, denn zwischen 1997 und 1999 mussten die Schweizer Banken nachweisen, dass sie keine nachrichtenlosen Vermögen verwahrten. Um dies zu belegen, wurden nicht weniger als 600 Rechnungsprüfer für den läppischen Betrag von 700 Millionen Dollar eingestellt. Ganz zu schweigen von den involvierten Bankangestellten, die die Experten unterstützen mussten und von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten wurden. All das, um am Ende 150 Millionen zu zahlen. Ebenfalls nicht zu vergessen: die 1,25 Milliarden, welche die grossen Banken in einem Rahmenabkommen «zur Deckung aller Kosten» entrichten mussten. In den darauffolgenden Monaten jedoch wurden keine oder nur schwache Beweise vorgelegt, die für systematische Beteiligungen an der Steuerhinterziehung von «US-Bürgern» sprachen. Diese Angelegenheit hat die Schweizer Banken enorme Summen gekostet, obwohl sie rechtlich nicht belangt werden konnten. Sie haben sich also anprangern lassen, um sich zu einem sehr hohen Preis eine illusorische juristische Sicherheit zu erkaufen. Die Vereinigten Staaten hatten über einige der Bedingungen des Abkommens Stillschweigen bewahrt. Nur durch Nachfragen erkannten die Betroffenen das Ausmass der an sie gestellten Forderungen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass sich die Schweizer Unterhändler an der Nase herumführen liessen, behaupteten sie doch, dass die kleinen lokalen Banken sich ohne Rechnungsprüfung und Geldbusse aus der Angelegenheit heraushalten könnten.

Die Niederlage des Schweizer Finanzplatzes wurde endgültig besiegelt, als die FATCA-Vereinbarung durch die Räte angenommen wurde und das Referendum nicht zustande kam. Damit wurde den Amerikanern die automatische (aber nicht gegenseitige!) Weiterleitung von Daten zugesagt, was im Grunde bedeutet, dass diese Praktik ganz schnell zur Regel im Geschäft mit all unseren Partnern werden wird. Gleichzeitig handeln die Banken von Delaware und Miami in den USA weiterhin nach Belieben, und London profitiert von Trusts oder dem Status «Ansässige, deren Hauptwohnsitz nicht im Vereinigten Königreich liegt». Der Schweizer Finanzplatz wird fortan Regeln unterworfen sein, denen seine Konkurrenten nicht ausgesetzt sind. Nicht zu vergessen dabei der berühmte «Swiss Finish», der zu all den Regeln, die unser Finanzplatz bereits ertragen muss, noch ein Extra an kleinlichen Vorschriften hinzufügt.

Dank der Unterstützung des Verbands SwissRespect, der sich klar und auf beeindruckende Weise für genau diese Thematik einsetzt, steht der offene Brief nun auch den Lesern der deutschsprachigen Schweiz zur Verfügung. Um das Ruder noch einmal herumzureissen und noch zu retten, was zu retten ist, sollen die nachfolgenden Feststellungen und Lösungsvorschläge einen stimulierenden und entscheidenden Beitrag leisten. ◀

Marie-Hélène Miauton
Februar 2014

1 Warum wende ich mich an Sie?

«Beleidigungen der Ehre können nicht repariert werden.»

Pierre Corneille

«Sie mussten zwischen Krieg und Unehre entscheiden;
Sie haben die Unehre gewählt und werden Krieg haben.»

Winston Churchill

Liebe Landsleute,
Bürger der Schweiz,
nach der Verfassung souveränes Volk,

in der Schweiz ist das Volk im wahrsten Sinne des Wortes souverän: die Verfassung verleiht ihm die oberste politische Autorität. Statt mich also an unsere Bundesräte zu wenden, was bei uns, bei allem Respekt vor deren Rang, einfach ist, wollte ich lieber direkt die Quelle jeder legitimen Macht adressieren: Sie, liebe Leserinnen und Leser, Schweizer Bürger, meine Landsleute.

Gestatten Sie mir also, diesen offenen Brief zu einer Frage an Sie zu richten, die andauernd in unseren Medien auftaucht und Sie permanent beschäftigt. Natürlich betrifft sie den Schweizer Finanzplatz. Mit anderen Worten, es geht um unser Bankgeheimnis. Noch anders ausgedrückt, um die Steuerflucht, mit der wir uns aus der Sicht anderer Länder zu deren Schaden bereichern.

Diese unaufhörlichen Angriffe, die als gerechtfertigt erscheinen können, dermassen haben einige Banker mit dem Feuer gespielt, machen mich mehr und mehr in meiner Ehre als Bürgerin betroffen. Die uns gegenüber benutzten Worte sollten nicht ohne weiteres akzeptiert werden. Zum Beispiel Arnaud de Montebourg, der vor seinem Antritt als französischer Industrieminister sagte²: «Die Schweizer Banken machen sich der Mittäterschaft und der Hehlerei schuldig. Die Schweiz ist dazu verurteilt, das Ende des Schutzes dieser internationalen Kriminalität zu organisieren, deren Refugium sie ist. Die Verteidiger des Schweizer Banksystems symbolisieren heute das, was am aktuellen Kapitalismus, der zum Scheitern verurteilt ist, am schmutzigsten und unmoralischsten ist.» Oder die Worte des ehemaligen deutschen sozialdemokratischen Finanzministers, Peer Steinbrück, der behauptet: «Die Schweiz hat ihren Platz auf der schwarzen Liste der Steuerparadiese», und ferner behauptet, dass man, um sie in die Knie zu zwin-

gen, «nicht nur Zuckerbrot, sondern auch die Peitsche nehmen muss», um sie dann zu vergleichen mit «Indianern, die vor der Kavallerie fliehen». Oder auch jene Worte von Sigmar Gabriel, Chef der deutschen SPD, der die helvetischen Banken der organisierten Kriminalität beschuldigt. Oder die Worte eines Eric Woerth, der entschieden erklärte, bevor er selbst in die Sache Bettencourt verwickelt wurde: «Das Bankgeheimnis ist eine Reliquie vergangener Zeiten.» Als wäre es an ihm, dies zu entscheiden!

Die internationalen Beziehungen sollten nicht Streitereien im Kindergarten gleichen, und es gilt einige Gepflogenheiten wieder einzuführen, damit die Welt nicht verwildert. Ich glaube, Frankreich hat noch nie ein derartiges Vokabular benutzt, selbst nicht gegen die zweifelhaftesten seiner «Freunde» wie die Herren Ben Ali, Gadhafi oder Mobutu. Jetzt muss man annehmen, dass die Schweiz zur Feindin Frankreichs geworden ist, was auf eine Kriegslage schliessen lässt. Es ist ein «Wirtschaftskrieg». Davon sprach Sergio Ermotti, Generaldirektor der UBS, in einem Interview mit einer grossen Zürcher Zeitung³. Auch wenn die Bank, bei der er beschäftigt ist, Verursacherin des Konflikts mit den USA ist, hat er mit seiner Analyse nicht unrecht. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Ohne die Kreativität oder Kampflust unserer Unternehmen kleinreden zu wollen, ihre internationalen Erfolge haben Schweizer Unternehmen auch bzw. zu grossen Teilen dem Schweizer Image zu verdanken. Die politische Stabilität des Landes, die Kraft seiner Institutionen, die Ernsthaftigkeit seiner Engagements, seine Neutralität, seine Gutwilligkeit, seine Respektierung unterzeichneter Verträge: alles das färbt auf Unternehmen ab. Das gilt ganz besonders für den Schweizer Finanzplatz, der professionelle Qualitäten derselben Art für sich beansprucht. Der Beweis: obwohl sie dermassen internationalisiert sind, dass ihre Hauptaktionäre Ausländer sind (einer aus Katar, der andere aus Singapur), haben unsere beiden Grossbanken die Schweizer Referenz in ihrem Namen behalten. Man könnte glauben, das nützt ihnen! Umgekehrt schadet es der Schweiz als Nation, wenn das Ansehen der Unternehmen leidet, die sich auf die Schweiz berufen. Daher müssen Katastrophen wie der Unfall von Seveso, das Grounding der Swissair oder die Rettung der UBS auf politischer Ebene geregelt werden, nicht nur aufgrund ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern auch wegen ihrer Effekte auf das Ansehen des Landes.

Ich glaube jedoch, dass es unserer Regierung an jenem Kampfgeist fehlt, den sie für diese Fragen haben sollte. Wenn man ihr aber Vorwürfe macht, muckt sie natürlich auf. Klar, es ist einfach, zu kritisieren, ohne selbst an der Front zu stehen und Tag für Tag gordische Knoten lösen zu müssen, die von skrupellosen oder wenig pffiffigen Financiers geschickt geknüpft wurden. Ich akzeptiere diese Einwände. Es stimmt, es ist nicht nur unser Bundesrat, der nicht so gern kämpft, sondern das ganze Land. Wir Schweizer Bürger kämpfen auch nicht. Zweifellos, weil wir es nicht mehr gewohnt sind, uns zu schlagen. Seitdem die Schweizer in der Lage waren, problemlos ihre Kinder zu ernähren, waren sie nicht mehr gezwungen, ihr Leben als Söldner im Ausland anzubieten. Der letzte Bürgerkrieg war 1847 der Sonderbundskrieg, der knapp einen Monat dauerte und bei dem weniger als 100 Opfer gezählt wurden. Später haben die grossen Weltkonflikte unser Land mobilisiert, an seinen Prinzipien festzuhalten, ohne jedoch militärisch eingreifen zu müssen. Also handelt es sich nicht um einen übertriebenen Verdacht, dass die Schweiz nicht mehr kämpfen kann und dass sie das erforderliche Know-how für diese Art von Übung verloren hat. Dass ihr die Aggressivität, die aus der Notwendigkeit resultiert, körperlich oder wirtschaftlich zu überleben, abhandengekommen ist oder sie ihr widerstrebt. Dass ihre Diplomaten nette dialektische Mittel nutzen, aber nicht mit der List umgehen können, die in unserer harten und barschen Welt erforderlich wäre. Dass der Bund nur nach Art der Gentlemen kämpfen kann: im Rahmen festgesetzter, akzeptierter, respektierter Regeln. Nicht im Dschungel!

Wegen derselben Gründe sind wir ferner von innen her vermint. Ein guter Teil der helvetischen Intelligentsia gefällt sich in der Selbstkritik. Nichts findet hier Gnade vor ihren Augen, und das Ausland hat immer recht. Diese Art von Unterwanderungsarbeit ist nicht ohne Wirkung auf unsere Institutionen, die kleinmütig werden, auch nicht auf uns, denn irgendwann werden wir die Schweiz für ein unehrliches Land halten.

Ein grosser Teil der Bürger merkt jedoch, zwar noch etwas vage, dass die Dinge nicht so einfach sein können. Dass es unmöglich ist, dass die Schweiz sich als einzige falsch verhält. Dass unsere Ankläger eine weisse Weste haben, wir dagegen eine rabenschwarze. Sie haben von zahlreichen Steuerparadiesen gehört, die weitaus himmlischer sind als unseres, und erst wenn sie Vergleiche ziehen, entlasten sie sich. Ich appelliere an unsere Bundesräte, mehr an dieses Volk zu denken, das eher den Kopf hebt, als auf jene aus ihrem Umfeld zu hören, die sie zur permanenten und bedingungslosen Unterwürfigkeit anstiften.

Fügen Sie dem hinzu, dass wir, die Schweizer, uns über die wirtschaftliche Zukunft Gedanken machen. Für den Moment ist alles gut, sogar bestens. Zu gut, meinen zweifellos einige unserer ausgebluteten Nachbarn! Unsere Zentralbank bemüht sich, mit Milliarden gegen einen zu starken Schweizer Franken zu kämpfen, der der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft schadet. Unsere kleinen und mittelständischen Betriebe kämpfen mutig und ohne sich zu hoch zu verschulden. Das SECO⁴ sorgt für die Überwa-

chung der Gesundheit dieser Unternehmen. Unsere Uhrenindustrie macht unglaubliche Gewinne und, wenn einige unserer grossen Schweizer Unternehmen auch Mühe haben, so ist es nicht das erste Mal, und sie werden sicher die notwendigen Ressourcen finden, um wieder auf die Beine zu kommen. Also haben wir am meisten Angst um unseren Finanzplatz. Selbst wenn er bei weitem nicht vom Vorteil des Bankgeheimnisses lebt, wird er einen grossen Teil seiner internationalen Marktanteile verlieren, wenn er darauf verzichten muss, ohne dass die anderen Steuerrefugien ebenfalls reglementiert werden. Die Gelder wandern dann einfach nach Singapur, Miami oder, gleich nebenan, nach Grossbritannien. Die Finanzbranche macht 12 Prozent unseres BIP aus, und noch viel mehr, wenn man alle positiven Nebenwirkungen ihrer Aktivitäten auf den Fremdenverkehr, die Hotellerie, den Luxushandel usw. mitrechnet. Können wir uns eine derartige Ausblutung erlauben? Ist es wirklich vernünftig, die UBS gerettet zu haben, zu einem hohen Preis auch für die Bevölkerung, um danach den ganzen Finanzplatz zu verschleudern? Darüber sollten wir noch einmal gut nachdenken.

Das alles, weil unsere derzeitigen Gegner Probleme haben, ihre nationalen Haushalte unter Dach und Fach zu bringen, und überall frisches Geld suchen müssen. In erster Linie die nicht gezahlten Steuern ihrer Steuerzahler. Das ist legitim und geschieht zu Recht. Aber warum nur in der Schweiz und nicht auch in anderen Steuerparadiesen, und davon gibt es viele, insbesondere in der EU, die uns angreift. Warum suchen sie nicht in ihren eigenen Reihen, um dort für Ordnung zu sorgen? Alles Fragen, die man ihnen stellen sollte, oder nicht? Die Schweiz empfiehlt ferner einen Austausch von Steuerinformationen auf Anfrage und nicht automatisch, denn sie will nicht zum Finanzamt der Franzosen, Italiener oder Deutschen werden. Diese Länder haben Behörden dafür, mit Kontrolleuren und haufenweise Beamten.

Voilà, liebe Mitbürger, das ist es, warum ich mir erlaube, Ihnen zu schreiben, um Ihnen die Fakten in Erinnerung zu rufen und Sie mit einigen Wahrheiten zu konfrontieren. Wenn es mir gelingt, Sie zu überzeugen, dann können Sie von den Ihnen gewählten Politikern und vom Bundesrat eine entschlossene und mutige Haltung verlangen. Dieser Mut verlangt nicht mehr, wie unsere Vorfahren das Leben auf dem Kampffeld zu riskieren. Das ist Anlass zur Freude. Dies heisst aber nicht, dass es keinen Kampf mehr gibt! Auch nicht, dass es keine Ehre mehr gibt!

**Marie-Hélène
Miauton**

ist Ökonomin und Kolumnistin von «Le Temps». Sie studierte an der Universität Lausanne an der Fakultät für Business und Economics. Sie ist Verwaltungsratspräsidentin des von ihr im Jahr 1978 gegründeten Unternehmens M.I.S Trend AG, eines Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung mit Hauptsitz in Lausanne. Zuletzt von ihr erschienen: «Criminalité en Suisse: la vérité en face» (Favre, 2013).



Marie-Hélène Miauton, fotografiert von Catherine Gailloud.

2 Natürlich verstehe ich Ihre Wut...

«Behalten Sie Ihre Ruhe; Wut ist kein Argument.»

Daniel Webster (1782–1852)

«Also wenn dich jemand wütend macht, dann ist es dein eigenes Urteil, das dich wütend macht.»

Epiktet (50–125 n. Chr.)

Natürlich verstehe ich und teile ich Ihre Wut im Hinblick auf die Machenschaften einiger unserer Banker. Ganz besonders erregt die UBS unsere Aufmerksamkeit.

Die erste Frage, die man sich stellen muss, ist, ob es richtig war, die UBS zu retten. Natürlich behaupten alle Spezialisten in diesen Fragen, alle Finanzverwaltungsfachleute, dass das systemische Risiko, das 2008 eingegangen wurde, zu gross war, um der Sache ihren Lauf zu lassen. Da ich nicht zu diesen Kreisen gehöre, kann ich das nicht beurteilen. Es wäre jedoch gut, wenn man uns eines Tages die Einsätze erklärt (mit einfachen Worten statt uns dauernd zu erzählen, dass das alles «dermassen» kompliziert sei), damit wir diese politische Entscheidung, die – man muss es nochmals betonen – getroffen wurde, ohne uns zu fragen, endlich zu den Akten legen können.⁵

Man darf das Schweizer Volk auch nicht in dem Glauben lassen, dass es die Rettung der UBS bezahlt habe. Lassen Sie uns erklären, was die Schweiz im Oktober 2008 getan hat. Zuerst hat sie die Bank mit 6 Milliarden Schweizer Franken rekapitalisiert. Sie hat diese Beteiligung 2009 mit einem substantiellen Gewinn von 1,2 Milliarden Franken wieder verkauft. Zwar war die Operation riskant, aber sie hat den Steuerzahler letzten Endes bereichert. Als zweite Massnahme wurde ein Stabilisierungsfonds⁶ gegründet, der die «toxischen» Werte⁷ der UBS für einen Betrag von 38,7 Milliarden Dollar gekauft hat. Mitte 2012 war dieser Fonds bereits auf «nur» noch 6,4 Milliarden geschrumpft. Die Bilanz der ganzen Sache kann erst gezogen werden, wenn dieser Fonds liquidiert sein wird. Die 2,3 Milliarden Gewinn, die bisher für diese beiden Operationen eingestrichen wurden, lassen Bestes erhoffen. In anderen Ländern ist das nicht so, selbst nicht in Deutschland, wo der Staat immer noch auf einem unverkäuflichen Fonds von 50 Milliarden Euro sitzt.

Ein Verantwortlicher der UBS, der anonym bleiben möchte, sagte mir kürzlich, dass es besser gewesen wäre für die Bank, keine Hilfe des Staates zu bekommen, und dass sie es mit eigenen Mitteln geschafft hätte. Eine solche Behauptung ist natürlich bequem, nachdem die Ereignisse ihren Lauf genommen haben. Die UBS nicht zu unterstützen, war dennoch in Betracht zu ziehen, selbst wenn es sehr riskant war. Viele von uns glauben, dass sie sich in grosse Schwierigkeiten gebracht hat durch den Kauf zweifelhafter Werte aus Subprimes und dass sie für ihre Fehler eventuell sogar mit ihrer Existenz bezahlen müsste.

Hätte es die UBS ohne Hilfe schaffen müssen, und angenommen, sie hätte es geschafft, dann hätte sie sich vielleicht danach besser verhalten. Zweifellos hätte sie den Managern nicht wieder wahnsinnige Gehälter und ihren Tradern nicht wieder die früheren Boni zahlen können. Vielleicht hätte sie einige ihrer Aktivitäten aufgeben müssen. Wenn sie all das für ihr Überleben getan hätte, würde sie von selbst diese Massnahmen verstehen, zu denen die Behörden sie jetzt durch Gesetze zwingen möchten. Ein Verhaltenskodex für Verbote und Kontrollen: die Schweiz hat begonnen, ihren Finanzplatz einem Joch zu unterwerfen, das nichts Liberales mehr an sich hat. Walther Kielholz, Präsident von Swiss Re, hat es mit den Massnahmen verglichen, die früher bezüglich der Vogelgrippe getroffen wurden. Wir können nur hoffen, dass die anderen Finanzplätze auch so pedantisch sind, damit die Bedingungen für einen loyalen Wettbewerb gewahrt bleiben. Leider muss man daran zweifeln! Bis anhin reglementiert die FINMA zu viel. Aber wie bei allen Reglementierungen muss man befürchten, dass sie zu spät kommen.

So wollte unsere Regierung nicht das Risiko eingehen, die UBS (eventuell) untergehen zu lassen, ist aber ein anderes eingegangen, indem sie die Regeln des Liberalismus gebrochen hat, die verlangen, dass der Markt seine Aufgabe erfüllt. Aber, liebe Mitbürger, ich glaube, dass man hinterher immer schlauer ist als vorher. Wenn die UBS nur ein Unternehmen gewesen wäre, das Verwaltungsfehler gemacht hätte, würde es einen schönen Tod verdienen, ohne jegliche staatliche Hilfe. Leider hatte die Krise einen internationalen Verlauf genommen, da die meisten Institute Subprimes gekauft hatten. Der Präsident der FINMA, Eugen Hälti-

ner, erklärte dabei: «Die internationalen Hilfspläne haben ein Klima der Unsicherheit geschaffen für unsere beiden Grossbanken, denen die Diskriminierung drohte.» Weil also die anderen Länder ihre Banken unterstützten, mussten wir es auch tun.

Sollte man also positiv auf das Hilfsersuchen der UBS vom Sonntag, dem 12. Oktober 2008, reagieren? Durfte die Schweiz ihr Flaggschiff in einem Sturm untergehen lassen, der auf der ganzen Welt wütete? Zu einem Zeitpunkt, in dem die mit uns im Wettbewerb stehenden Länder bereits begonnen hatten, ihre Institute durch Rekapitalisierung oder Nationalisierung zu retten? Schwer zu beantworten, aber auch wenn wir ein souveränes Volk sind, müssen wir unseren Autoritäten vertrauen, die, so dürfen wir einräumen, zum Wohl des Landes arbeiten, mit Engagement und Ehrlichkeit. Wir müssen dennoch unsere Bundesräte dazu aufrufen, jetzt genauso zu handeln, sobald unser Finanzplatz angegriffen wird, und ihn nicht einem unlauteren Wettbewerb auszusetzen, indem ihm die Trümpfe aus der Hand geschlagen werden, über die die anderen Länder weiterhin verfügen.

Die Rekapitalisierung der UBS wäre fast vergessen, hätte die Bank sich danach nicht mehr so schlecht verhalten. Jeder neue Skandal, an dem sie beteiligt war, gibt ihrer Rettung wieder einen schlechten Beigeschmack. Insbesondere die Sache mit diesem Trader, durch den sie 2011 zwei Milliarden verloren hat, weil er spekulierete – auf den Schweizer Franken! Welche Unredlichkeit! Demgegenüber wurde die aktive Hilfe für amerikanische Kunden, um ihr Finanzamt zu betrügen, 2007 aufgekündigt, noch vor der Intervention des Staates. Was die furchtbare Sache der Manipulation des Libor⁸ anbetrifft, bei der unsere Grossbank zugibt, betrogen zu haben, so ist dabei leider, oder glücklicherweise, eine Art von Kartell grosser Banken impliziert, das ausser der USB die Citigroup, die Deutsche Bank, die Société Générale und Barclays umfasst, d.h. eine amerikanische, eine deutsche, eine französische und eine britische Bank. Also sind wir nun wirklich nicht alleine!

Daher wäre es ein Fehler, nur an unsere Banken zu denken, während die Unordnung einen ganzen internationalen Berufsstand betrifft. Das heisst aber nicht den gesamten Berufsstand. Der Beweis: interne Stimmen werden laut, um die Exzesse der Branche zu kritisieren. Michel Thétaz, ehemaliger Mitarbeiter der Bank Pictet und Chef des *Independent Asset Management* in Genf, behauptet: «Der Kunde muss sich bewusst sein, dass die Ratschläge, die ihm von den kommerziellen Instituten gegeben werden, nicht unbedingt vorrangig auf die Erfüllung seines Bedarfs abgezielt sind, sondern auf die Erreichung der Rentabilitätsziele der Bank. Damit ist das Finanzsystem verschmutzt.» Wenn er das sagt!

Internationale Fachleute protestieren. Zum Beispiel Gervais Williams⁹, der die «slow finance» anpreist. Nach ihm muss man zu den Grundsätzen der Investition zurückkehren. Die Deregulierung der Finanzmärkte seit dreissig Jahren hat laut ihm die Bedingungen für das ausserordentliche Wachstum der Grossbanken geschaffen: leichtes Geld, obskure Finanzprodukte, Maximierung der Gewinne zulasten einer langfristigen qualitativen Annäherung. Also müssten unter anderen die Derivatprodukte und die

komplexen Konstrukte neu geregelt werden. Dann werden die Gehälter automatisch gesenkt, da ja auch die Gewinne sinken. Kurz, die Spekulation muss aufhören.

Ist diese Unmoralität im grossen Stil neu? Ja, denn es geschieht gewiss zum ersten Mal, dass die Finanzindustrie sich selbst überlassen ist, seitdem die USA (schon wieder sie) das Gesetz Glass-Steagal¹⁰ abgeschafft haben, während die Aktivitäten der Banken seit jeher eng von den Regierungen beobachtet, ja sogar durch Verbote abgestraft wurden. Früher gefiel es den Monarchen, die auf die Banker zurückgriffen, sie unter ihrer Fuchtel zu haben, ihnen manchmal sogar Verbindlichkeiten nicht zurückzubezahlen! Zu jener Zeit war die Unmoralität also auf der anderen Seite. Auch die Religionen waren auf der Hut vor den Geldgeschäften. Die Muslime haben auch heute noch Vorbehalte etwa betreffend Darlehen mit Zinsen, was sie jedoch relativiert haben, um den islamischen Banken zu erlauben, Zinsen zu gewähren, ohne dass dies gross bekannt würde. Die Katholiken haben beim Konzil von Lateran im Jahr 1139 den Wucher verboten und ihn ipso facto den Juden überlassen. Dadurch wurde die Reform verändert, nach der das Geld umlaufen soll, was, ohne den Thesen von Max Weber¹¹ zu folgen, eine der historischen Grundlagen des Finanzplatzes Genf war.

Wie weit diese Zeit zurückliegt! Der Rückgang des Einflusses der Religionen in den westlichen Gesellschaften, der zum Materialismus und zum Aufstieg des Individualismus führte, hat die Menschen auf die Befriedigung ihrer Wünsche fokussiert. So machen unsere zeitgenössischen Gesellschaften Geld zu einer universalen Referenz. Wenn Sie dem die Demokratisierung der Anlagen bei der Börse, entweder persönlich oder über unsere Pensionskassen, hinzufügen, haben Sie die Erklärung für die enorme Entwicklung des Finanzsystems ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Und für den Wahnsinn, der seit dreissig Jahren spürbar ist. Infolgedessen hat sich der Banker, dessen Rohmaterial Geld ist, ein Geld, das ihm zudem nicht gehört, damit ausgetobt.

Im grossen und ganzen hat der Banker gemacht, wovon ein jeder träumt, ohne die Gelegenheit dazu zu haben: sich zu bereichern. In einer Gesellschaft ohne moralische Vorgaben war es unvermeidlich, dass das System abdriftet, nicht nur wegen einiger gewissenloser Menschen, sondern wegen einer ganzen Branche, die sich von ihrem ursprünglichen Ziel entfernt und Mittel geschaffen hat, die stets komplexer und wirklichkeitsferner wurden. Nicht nur in der Schweiz. Auf der ganzen Welt! Bei einigen Banken stehen die Geschäftsführer unter einem extremen Druck, um neue Portefeuilles zu erwerben, wovon ihr Bonus abhängt, aber auch ihre Stelle. Wie soll man es sich dann verdienen, wenn sie wie auch immer neue Kunden anwerben?

Auch die Börse ist ein wunderbares Beispiel für die eingetretenen Veränderungen: von einer Plattform, auf der die Unternehmen Geldgeber erreichen konnten, hat sie sich in ein riesiges Kasino verwandelt. Schaut man genauer hin, entdeckt man, dass die Hausse oder die Baisse einer Aktie nicht mehr gute oder schlechte Informationen über den Zustand der entsprechenden Firma signa-

Wie alle anderen hat auch der Schweizer Finanzplatz seine Macken, aber eben auch nicht mehr als die anderen.

lisiert. Die Amerikaner, die verlangt haben, dass gar alle drei Monate Daten geliefert werden sollen, unter dem Vorwand einer besseren Überwachung, haben die sehr kurzfristigen Bewegungen noch angeheizt, anstatt vielmehr fundiertere, abgeklärtere Analysen zu begünstigen, die auf den Jahresberichten beruhen. So ist die Börse flüchtiger geworden, auch dank des Hochfrequenz-Tradings, das extrem leistungsfähige Computer ins Spiel bringt, die in Netzen arbeiten. Sie kaufen oder verkaufen und sorgen dabei für Bewegungen ohne Verbindung mit der realen Wirtschaft, erzeugen aber Gewinne. Die Zeitschrift «L'Expansion» erklärte: *«Fast 37 000 Quadratmeter weisse Gänge ohne Fenster, Kilometer von Lichtleitfaserkabeln, 45 000 extrem leistungsfähige Computer, versteckt in riesigen Metallkäfigen, keine Zurufe, keine gebrüllten Anweisungen am Telefon, nur das leise Summen der Maschinen. Willkommen im nagelneuen Datenzentrum der New York Stock Exchange, die im August 2010 in Mahwah in New Jersey eröffnet wurde.»* Welch ein Zufall, in den USA! Wir sind uns einig, dass die Vereinigten Staaten eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben und immer noch spielen hinsichtlich des Abdriftens der Weltfinanz. Das hindert sie freilich nicht daran, der Schweiz eine Moralpredigt zu halten. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Dennoch zeigen in der Schweiz und anderswo durchgeführte Umfragen, dass die Kunden, ob aus der breiten Menge oder aus der Wirtschaft, zufrieden sind mit ihrem Banker, d.h. mit dem Gesprächspartner, mit dem sie in Kontakt stehen. Er leiht ihnen Geld, wenn sie es brauchen (in bestimmten Grenzen, was sie im Allgemeinen verstehen). Er ist stets gut angezogen, empfängt seine Kunden höflich in gediegenen Räumen, zeigt sich nett und beflissen, was sie aufwertet. Dennoch handelt es sich um ein Metier, bei

dem die Kundenbeziehung gewissermassen vertauscht ist: der Kunde ist paradoxerweise in der inferioren Position und fühlt sich in der Schuld des Lieferanten, wenn er ein Darlehen aufnimmt, da er in gewisser Weise betteln und sich entblößen muss. Das kann erklären, warum die Banken zuweilen nachgerade Hass auslösen, wenn sie die gewünschten Kredite ablehnen.

Man muss jedoch anerkennen, dass die Schweizer Banken die Entwicklung bedeutender helvetischer Infrastrukturen bis zum Zweiten Weltkrieg angeregt und das Wachstum der Wirtschaft nach dem Krieg begleitet, um nicht zu sagen ermöglicht haben. Auch heute noch spielen sie trotz der Turbulenzen ihre Rolle: «Das Kreditangebot an die Unternehmen ist 6 Prozent grösser als vor 5 Jahren, während es in den wichtigsten europäischen Ländern um 7 Prozent zurückgegangen ist.»¹²

Es stimmt, dass die Bankinstitution der Bevölkerung nicht immer sympathisch ist. Zu reich, zu mächtig, zu volksfremd! Sie aus derlei Ressentiments zum Abbild oder Inbegriff des Bösen zu machen, war nur ein kleiner Schritt, der bereits vor der Krise wegen der amerikanischen Subprimes und vor allem der daraus entstandenen Widerlichkeiten gegangen wurde. Griechenland bricht unter dem Gewicht seiner unbesonnenen Schulden zusammen; das sei der Fehler des Komplotts der Financiers und nicht von achtundzwanzig Jahren Sozialismus und einer endemischen Korruption. Europäische Länder, darunter unsere Nachbarn Italien und Frankreich, seien fast pleite wegen ihrer Banken, die sie hätten unterstützen müssen, und nicht wegen des Defizits ihrer öffentlichen Haushalte, das schon vorher bestand.

Nichts ist wohlfeiler als dieser universale Sündenbock. Man braucht gar nicht weiter zu suchen, dort, wo man nicht gern tiefer

graben möchte: Laxheit der öffentlichen Finanzen, Klientelismus einiger Politiker, Grenzen des Sozialstaats. Sagte nicht der Gouverneur der Banque de France¹³: «Die europäischen Regierungen sind lieber den bequemeren Weg gegangen. Es bestand eine Art von Feigheit.» Das Problem besteht darin, dass das europäische Sozialsystem, das im Allgemeinen von der Linken des politischen Schachbretts gepriesen wird, ein regelmässiges und bedeutendes Wachstum der Wirtschaft verlangt, das ideologisch von just denselben Milieus bekämpft wird.

Wenn man beim Teufel an Hörner und einen gespaltenen Schwanz denkt, werden die Banken todsicher assoziiert mit anonymen Konten (die seit langer Zeit verschwunden sind), mehr oder weniger mafiaartigen Schmiergeldern und mit von den Bösen auf die Seite gelegten Geldern. Finden Sie mir einen Spielfilm oder eine Serie, die sympathische oder wenigstens ehrliche Banker zeigen. Ich kann Ihnen dagegen zehn aufzählen, die ein erniedrigendes und stereotypes Bild von ihnen zeichnen. Und es sind stets Schweizer!

Ein anderes Beispiel für die Bösgläubigkeit im Bereich der Finanzen, der Börsenverluste: Die Medien haben alle die Zahlen von Standard & Poor's übernommen, nach denen im Jahr 2008 Milliarden Dollar einfach so verpufft sein sollen, mit alarmierenden Kommentaren. Als die Börse aber während Jahren zulegte, brachte niemand den triumphalen Titel: «In diesem Jahr Milliarden Dollar mehr an der Börse!» So wird die Spekulation einstimmig verurteilt, wenn die Dinge schlecht laufen, aber wenn alles gut geht, reiben sich die Leute die Hände. Wenn eine noch so schöne und schillernde Seifenblase platzt, kann man «Schade!» rufen, in keinem Fall aber Empörung vortäuschen.

Da der menschliche Erfindungsgeist jedoch immens ist, wenn es darum geht, Gewinn zu machen, müsste man die Finanzprodukte inskünftig codieren, um Derivate zu vermeiden. Ich meine wirklich die Produkte, nicht die Unternehmen. Wie man auch keine giftigen Lebensmittel oder nicht getestete Medikamente auf den Markt bringen darf, so dürften auch einige Finanzpraktiken nicht zugelassen sein. Ganz besonders denke ich dabei an diejenigen, die einige Werte nach unten oder nach oben «spielen»¹⁴. Umso mehr, als es sich um gefälschte Wetten handelt, da mächtige Player die Möglichkeit haben, die Realität in jene Richtung zu beeinflussen, die für sie am günstigsten ist. Diese Art von Aktivität schafft in Wirklichkeit keinen anderen Wert als das vom Spieler eingesteckte Geld. Der Kapitalismus, «schlimmstes Wirtschaftssystem mit Ausnahme aller anderen»¹⁵, darf keine Karikatur seiner selbst werden.

Das ist eine Überlegung, die die Schweiz auf internationaler Ebene einbringen könnte (müsste?), um zu zeigen, dass sie um den Zustand der Weltfinanzen besorgt ist und nicht nur um ihre eigenen. Und insbesondere, um die anderen Länder dazu zu verleiten, den Weg der Reformen zu gehen, denn als Momentaufnahme, wie der Leitartikler von «Le Temps» im März 2012¹⁶ schrieb, bleibt nach wie vor festzuhalten: «Die Reform des Finanzsystems, um eine neue Krise zu vermeiden, scheint fehlgeschlagen zu sein. Eigentlich wurde die Sache nur in der Schweiz ernst genommen. In den Vereinigten Staaten, ohne die sich nicht wirklich etwas ändern wird, sind die Ambitionen der Gesetzgeber dabei, sich unter dem Einfluss der Lobbys in Luft aufzulösen.»

Alles das, liebe Mitbürger, führt mich dazu, zu sagen, dass wir uns, ohne die Machenschaften zu unterstützen, die wir bei unseren Banken bedauern, die Aggressivität der ausländischen Autoritäten, Finanzminister oder selbst Präsidenten nicht gefallen lassen dürfen. Auch müssen wir unsere Bundesräte darauf hinweisen, dass sie die höchsten Sphären des Staats erreicht haben, weil sie sich, im Gegensatz zum vulgum pecus, zu dem wir gehören, nicht von Ideologen aller Horizonte hereinlegen lassen. Wir haben nie daran gezweifelt, dass sie intelligent sind und (was noch wertvoller ist) realistisch denken. Wie alle anderen hat auch der Schweizer Finanzplatz seine Macken, aber eben auch nicht mehr als die anderen. Sie stehen nur im Verhältnis zu seiner ausserordentlichen Macht! Wenn man bedenkt, dass 11 300 Milliarden¹⁷ Franken Vermögen, die von seinen Banken verwaltet werden, im Jahr 2010 etwa 10 Prozent des weltweit vorhandenen Gesamtvermögens umfassten, so steht er an dritter Stelle nach den USA (49 200 Milliarden) und Grossbritannien (13 400 Milliarden). Nimmt man allein die Verwaltung von Offshore-Vermögen¹⁸, so steht die Schweiz an der Spitze mit nicht weniger als 27 Prozent weltweitem Marktanteil und 2200 Milliarden Franken verwaltetem Vermögen!

Natürlich kann man verstehen, dass dies zu einem gewaltigen Neid führt und nationale Reaktionen von ebensolchem Ausmass hervorruft. Man muss also einen klaren Kopf behalten und eine objektive Analyse der Fakten vornehmen. Versuchen wir es gemeinsam.

Gratis:

An jeder Ecke bekommen Sie Informationen.

Sport, People, Wissen,

Kritische, profunde und unabhängige kosten immer noch Geld.

Lifestyle, Wirtschaft,

Beim «Schweizer Monat» gibt's sie zu einem anständigen Preis.

Digital, Kultur

Lesen, was woanders nur zwischen den Zeilen steht.

schweizer
monat
SEIT 1961



«Schweizer Monat». Die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur.

Jetzt bestellen: schweizermonat.ch

3 Klar, dass es ein Wirtschaftskrieg ist!

«Die Wurzel des Krieges ist die Lüge und der Antrieb der Profit.»

Sun Tzu

«Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.»

Carl von Clausewitz

Sergio Ermotti, der im November 2011 zum Generaldirektor der UBS ernannt wurde, behauptet¹⁹: «Die Schweiz wird seit 2008 attackiert. Wir sind mitten im Wirtschaftskrieg.» Warum? Weil «die Schweiz auf internationaler Ebene eine unverschämte Erfolgsinsel ist, mit niedrigen Zinssätzen, keinen zu hohen Steuern und attraktiven Banken.» Er fügt hinzu: «Unsere Banken verwalten 2200 Milliarden Franken ausländische Vermögen. Da wollen sich einige Finanzplätze zusätzliche Marktanteile verschaffen und haben ein Interesse daran, die Schweiz in die Knie zu zwingen.»

Ich weise darauf hin, dass dieser 53jährige Tessiner seine Karriere hauptsächlich im Ausland oder für zahlreiche ausländische Institute gemacht hat²⁰. Er kennt also die Denkweise, die ausserhalb der Schweiz gegenüber unserem Finanzplatz vorherrscht. Dass die Bank, die er heute leitet, vor seinem Eintritt als CEO das Hauptopfer dieses Krieges war, wie Ermotti selbst sagt, oder der Hauptauslöser dieses Krieges, sollte uns meiner Meinung nach nicht davon abhalten, ihm aufmerksam zuzuhören.

Der Wohlstand der Schweiz und seine Legitimität

Ist die Schweiz, ja oder nein, diese «unverschämte Erfolgsinsel», die er uns beschreibt? Ja, das kann man nicht abstreiten, und zahlreiche Indikatoren legen es nahe. Denn unser Land belegte 2012 den dritten Platz bei der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit, die in 59 Ländern auf der Basis von 329 Kriterien vom Managementinstitut IMD gemessen wurde. An der Spitze liegt Hongkong, gefolgt von den Vereinigten Staaten. Die Schweiz zeichnet sich durch eine grosse politische Stabilität aus (1. von 59) und durch ihre gut verwalteten öffentlichen Finanzen (4.), durch ihre niedrige Arbeitslosenquote (9. insgesamt und 5. bezüglich der Jugendlichen), durch ihre Berechenbarkeit, ihre talentierten Arbeitskräfte und ihr wettbewerbsfähiges Steuersystem.

Der WEF Global Competitiveness Report 2013–2014 vergleicht 148 Länder.²¹ 2013 und 2014 steht die Schweiz an erster Stelle. Hinter ihr folgen Singapur, Finnland, Deutschland, dann die USA, Schweden und Hongkong.

Ihre besten Noten sammelt sie für die Innovation (Rang 2), die Spitzentechnologie (Rang 9, nicht mehr so hoch wie 2012–2013), die Arbeitseffizienz (Rang 2) und für ihre Hochschulen (Rang 4), die unter den besten der Welt eingestuft werden. Auf weltweit dem 2. Rang steht sie übrigens auch für die Anmeldung von Patenten. Der Bericht des WEF verweist ebenfalls auf die enge Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Sektoren (hierzu konnte ich weiterführend nichts finden!) und auf die hohen Aufwendungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung (Rang 1). Die Schweiz erreicht sodann den 6. Rang für die Effizienz ihrer Infrastrukturen und den 11. für die Entwicklung ihrer Finanzmärkte. Ausserdem gehören ihre öffentlichen Institutionen zu den effizientesten (Rang 5) und den transparentesten weltweit (Rang 9).

Auf rein wirtschaftlicher Ebene erscheint die Schweiz in der Klassierung 2010 erst auf dem 18. Rang mit einem eigenen Vertreter unter den weltweit grössten Unternehmen, was den Umsatz anbelangt²². Die Unternehmen sind jedoch in der Klassierung nach Sektoren besser eingestuft: Hier belegen Schweizer Unternehmen den 7. und 8. im pharmazeutischen Bereich²³, den 1. in der Lebensmittelindustrie²⁴, den 7. bei den Versicherungen²⁵ und den 2. bei den Rückversicherungen²⁶. Anzumerken ist auch, dass Nestlé den weltweit ersten Platz bei der Profitabilität belegt. Gar nicht so schlecht für ein Land, das sich einwohnermässig auf Rang 97 und aufgrund seiner Fläche auf Rang 134 befindet! Das Interessanteste aber ist, dass keinerlei Schweizer Bank unter den weltweit zehn wichtigsten Instituten bezüglich Depotguthaben²⁷ figuriert, wobei diese Liste von der Deutschen Bank angeführt wird; ferner finden sich zwei britische, zwei amerikanische und zwei französische Institute darunter²⁸. Das heisst unsere treuesten Gegner! Wer Ohren hat, zu hören...

Das reicht, um zu zeigen, dass wir in Wirklichkeit ausserordentlich appetitlich sind und uns unsere handliche Grösse zu einem wahren Beutestück macht, saftig und leicht zu erlegen. Bleibt noch die Frage, ob wir unseren Wohlstand mühsam erarbeitet oder

ob wir ihn unrechtmässig erworben haben, weshalb man ihn uns dann streitig machen könnte. Verdienen wir unseren Erfolg? Verdanken wir ihn, wie man uns oft vorwirft, unseren finanziellen Tricks oder unserem angeborenen Egoismus? Es ist sehr wichtig, diese Frage zu beantworten, um die These eines Wirtschaftskriegs zu untermauern und, ipso facto, um Sie zu überzeugen, lieber zu kämpfen, als den Kopf in den Sand zu stecken.

Kommen wir also auf die neueste Wirtschaftsgeschichte unseres Landes zurück, um zu ergründen, was seinen Erfolg und seine Entwicklung bis in die Gegenwart auszeichnet. Ein vortrefflicher Artikel²⁹ von Tobias Straumann genügt, und alles ist gesagt. Er erklärt, dass drei exogene Faktoren den Erfolg der Schweiz nachhaltig beeinflusst hätten: «*Ein permanenter Frieden, das Wachstum unserer grossen Nachbarn ab 1945 und die aus dem 19. Jahrhundert geerbte Wirtschaftsstruktur.*» Die Tatsache, von den Kriegen verschont geblieben zu sein, ist ein ganz klarer Trumpf, aber warum sollten wir den kriegesichsten Ländern um uns herum dankbar sein: Frankreich, England und Deutschland haben seit Jahrhunderten nicht aufgehört, sich zu bekämpfen, während die Schweiz sich für eine weise Neutralität entschieden hat. Bewaffnete Neutralität, muss man hinzufügen, die den anderen erspart, die Kosten ihrer Verteidigung tragen zu müssen. Es stellt sich die Frage, ob Pazifismus ein dauerhafter Wert und Vorteil sein kann und ob unser heutiger wirtschaftlicher Wohlstand auf die Umstände aus dem 2. Weltkrieg zurückzuführen ist?

Nein, antwortet der Wirtschaftshistoriker, denn «*die Geschichte zeigt uns, dass man zur richtigen Zeit handeln muss, um Erfolg zu haben. Unter den Schweizer Trümpfen findet man die hervorragende Qualität ihres menschlichen Kapitals und eine auf Stabilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Mit anderen Worten, die Chance und die Intelligenz sind die Wurzeln des Erfolgs der Schweizer Wirtschaft der letzten 90 Jahre.*» Dieser Erfolg beruht auch auf der Einwanderung von Pionieren, die einer Wirtschaft gedient haben, die mehr Arbeitskräfte brauchte, als das Land hergab, und auf der Tatsache, dass «*Tugenden wie Eifer, hochwertige Arbeit und Unternehmensgeist stets aufgewertet worden sind und dass andererseits die Politik und die Wirtschaft immer schon Bildungsinstitute von hohem Niveau sowohl für die Eliten als auch für Schüler und Auszubildende haben wollten. Das hohe Niveau des menschlichen Kapitals ist zu einer Bedingung geworden, dass die Schweizer Unternehmen sich auf hochwertige Nischenprodukte spezialisieren und ihren Mitarbeitern relativ hohe Gehälter zahlen. Das war zur gleichen Zeit eine Konsequenz des Erfolgs.*»

Fügen wir dem eine weise Finanzpolitik hinzu, die trotz einiger Ausrutscher in der Lage war, der Schweiz stabile Preise zu beschaffen, während die anderen Länder Zeiten mit hoher Inflation durchliefen; gemässigte staatliche Strukturen wider das Ungleichgewicht der öffentlichen Finanzen, unbotmässige Verschuldung und zu hohe Steuern; eine Sozialpartnerschaft schliesslich, die seit den dreissiger Jahren erfolgreiche Konfliktbewältigung betrieb. Das sind alles Faktoren des helvetischen Wachstums, die den Professor zu folgendem Fazit veranlassen: «*Global kann man*

sagen, dass der Wohlstand der Schweiz in den letzten 90 Jahren nicht nur auf günstigen Umständen beruht, sondern auch auf Trümpfen, die sie sich erworben hat.»

Und nicht zu vergessen, dass die Schweiz nicht faul ist! 2010 lag die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von Arbeitnehmern bei 1632 Stunden gegenüber 1478 Stunden in Frankreich, 1408 Stunden in Deutschland oder 1381 Stunden in den Niederlanden. Wir liegen in etwa auf der Ebene der 1652 Stunden von Grossbritannien und der 1674 Stunden in Spanien³⁰. Ferner verfügen die Schweizer über 20 bezahlte Urlaubstage, analog Grossbritannien und den USA, aber gegenüber 31 Tagen in Frankreich und 30 in Deutschland.

Da kann man nur sagen, dass wir uns für einen Wohlstand nicht zu schämen brauchen, den wir nicht widerrechtlich erworben haben und auf den wir zu Recht stolz sein können.

Niedrige Zinssätze und mässige Steuern

Laut Sergio Ermotti sind ebenfalls viele neidisch auf die Schweiz wegen ihrer niedrigen Zinssätze, wegen ihrer nicht sehr hohen Steuern und ihrer attraktiven Banken.

Aber warum sind unsere langfristigen Zinssätze so niedrig?³¹ Ausser dass der Schweizer Franken eine Zufluchtswährung ist, beruht dies wohl auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität des Landes. Dass die Schweiz nicht aktiv in die beiden Weltkriege verwickelt war, mag ihr ebenfalls über Jahre hinweg zusätzlich geholfen haben, während allerdings auch die massiv involvierten USA in ganz anderer Weise bis in die 60er Jahre profitiert haben. Auch das Bankgeheimnis wird ins Feld geführt, aber dabei muss man sich fragen, warum etwa Luxemburg und Österreich in einer ähnlichen Lage nicht gleichermaßen Nutzen daraus gezogen haben. Und schliesslich ist es die niedrige Inflationsrate und die glaubwürdige Arbeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in diesem Bereich, was das Schweizer Phänomen am besten erklärt. Eingedenk dessen, dass jede Medaille auch eine Kehrseite hat, bemüht sich unsere Zentralbank seit 2011, eine zu strapaziöse Wertschätzung des Schweizer Frankens als Zufluchtswährung in Krisenzeiten zu unterminieren. Anzumerken ist, dass dieser Schweizer Franken, der schon lange gegenüber anderen Währungen überschätzt wird, unserer Wirtschaft nicht geschadet hat, da er sie zu einer anspruchsvollen Nischenproduktion zwang, und genau dies macht den Erfolg aus. Hier haben wir einen zusätzlichen Beweis dafür, dass unser Land bis vor kurzer Zeit Meister in der Kunst war, seine Handicaps erfolgreich umzumünzen.

Und ist diese mässige Steuerlast, um die uns laut Ermotti so viele beneiden, legitim? Der Ländervergleich der Steueranteile³² in der OECD scheint der Schweiz mit 29,7 Prozent, d.h. weit unter dem Durchschnitt der Mitgliedstaaten, einen Vorteil einzuräumen. Man geht aber davon aus, dass diese Zahl zu tief gegriffen ist, denn unsere Sozialabgaben fliessen darüber hinaus zu einem guten Teil auch noch in private Organisationen und Institutionen. Eine sie einschliessende Rechnung ergibt einen effektiven Steueranteil von 40 Prozent im Jahr 2010, was uns beispielsweise kaum

Wir brauchen uns für einen Wohlstand nicht zu schämen, den wir nicht widerrechtlich erworben haben und auf den wir zu Recht stolz sein können.

noch von Frankreich unterscheidet (41 Prozent). Einige Länder sind allerdings weitaus gieriger, wie Belgien, Grossbritannien und Finnland (um die 50 Prozent), während wieder andere viel geringere Steueranteile als die Schweiz haben, wie Singapur (20 Prozent) oder die USA (35 Prozent).

Unter diesem Gesichtspunkt hat die Schweiz keinen besonders grossen Vorteil. Es ist eher die Besteuerung der Unternehmensgewinne, die in der Schweiz seit jeher viel niedriger ist als in der übrigen OECD. 1981 galt in unserem Land ein Satz von 33 Prozent gegenüber durchschnittlich 48 Prozent in der OECD. Zum Nachteil der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsplatzes haben die anderen klugerweise nachgezogen, und die Unterschiede sind bis 2010 sehr viel kleiner geworden (21 Prozent in der Schweiz und 26 Prozent in der OECD)³³. Unter anderem dank dieses Vorteils zog das Wirtschaftswachstum des Landes jedoch so stark an, dass die Unternehmenssteuern von knapp über zwei Milliarden Franken im Jahr 1990 auf acht Milliarden Franken im Jahr 2009 angestiegen sind.

Fügen wir dem hinzu, dass unsere öffentlichen Ausgaben, die unseren Steuern zugrunde liegen, mässig bleiben müssen, dass das Volk sie im Auge behalten soll. Mechanismen, welche Begehrlichkeiten³⁴ der Kantone zügelten, trugen zur Vermeidung defizitärer Haushalte bei und wirkten gegen die Anhäufung von Schulden. Die beiden ursprünglich strengsten Verfassungen bezüglich eines ausgeglichenen Haushaltsbudgets waren diejenigen von Freiburg und St. Gallen, aber mittlerweile haben auch die anderen Kantone mehr oder weniger wirksame Gesetzgebungen. Der Prozess ist einfach: wenn das kantonale Budgetdefizit einen bestimmten Prozentsatz überschreitet (beispielsweise 3 Prozent in den bei-

den oben genannten Kantonen), müssen die Steuern erhöht werden, um das Haushaltsgleichgewicht wieder herzustellen. Da alle Steuererhöhungen erst durch ein Pflichtreferendum abgesegnet werden müssen, ist es letztlich das Volk, welches beschliesst, ob es an seine Geldbörse gehen soll oder ob die Politiker ihren Appetit auf Ausgaben zurückschrauben müssen. So einfach ist das! Auf Bundesebene ist der Bremsmechanismus für die Verschuldung jetzt im Artikel 126 der Verfassung festgeschrieben, nachdem er im Dezember 2001 von einer sehr breiten Mehrheit angenommen worden war. Er soll prononciert antizyklisch sein, denn in Zeiten der Hochkonjunktur sind Überschüsse gefordert, während Defizite zulässig sind, wenn sich die Lage verschlechtert.

Demzufolge verdanken wir die gesunden öffentlichen Finanzen und die moderaten Steuern eher der Weisheit unserer Demokratie als zweifelhaften Verfahren, mit denen wir uns auf dem Rücken der anderen bereichern könnten.

Der Wohlstand des Schweizer Finanzplatzes

Bleibt schliesslich noch die Frage zu beantworten, ob wir den Wohlstand unseres Finanzplatzes auch verdienen, letzter von Sergio Ermotti genannter Streitpunkt, um den Wirtschaftskrieg zu erklären, in dem wir uns seiner Meinung nach befinden.

Warum sind unsere Banken so attraktiv? Hier wird man etwas ausholen müssen, um all die Stereotypen zu demontieren. Lebt sie nur vom Bankgeheimnis, diesem wunderbaren Trick, den die Schweizer Regierung erfunden haben soll, um sich die Taschen vollzustopfen? Natürlich nicht, und hier muss man auf drei stets hart diskutierte Themen zurückkommen: die Geldwäsche, die Vermögen von Machthabern und das Bankgeheimnis.

Derzeit sind die beliebtesten Orte für die Geldwäsche Panama, die Kaimaninseln oder Liberia.

a) Die Geldwäsche

Unsere Banken sollen sich bereichert haben dank der Wäsche von Geldern, die von der Mafia jeglicher Couleur kommen! Das ist die schwerste Anschuldigung, die gegen uns gemacht wird, denn bei der Geldwäsche handelt es sich um eine Massnahme, um die kriminelle Herkunft eines Vermögens zu vertuschen, damit man es wieder in den legalen Umlauf bringen kann. Es ist demnach eine Strafhandlung, und uns dieser zu bezichtigen, ist falsch, ist eine Beleidigung. Um mich von meinen fleissigen Schreibtagen zu entspannen, habe ich einen Kriminalroman³⁵ gelesen, der übrigens recht gut geschrieben ist und in dem eine Kriminelle einen Ort sucht, wohin sie fliehen könnte. So schreibt der Autor: *«Bleibt nur noch die Schweiz. Von allen Möglichkeiten ist es die beste! Dort werden Kriegsverbrecher und das Geld der Drogen reingewaschen, ein für Mörder sehr gastliches Land.»* Das ist wieder ein typischer Text, der eine heftige Reaktion in der Schweiz hervorrufen sollte. Bleiben solche Anschuldigungen unbestraft, vermehren sie sich und schmieden dieses negative Bild unseres Landes, das in der internationalen Wahrnehmung vorherrscht. Nicht die alte Leier zu vergessen: *«Wer nichts sagt, ist einverstanden.»*

Die Stereotypen gegenüber der Schweiz bestehen nicht nur bei den Ausländern, denn etwa ein Jean Ziegler schrieb 1989: *«Auf unserem Planeten ist die Schweiz heute die bedeutendste Drehscheibe für die Geldwäsche, das «Wiederinumlaufbringen» des Geldes des Todes. Lange Generationen war sie das Symbol für Hygiene, Gesundheit, Sauberkeit. Heute ist sie ein Infektionsherd. Die mit Managern, Financiers und Rechtsanwälten von bewundernswürdiger Amoralität ausgestatteten multinationalen Drogen- und Verbrecherorganisationen sind für die demokratischen Gesellschaften*

praktisch unbesiegbare Feinde. In diesem Sinn ist der helvetische Fall paradigmatisch.» Sehen Sie, in erster Linie müssen wir uns vor unseren eigenen Reihen in Acht nehmen!

Dennoch ist die Schweiz nicht nur Mitglied der internationalen Arbeitsgruppe für Massnahmen zur Geldwäschereibekämpfung (GAFI)³⁶, sondern gehört darüber hinaus auch nicht zu den Gebieten, die er wegen einer «schwachen Reglementierung» rügt und kritisiert. Stattdessen findet man dort erstaunlicherweise Frankreich und die Vereinigten Staaten, unsere «Schulmeister». GAFI lobt dagegen insbesondere die Schweiz, mit der man derart zufrieden ist, dass man sie nunmehr nur noch alle zwei Jahre im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens überprüft. Nur noch drei andere Länder befinden sich in dieser bevorzugten Lage³⁷.

Man muss einräumen, dass wir nicht immer eine weisse Weste hatten. Es gab ein grosses legislatives «Loch» zwischen jenem Zeitpunkt, in dem die USA beschlossen hatten, Geldwäscherei zur Strafsache zu erklären³⁸ (1986), und dem Zeitpunkt, in dem die Schweiz selbst Gesetze erlassen hatte. Aus dieser Zwischenzeit stammt ihr schlechter Ruf, als zahlreiche Skandale Anlass zum Gerede gaben. Da es sich dabei aber häufig um komplizierte Konstrukte handelte mit mehreren Kontentransfers über Strohmänner oder über Rechtsanwälte, und zwar auf internationaler Ebene, um die Spuren zu verwischen, war die Schweiz damals nicht die einzige, die sich für diesen Zirkus hergegeben hatte, der dann zu Recht verboten wurde. Im übrigen hat sie eher dazu gedient, das einmal gewaschene Geld zu verwahren, als es selbst zu waschen.

Aber seit 1997 greift unser «Gesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (Geldwäschereigesetz, GwG)» hart durch. Es verpflichtet alle Finanzintermediäre³⁹, es strikt einzuhalten. Ähnliches gilt für Notare, Rechtsanwälte und Treuhandgesellschaften. Laut dieses Gesetzes müssen der Vertragspartner und der wirtschaftlich Begünstigte identifiziert werden, die Unterlagen sind aufzubewahren, Mitarbeiter müssen geschult werden, zweifelhafte Fälle sind beim MROS⁴⁰ anzuzeigen, und entsprechende Guthaben müssen gesperrt werden. Ausserdem ist jede vom Gesetz betroffene Person an ein Kontroll- und Regelungsorgan gebunden. Geldwäsche wird mit fünf Jahren Gefängnis und einer Strafzahlung geahndet⁴¹. Für Unachtsamkeit gibt es ein Jahr Gefängnis⁴². Der letzte Bericht des MROS weist auf eine permanent wachsende Anzahl von Kommunikationen hin bezüglich Zweifelsfälle, die zwischen 2010 und 2011 um 40 Prozent angestiegen sind. Zwei Drittel davon kommen von den Banken, und der betroffene Gesamtbetrag liegt bei über drei Milliarden Franken.

Dennoch: 2011 droht die «Egmont Group», die aus 127 Auskunftsstellen über die Geldwäscherei besteht, die Schweiz zu suspendieren, da sie nicht alle gewünschten Informationen an die internationalen Instanzen weitergibt. Die Schweiz hat daraufhin umgehend eine Überarbeitung des Gesetzes über das Bankgeheimnis angeordnet, um ihre ausländischen Partner zufriedenzustellen. Ein recht unnützes Verscherbeln, wenn man bedenkt, dass 48 von 564 Anfragen aus dem Ausland im Jahr 2011 nicht beantwortet wur-

den, aufgrund unzureichender rechtlicher Grundlagen.⁴³ Betrachtet man ferner die Mitglieder der Gruppe, so kann man an der Ernsthaftigkeit ihres Engagements zweifeln, derart schlecht ist der Ruf, der ihnen vorausleuchtet. Erkundigen Sie sich selbst, und Sie werden dort die korruptesten Länder der Welt entdecken, die meistbekanntesten Steuerparadiese, die am schlechtesten organisierten Nationen! Egal, die Schweiz ist es, die suspendiert werden sollte und die sich beeilt, niemandem zu missfallen⁴⁴.

Heute behaupten Fachleute, die Schweiz sei eines der weltweit am meisten engagierten Länder, nicht nur wegen der erlassenen Gesetze, sondern auch aufgrund der Akribie, mit der sie angewendet werden. Und genau das ist unser Problem! Zweifellos tun wir uns schwer, Gesetze zu erlassen, besonders unter dem Druck des Auslands, weil das unseren Interessen schadet oder nicht mit unserem Gemütszustand im Einklang steht. Aber einmal erlassen, und der Vollzug klappt vorzüglich! Andere Staaten machen genau das Gegenteil: sie erlassen jede Menge Gesetze, und umso leichter noch, als sie hinterher in keiner Art und Weise auf ihre Anwendung achten. In der Sendung «Infrarouge» des Westschweizer Fernsehens vom 7. Februar 2012 sagte der frühere Staatsanwalt von Genf, Bernard Bertossa, amtlicher Sprecher: «Die Engländer unterzeichnen Verträge, wenden sie aber nicht an.» Und sagte da nicht ein anderer hochrangiger Politiker, diesmal aus Frankreich: «Frankreich ist der grösste Friedhof für nicht angewendete Gesetze.»⁴⁵

Derzeit sind die beliebtesten Orte für die Geldwäsche Panama, die Kaimaninseln oder Liberia, denn dort ist es leicht, anonyme Offshore-Firmen zu gründen. Die Schweiz gestattet derartige Strukturen nicht und stellt ferner bestimmte Anforderungen an diese ausländischen Konstrukte, die, wenn sie in der Schweiz ein Konto besitzen, gezwungen sind, eine natürliche Person als Nutzniesser des Kontos zu benennen, gemäss dem Identifikationsprinzip bei Kunden.

Um dieses Kapitel über die Geldwäsche abzuschliessen, überlassen wir das letzte Wort der Erklärung von Bern (EvB), einer Organisation, die Schweizer Entscheidungsträger immer wieder auf die Ungleichheiten in der Welt aufmerksam macht und der man keine besondere Nachsicht gegenüber unserem Finanzplatz nachsagen könnte: «Die Schweiz nimmt den Kampf gegen Geldwäsche und Diktatorengelder ernst und bemüht sich stärker als andere Finanzplätze um die Rückführung von solchen Geldern.»⁴⁶ Natürlich folgt auf dieses Kompliment eine Litanei von Kritiken, die ich Ihnen erspare, denn Sie können sie auf der Website dieser Organisation nachlesen. Aber das Wichtigste ist gesagt.

b) Das Geld der Machthaber

Das ist ein guter Übergang zum Geld der Machthaber. Sind wir hier vielleicht mehr zu verurteilen als die anderen? Einige neuere Beispiele erlauben, diese schmerzliche Frage zu beantworten. Am 24. Februar 2011, während der Libyschen Revolution, beschloss der Bundesrat, die Gelder des Familienclans von Muammar Gadhafi in der Schweiz zu sperren. In ähnlicher Weise wurde mit dem Vermögen des tunesischen Präsidenten Ben Ali und des ägyptischen

Präsidenten Mubarak verfahren, aber erst als beide abgesetzt worden waren.

Die Höhe des in der Schweiz angelegten Vermögens des Gadhafi-Clans ist immer noch unbekannt, aber die SNB hat es auf «nur» 630 Millionen Franken geschätzt, da der grösste Teil des Schatzes in den USA und in Grossbritannien versteckt ist, nicht zu vergessen Dubai, Singapur und Hongkong. So mussten die USA unter dem Druck des Vertrags der Vereinten Nationen gegen die Korruption, der 2005 in Kraft getreten ist, 37 Milliarden Dollar und Grossbritannien 18 Milliarden sperren. Bereits zuvor hatte eine diplomatische Mitteilung der amerikanischen Botschaft in Tripolis, die von WikiLeaks veröffentlicht wurde, 32 Milliarden Dollar auf amerikanischen Bankkonten erwähnt, mit der zusätzlichen Bemerkung: «Mehrere amerikanische Banken verwalten jeweils 300 bis 500 Millionen Dollar in Form von Bankdepots, die langfristig gute Rendite bringen werden.»

Auch Frankreich ist nicht unbeteiligt, denn laut seiner Zentralbank hielten Finanzinstitute dort Ende 2010 fast 6 Milliarden Euro libyschen Ursprungs. Die Société Générale soll laut «Le Monde»⁴⁷ für 1,27 Milliarden Euro «komplexe Finanzprodukte» an das libysche Regime verkauft haben. Das Problem sei nicht die Transaktion an sich, sondern die Tatsache, dass die französische Bank die Existenz dieser undurchsichtigen Anlagen nicht öffentlich zugegeben habe, so die Zeitung weiter. Charmian Gooch⁴⁸ behauptet: «Die SG hat akzeptiert, das Geld des libyschen Regimes anzulegen, trotz der offensichtlichen Veruntreuungsrisiken der Guthaben des Staates für persönliche Zwecke.» Die Geschäftsleitung soll angegeben haben, dass sie legal gehandelt habe und dass sie in ähnlicher Weise die Fonds mehrerer Staaten verwalte.

Kommen wir auf die alte Geschichte mit der Sache der Marcos-Gelder zurück, 1989 verstorbener Diktator, der fast 10 Milliarden Dollar im Ausland angelegt hatte. Nach seinem Sturz im Jahr 1986 hatte die Schweiz, vor jeder Hilfeanfrage, 683 Millionen Franken eingefroren, die an Manila zurückgegeben wurden, um letzten Endes bei der philippinischen Regierung zu landen. Man kann die für diesen Transfer gebrauchte Zeit bedauern, sie sich aber durch die rechtlichen Wege erklären, die dazu nötig waren. Die Amerikaner haben in der Marcos-Sache eine weitaus perversere Rolle gespielt, als nur zweifelhaftes Vermögen zu verwalten. Sie waren es, die Marcos und seiner Frau auf Hawaii Asyl gewährt haben und sie gleichzeitig beschuldigten, Gelder veruntreut zu haben, wovon sie letztlich vom Bundesgericht in New York reingewaschen wurden! Was die nach der Absetzung von Marcos gewählten philippinischen Spitzenpolitiker betrifft, so mussten einige von ihnen ihre Posten wegen Korruption und Veruntreuung räumen. Je mehr sich etwas ändert, desto mehr bleibt alles, wie es ist!

Gehen wir jetzt von Marcos zu Duvalier, haitischer Diktator, der sich nach Frankreich ins Exil abgesetzt hatte, mit einem auf 900 Millionen Dollar geschätzten Vermögen, d.h. mit mehr als den Auslandsschulden seines Landes. Trotz wiederholter Aufforderungen wurde er nie an die Justiz seines Landes ausgeliefert. Die Familie Duvalier hat aber 80 Prozent der an Haiti gezahlten Wirt-

schaftshilfe zu ihren Gunsten veruntreut. Sie besass zahlreiche in der Schweiz identifizierte Bankkonten, aber insbesondere auch in Luxemburg, in Grossbritannien (vor allem auf der Insel Jersey) und in den Vereinigten Staaten. Sie hatte ebenfalls viele luxuriöse Wohnsitze erworben, insbesondere ein Schloss und vier Luxusapartements in Paris, eine kleine Wohnung in der 5th Avenue in New York, eine in Miami geankerte Jacht. Aber nichts dergleichen in der Schweiz, einem Land, das Duvalier nicht so sicher erschien. Zu Recht, denn just die Schweiz hat sich beispielhaft verhalten, was die Rückgabe der veruntreuten Gelder betrifft. Dazu ist zu sagen, dass Immobilien ein hervorragendes Mittel für die Geldwäsche und die Steuerflucht sind, worüber nie gesprochen wird, so sehr ist man beschäftigt, die Banken und ihre Tresore anzuklagen.

In seinem Buch «Kann man das Geld der gestürzten Diktatoren zurückholen?» erkennt Pierre Conesa⁴⁹ sehr klar die Vorreiterrolle der Schweiz: *«Mit einem jüngsten revolutionären Beschluss wendet das Schweizer Bundesgericht auf die Familie Abacha die Strafnorm für kriminelle Organisationen an, nach der die Besitzer die legale Herkunft der Gelder nachweisen müssen. Das ‹Gesetz Duvalier› von Februar 2011, das auf diesem Urteil begründet ist, das ausserdem das Einfrieren aller verbotenen, in den Schweizer Banken liegenden Vermögen zulässt, nicht nur durch die gerichtliche, sondern auch die administrative Autorität, soll die Rückgabe an Haiti von etwa 5,7 Millionen Dollar ermöglichen. Rechtmässig müsste das Geld an Baby Doc gehen. Das neue Gesetz macht das Gegenteil und ordnet die Rückgabe an die Bewohner von Haiti anhand von Entwicklungsprogrammen an.»* Er hebt ebenfalls hervor, dass die Schweiz seit 15 Jahren über 1,7 Milliarden Schweizer Franken an verschiedene Staaten zurückgegeben hat, während *«Frankreich, wo immer noch die schlechten Angewohnheiten von früher herrschen, in sehr grossen Verzug geraten ist»*. Um die Sache der Familie Ben Ali schnell abwickeln zu können, empfiehlt er, sich das Schweizer Gesetz als Beispiel zu nehmen, das den Vorteil hat, die Beweislast umzukehren.

Der Autor erklärt, dass das Vermögen der Familie Ben Ali zwischen Argentinien, Dubai und Frankreich verteilt sei. Er erläutert nachdrücklich die Schwierigkeiten, die bei der Rückholung dieser Fonds aufgetreten waren, denn: *«Einige Offshore-Plätze des Mittleren Orients sind kaum kooperationsbereit. Manche angelsächsische Gerichte (wie in Delaware in den Vereinigten Staaten) verschleiern die Identität der Aktionäre von Stiftungen. Die Europäische Union, die sich Mühe gegeben hat, bleibt auch heute noch der Wirtschaftsraum, der die meisten Steuerparadiese aufweist. Die fünfzehn administrativen und rechtlichen Rekurswege von Liechtenstein, um die Nachforschungen zu bremsen, die fehlende Konvention zwischen Monaco und Frankreich, die verschiedenen Finanzplätze, die mit London verbunden sind (City, anglo-normannische Inseln, Gibraltar), es gibt viele Hindernisse! Lange haben sich die Zufluchtsländer zurückgehalten, auf Regierungen einzugehen, die das gestohlene Geld zurückhaben wollten, wenn sie nicht die betrügerische Herkunft der Gelder nachweisen konnten. Die Äthiopier haben keinen einzigen Dollar des Negus-Vermögens bekommen, die Iraner auch*

nichts von dem des Schahs. In der Sache der Abacha-Guthaben hat es Paris 2006 abgelehnt, einer Anfrage von Nigeria stattzugeben, weil sie nicht in Französisch abgefasst war!»

Ebenfalls lesenswert ist das 2007 erschienene Arbeitspapier des Katholischen Komitees gegen den Hunger und für die Entwicklung, das das Problem der gestohlenen Guthaben analysiert und zu folgendem Schluss kommt: *«Im Grossen und Ganzen kamen die wenigsten zurückgegebenen Fonds vor Kurzem aus der Schweiz, insbesondere die von Marcos (Philippinen) und von Abacha (Nigeria), und aus den Vereinigten Staaten bezüglich Saddam Hussein (Irak). Frankreich, das stolz darauf war, als erstes Land die Konvention der Vereinten Nationen gegen die Korruption (Merida-Vertrag) unterschrieben zu haben, hat keine einzige Rückgabemassnahme umgesetzt. Was die anderen Hilfsanträge, die dann eingereicht wurden, anbetrifft, so hat die Nachforschung häufig das Gerücht dementiert, nach dem massive Vermögenswerte in der Schweiz gelagert sein sollen. Das war der Fall des Generals Alfredo Stroesser aus Paraguay, des Rumänen Nicolae Ceausescu, von Manuel Noriega aus Panama, des Somaliers Siyad Barré und des Südkoreaners Roh Taewoo.»*

Eine andere Studie⁵⁰ behauptet ferner: *«Jahrzehntelang war es fast unmöglich für die von ihren korrupten Führern ausgenommenen Länder, effektive Massnahmen zu unternehmen, um die Gelder zurückzuholen, die ihnen gestohlen worden waren. Die auf internationaler Ebene als Vorreiterin für die Rückgabe dieser Fonds anerkannte Schweiz bot den Opferländern bereits in den 80er Jahren ihre rechtliche Kooperation an.»* Um mit diesem Thema abzuschliessen, hören wir uns noch Mark Pieth, Juraprofessor an der Universität Basel, an, der erklärt, dass die Schweiz allein auf weitem Feld sei: *«Die Regeln der Finanzaktionsgruppe für politisch verfolgte Personen (PEP) sollten für alle Länder gelten, aber niemand hält sie ein.»* Es stimmt, die Regeln reichen nicht aus, um Recht walten zu lassen. Das Vorhandensein beispielsweise eines Parlaments, von Wahlen und Gerichten, schafft ipso facto noch keine Demokratie, und wir haben den Beweis dafür, dass gewiefte Despoten sich dies zunutze machen. Auch die Regeln der OECD sorgen für ein reines Gewissen, aber sie garantieren damit noch lange nicht, dass die Steuerjustiz jetzt funktioniert.

So, das waren einige Informationen, die Sie kennen sollten, liebe Mitbürger, die Sie vielleicht dachten, die Schweiz sei das schwarze Schaf der internationalen Finanzwelt, weil dies immer wieder gesagt wird. Aber zu Unrecht.

c) Das Bankgeheimnis

Last but not least muss auch das Bankgeheimnis zur Sprache kommen und das, was es unserem Finanzplatz bringt, aber auch die Legitimität dieses Bankgeheimnisses. Bis vor kurzem wurden zwei Dinge mit ihm in Verbindung gebracht, die der internationalen Gemeinschaft Probleme aufgaben:

– Das eine ist unser Bankgesetz aus dem Jahr 1934, das von den Schweizer Bankern verlangt, alle Informationen über den Investor und sein Konto strengstens geheim zu halten.

Die Regeln der OECD sorgen für ein reines Gewissen, aber sie garantieren damit noch lange nicht, dass die Steuerjustiz jetzt funktioniert.

– Das andere ist der Unterschied, den wir zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug⁵¹ gemacht haben, was uns erlaubte, im zweiten Fall mit den ausländischen Steuerbehörden zusammenzuarbeiten, jedoch im ersten Fall jeden Informationsaustausch untersagte.

Die erste Regelung besteht auch heute noch, aber ihre Glaubwürdigkeit ist angekratzt durch die Reibereien, die wir in den letzten Jahren verursacht haben, und die zweite wurde 2009 abgeschafft, bisher nur für das Ausland.

Anzumerken ist noch, dass das Bankgeheimnis noch bis vor kurzem in einem Land wie Belgien bestand, das 2010 davon abgerückt ist, nach dem Inkrafttreten der europäischen Richtlinie bezüglich der Besteuerung der Spareinlagen. Es hat dabei über 250 000 Namen ausländischer Staatsbürger preisgegeben, die ein Konto in Belgien hatten. Dennoch schützt es weiterhin tausende Steuerflüchtlinge, die sich in schicken Vororten von Brüssel niedergelassen haben, um der Vermögenssteuer zu entkommen! Für die Belgier wie für die Schweizer bleibt das Bankgeheimnis jedoch recht gut gewahrt, da die Einmischungen des Staats in Bankkonten komplex codiert sind.

Viele andere Länder bieten eine komplette Vertraulichkeit bzw. eine bessere Deckung als die Schweiz⁵². Es handelt sich um all jene Gebieten, wo sich die Trusts vermehren, die es gestatten, das Vermögen unabhängig von seinem Besitzer zu verwalten. Sie begünstigen die «Corporate Vehicles»⁵⁴, die zum Ziel haben, dass der Name des Inhabers unbekannt bleibt. Daher können diese Länder ohne Gewissensbisse Abkommen für den automatischen Informationsaustausch unterzeichnen, denn um derlei Abkom-

men gerecht zu werden, müssen sie ja nicht liefern, was sie selbst ignorieren. Das war's dann! Champions dieser Praktiken sind insbesondere die Angelsachsen (Irland, Delaware, Wyoming und Nevada in den Vereinigten Staaten, Grossbritannien) oder Steuerparadiese wie Panama oder näher bei uns Luxemburg, Dänemark und die Niederlande. Demgegenüber ist der Trustee für das Schweizer Gesetz ein Finanzmittelsmann und es verpflichtet ihn dazu, den wirtschaftlich Begünstigten zu kennen sowie den Trust in einem öffentlichen Register eintragen zu lassen.

So ist es offensichtlich, dass jene, die unser Bankgeheimnis am meisten angreifen, bei sich selbst sehr viel verheerendere Praktiken ausüben. Man kann also behaupten, dass ihre moralischen Argumente nur ein betrügerisches Vorgehen sind, denn sie haben ein finanzielles Ziel: nebenbei Steuern einzunehmen, hauptsächlich aber dem helvetischen Finanzplatz zu schaden.

Es stimmt, dass unser Bankgeheimnis nicht immer für seine ursprünglichen Ziele verwendet wurde, etwa von ausländischen Staatsbürgern, um ihrer jeweiligen Steuerbehörde zu entgehen. Anderswo verfügte man jedoch über mindestens ebenso praktische Instrumente. Deshalb muss man feststellen, dass nicht der gesamte Erfolg unseres Finanzplatzes auf dem Bankgeheimnis beruht, weit gefehlt! Wir wissen ganz genau, dass er ebenso sehr der politischen Stabilität der Schweiz und ihrer Währung zu verdanken ist sowie dem Fortbestand seiner Institutionen, der Qualität seiner Dienste, seiner langen Tradition und der Kompetenz seiner Mitarbeiter. Das muss mit allem Nachdruck unterstrichen werden.

Wie ich Ihnen gerade gezeigt habe, hat die Schweiz ihren Erfolg weder widerrechtlich erworben, noch verdankt sie ihn grundlos niedrigen Zinssätzen und angemessenen Steuern. Ihr Finanz-

Sich dem Wirtschaftskrieg zu entziehen, vermeidet weder den Konflikt, noch werden die Folgen dadurch verzögert oder gemildert.

platz bekämpft die Geldwäsche und schliesst nicht die Augen vor dem Geld der Potentaten. Sie nutzt nicht nur ihr Bankgeheimnis, um die anderen zu übertrumpfen, die ihrerseits ungestraft sehr viel effektivere Fluchtwerkzeuge benutzen. So ist der Beweis erbracht, dass wir Angriffen ausgesetzt sind, die man mit einem Wirtschaftskrieg vergleichen kann.

Die Krise der nachrichtenlosen Gelder

Bei Wirtschaftskriegen muss man den Mut haben, sie wie die anderen Kriege zu führen, und zwar gut bewaffnet. Sich dem zu entziehen, vermeidet weder den Konflikt, noch werden die Folgen, denen wir nicht entkommen, dadurch verzögert oder gemildert, ohne Gelegenheit, irgendetwas zu retten. Die Krise der nachrichtenlosen Gelder ist ein flagrantes Beispiel für das, was einem Land oder einem Berufsstand passieren kann, wenn man sich alles gefallen lässt. Diese bereits bis 1996 zurückreichende Angelegenheit war zweifellos prägend für das Aufkeimen unserer internationalen Fragilität, gerade weil die Regierung einerseits und die Grossbanken andererseits nachgegeben haben, die eine aus Kleinmütigkeit, die anderen aus geschäftlichem Interesse. Bereits zu dieser Zeit benutzte jemand das Wort «Krieg» und behauptete: «*Es handelt sich um einen Krieg, der gegen Gesprächspartner geführt werden muss, die kaum vertrauenswürdig sind.*» Es war der Schweizer Botschafter in Washington, Carlo Jagmetti, der wie alle Aufklärer an der Front geopfert wurde: Von allen Seiten mit Kritiken überzogen, gab er seinen Posten auf, wobei alles, was seitdem geschehen ist, ihm recht gab bzw. gibt. Der Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, der dieselbe Ansicht teilte und dies öffentlich bekundete, wurde heftig kritisiert. Ohne auf diese Angelegenheit im Detail zurückzu-

kommen, derentwegen schon viel Tinte verflossen wurde, möchte ich sie dennoch als Beispiel nehmen, um die Methoden des Gegners zu beschreiben:

- Kauf eines Zeugen: Christoph Meili, Nachtwächter am Sitz der UBS in Zürich, verhindert die Zerstörung von Unterlagen bezüglich Konten, die aus dem Zweiten Weltkrieg stammen. Dafür wird er reichlich belohnt von den Amerikanern, die ihm Asyl gewähren und ihm das Sümmchen von einer Million Dollar versprechen.
- Ungerechtigkeit: In Frankreich, Belgien, Luxemburg gehen die nachrichtenlosen Guthaben nach 30 Jahren an den Staat. Grossbritannien kann nach 15 Jahren⁵⁵ darüber verfügen. Nur weil die Schweiz sich die Gelder der Anleger nicht zu eigen gemacht hat, konnte sie also über 50 Jahre nach den besagten Tatsachen noch attackiert werden. Die USA haben grossen Nutzen daraus gezogen!
- Einmischung in die inneren Angelegenheiten: Ein Bericht des Amerikaners Stuart E. Eizenstat⁵⁶ besagt: «*Bei den Gesprächen, die ich mit der Schweiz, Deutschland, Österreich und Frankreich geführt habe, hat sich nur die Schweizer Regierung geweigert, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Im helvetischen Fall mussten die Privatiers ganz allein das Abkommen erfüllen, einschliesslich der Bezahlung des Rechnungsbetrags, d.h. 1,25 Milliarden Dollar. Die SNB hat in keiner Weise zur Regelung der Sache beigetragen. Die Schweizer Regierung auch nicht. Sie hat ferner nicht einmal das globale Abkommen von 1998 anerkannt.*» Und das aus gutem Grund: dieses Abkommen stand in keinem Verhältnis zu den geschuldeten Summen, wie sie anhand mühevoller, in den Schweizer Banken⁵⁷ durchgeführter Recherchen festgestellt wur-

den. UBS und CS sind es, die das Abkommen über 1,25 Milliarden Dollar unterzeichnet haben. Die Schweiz hatte nichts damit zu tun. Herr Eizenstat sollte an seinem Platz bleiben und sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen, vor allem in Anbetracht der enormen Summe, die zu Unrecht dank seines Zutuns aufgetürmt wurde.

- Unehrllichkeit: Die Hauptbeteiligten in der Angelegenheit und Verächter der Schweiz haben sich in der Tat stets als *«kaum vertrauenswürdig»* erwiesen, wie Carlo Jagmetti sagte. Ein Beweis: Ed Fagan darf jetzt nicht mehr in New Jersey tätig sein, da die Justiz ihn 2009 schuldig gesprochen hat wegen Veruntreuung des Geldes seiner Kunden. Im Jahr davor hatte er seine Lizenz in New York verloren und 2007 in Florida Konkurs angemeldet! Aber er ist nicht der Einzige. Israel Singer vom Weltjudenkongress, unbarmherziger Befürworter des Niedergangs der Schweizer Banken, wurde vom Präsidenten dieser hohen Instanz angeklagt, *«sich lange Zeit aus der Kasse bedient zu haben»*. 2006 hatte ihm der Oberstaatsanwalt des Staates New York verboten, irgendeine finanzielle Verantwortung auszuüben, und ihn dazu verurteilt, 300 000 illegal einkassierte Dollar zurückzuzahlen. Und was den Juraprofessor Burt Neuborne anbetrifft, so hat dieser 3 Millionen Dollar nur dafür kassiert, dass er einen Verteilungsschlüssel für die Millionen lieferte, die von den Schweizer Banken an die Opfer des Holocausts zu zahlen waren. Sie sehen, allesamt nur ausgesuchte (oder vielmehr ausgekochte?) Männer von Welt, welche der Schweiz eine Moralpredigt halten!
- Erpressung: UBS und CS haben akzeptiert, die astronomische Summe von 1,25 Milliarden zu zahlen, und zwar aus einem einfachen Grund: die Weiterführung ihrer Geschäfte in den USA hing davon ab, denn man drohte ihnen mit Lizenzentzug. Die am 18. Mai 2008 interviewte Madeleine Kunin, während der Krise Botschafterin der Vereinigten Staaten in der Schweiz, erklärte: *«In den Vereinigten Staaten wurde die Rolle der Schweiz während des Krieges stark überbewertet. Der Senator D'Amato hat dies zuweilen ausgenutzt. Obwohl ich nicht allen angewendeten Taktiken zugestimmt habe, wie der Boykottandrohung gegen Schweizer Banken und Produkte, glaube ich, dass es an der Zeit war, das Problem der Guthaben zu lösen, und dann die Sache als erledigt zu betrachten.»*
- Bösgläubigkeit: Die USA haben sich während des Zweiten Weltkrieges nicht derart heldenhaft betragen, dass sie sich jetzt als Richter über die helvetische Moral aufspielen dürften. So hat sich erwiesen, dass die USA sich geweigert haben, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, mehr noch als die Schweiz, die gerade diesbezüglich attackiert wird. In der Multimedien-Enzyklopädie der Shoah steht: *«1939 haben sowohl die Vereinigten Staaten als auch Kuba 900 deutsche Juden abgewiesen, die in Hamburg auf dem Schiff «Saint-Louis» an Bord gegangen waren. Das Schiff war gezwungen, in Europa zu bleiben. Schliesslich kamen viele seiner*

Passagiere in den Konzentrations- oder Vernichtungslagern um. Selbst als im Zweiten Weltkrieg erste Berichte bezüglich des Nazi-Genozids den Westen erreichten, gelang es dem dem amerikanischen Staatsdepartement nicht, die für die Immigration geltenden strengen Gesetze zu lockern. Die Juden-Hilfe hatte für die Regierung der Vereinigten Staaten nie Priorität, zum Teil wegen des im Land herrschenden Antisemitismus, wegen des Isolationismus in der Krise von 1929 und wegen der Fremdenfeindlichkeit. Nach dem Krieg fanden hunderttausende Überlebende Zuflucht in den von den Alliierten verwalteten Lagern. In den Vereinigten Staaten galten die Immigrationsbeschränkungen immer noch.»

- Blindheit: Die USA rechtfertigen ihre Härte gegenüber der Schweiz mit dem Vorwurf, diese hätte trotz ihrer Neutralität verstehen und einsehen müssen, dass Nazi-Deutschland kein Gegner wie andere war, sondern das Böse in Person. Infolgedessen musste die helvetische Neutralität während dieses Konflikts ihrer Meinung nach auch nicht respektiert werden. Soweit bekannt ist, sind die USA erst im Dezember 1941 in den Krieg eingetreten, zwei Jahre nach dessen Beginn, und auch sie haben viel Zeit gebraucht, um die Beschaffenheit des absoluten Bösen zu begreifen, das sich über Europa verbreitete. Und in Wirklichkeit ist ihnen erst ein Licht aufgegangen, als ihre Flugzeugträger in Pearl Harbour zerstört worden waren.
- Hehlerei: Im Jahr 2000 wird Stuart E. Eizenstat von der amerikanischen Regierung beauftragt, den Vorsitz einer Kommission zu übernehmen, um Klarheit über die Rolle der amerikanischen Banken während des 2. Weltkrieges zu schaffen. Sein Ziel ist, die Familien der Opfer entschädigen zu können. Eine vom TV-Sender «Planet» ausgestrahlte Reportage erzählt, wie Dokumente aufgetaucht sind, die die sträflichen Aktivitäten der Chase Bank mit Nazi-Deutschland beweisen.⁵⁸ Sie zeigen, dass das Deutsche Reich Dollar kaufte mit dem Geld, das den Juden abgenommen wurde, was dann über diese amerikanische Bank lief. Die Chase liess sich insbesondere nach der Kristallnacht dazu hinreissen, Nutzen aus derlei Umständen zu ziehen, denn zahlreiche Juden mussten fliehen und alle ihre Güter hinter sich lassen. Diese Machenschaften dauerten von 1936 bis 1941. In der Reportage hört man Stuart E. Eizenstat sagen, man habe gewusst, dass die amerikanischen Banken jüdische Guthaben im Depot hätten, die nicht zurückgegeben worden seien. Und dass das Fusionsprojekt der beiden Institute (Chase und JP Morgan) der ideale Moment wäre, um Licht in diese Machenschaften zu bringen, wie die USA es von anderen Ländern ja auch verlangt hätten. Er musste jedoch einräumen: *«Das ist nicht geschehen. Meiner Ansicht nach hat sich die Kommission nicht genug mit diesem Problem beschäftigt.»* Klar, denn sie war ja voll auf die Schweiz eingeschossen! In seinem Bericht fügt Stuart E. Eizenstat hinzu: *«Andere Fragen sind noch offen geblieben, die in diesem Bericht nur gestreift werden. Eine davon, die erst vor kurzem aufgetreten ist, betrifft die Verwendung der nachrichtenlosen Guthaben in den amerikani-*

schen Banken bzw. die Möglichkeit, dass die amerikanischen Banken, einschl. die amerikanischen Filialen der Schweizer Banken, von den Nazis gestohlene Werte lagern. Dabei handelt es sich um einen wichtigen Aspekt, der weitere Nachforschungen von anderen Institutionen verlangt, insbesondere den zuständigen staatlichen Behörden.» Danach ist nichts mehr geschehen, denn Präsident Clinton hat es für richtig befunden, die Arbeiten der Kommission zu unterbrechen, damit vor dem Ende seines Mandats ein Abkommen unterschrieben werden konnte. Er plante, dass 22,5 Millionen zur Begleichung aller Forderungen an die Opfer des Nazismus gezahlt werden sollten. Was natürlich eine lächerliche Summe ist!

So viel, liebe Mitbürger, zu den geläufigen Waffen unseres Gegners auf der anderen Seite des Atlantiks, um uns zu destabilisieren. Ich will damit absolut nicht sagen, dass die einen sich besser betragen haben als die anderen. Wie immer in den schwarzen Zeiten der Geschichte nutzen Leute überall die Lage skrupellos aus. Die Banken, deren Metier das Geld ist, zweifellos noch mehr als die anderen. Dass wir uns haben einschüchtern, beschimpfen, ausnehmen lassen, ohne den USA ihre eigenen Widersprüche vor Augen zu führen, ist für mich der Beweis einer tadelnswerten Demobilisierung. Eine Feigheit, die wir heute teuer bezahlen. Dabei sollte man annehmen dürfen, dass wir einige Lehren aus dieser verheerenden Auseinandersetzung gezogen haben, Lehren, die wir für unsere derzeitige Krise mit den USA, aber auch mit Frankreich, Deutschland oder der EU in Steuerfragen beherzigen sollten.

Denn die Geschichte wiederholt sich, das sollten wir eigentlich wissen. Zwei kleine zusätzliche Beweise:

– Im Juni 2012 übergab der Schweizer Botschafter bei der Europäischen Union, Jacques de Watteville, vor Antritt seines Postens in China seinen Bericht. Dort erwähnte er ein «Switzerland-Bashing», d.h. eine alarmierende Verunglimpfung der Schweiz innerhalb der EU. Nicht nur die Steuerfragen seien ärgerlich, sondern auch die Aufhebung der Schutzklausel⁵⁹. Die EU soll Vergeltungsmassnahmen geplant haben, die aber wegen ihrer potentiell negativen Auswirkungen auf ihre eigene Wirtschaft, der es bereits schlecht geht, auf später verschoben wurden. Und der Botschafter kommt zum Schluss, dass die Schweiz eine bessere Kommunikation bezüglich dieser Angelegenheit haben müsse. Die Schweiz ist in der Tat nicht sehr begabt, über sich selbst zu reden, das ist wohlbekannt. Aber die Schutzklausel war im Vertrag genannt. Wenn ihre Anwendung meiner Meinung nach auch kontraproduktiv war, so sind darob gleichwohl die mit der EU getroffenen Absprachen vollumfänglich respektiert. Was anscheinend aber nicht das «Bashing» verhindert hat!

– Im April 2008 startete die Anti-Defamation-League (ADL) eine Pressekampagne gegen die Schweiz. Die amerikanische Organisation beschuldigte die Schweiz, den weltweiten Terrorismus zu finanzieren, und zwar aufgrund der Unterzeichnung eines Gas-

lieferungsvertrags durch die Aussenministerin Micheline Calmy-Rey in Teheran. ADL-Direktor Abraham H. Foxman behauptete: «Die Schweizer Regierung muss die Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen. Das Beschämendste für die Schweiz ist, dass der Iran das Geld des Vertrags wahrscheinlich benutzen wird, um seine Atomwaffen zu entwickeln, die Hisbollah mit Raketen zu versorgen und seine in Europa stationierten Terroristengruppen zu finanzieren.»⁶⁰ Abraham H. Foxman ist sich im Klaren darüber, dass diese Kampagne an diejenige bezüglich der nachrichtenlosen Gelder erinnert, und kann sich folglich mit vagen Aussagen begnügen.

– Am 3. Mai 2012 erwähnt TV RTS, dass zwei jüdische Familien in den Vereinigten Staaten gegen mehrere Schweizer Banken Klagen eingereicht haben. Sie verlangen fast 287 Millionen Schweizer Franken an nachrichtenlosen Geldern unter dem Vorwand, ihre Gesprächspartner hätten verhindert, dass der 1998 mit dem Weltjudenkongress unterzeichnete Vertrag zwecks Regelung der nachrichtenlosen jüdischen Guthaben erfüllt wurde. Die Klage wurde erhoben gegen die UBS, Credit Suisse, Schweizerische Bankiervereinigung, Eidgenössische Bankenkommission und die Schweizerische Eidgenossenschaft. Sonst noch was? Diese Angelegenheit wurde längst schon im Vorfeld während sieben Jahren von einem Sondergericht untersucht, das damit beauftragt war, die Opfer des Holocausts zu entschädigen. Das Gericht hat die Kläger mangels Beweisen abgewiesen, was ihren Rechtsanwalt dazu veranlasste, vor ein amerikanisches Gericht zu ziehen. Das ist noch nicht das Ende vom Lied!

Wir werden nie in Ruhe gelassen werden, solange wir uns allzu willfährig anstellen, denn der Wirtschaftskrieg wird heute immer härter, aufgrund kaum noch legaler bis krimineller Praktiken in der westlichen Wirtschaft. In seinem Buch⁶¹ «Wirtschaft heisst Krieg» erklärt Frédéric Charpier, dass die Macht eines Staates in seiner Fähigkeit bestehe, die Wettbewerbsbedingungen und den wirtschaftlichen Kontext zu seinen Gunsten zu ändern, um seine Arbeitsplätze zu erhalten und eine technologische, kommerzielle, wirtschaftliche, politische Dominanz zu erreichen. Die USA und China sind herangewachsen zu Meistern dieses Willens, den weltweiten Gesetzesrahmen in ihrem Sinn zu manipulieren.

Vor diesem Hintergrund ist die Schweiz eine leichte Beute. Wie soll sie sich verteidigen, wenn nicht mit bestbestückten Argumentarien wider ihre Gegner. Die Beispiele, die ich in den nächsten Kapiteln nenne, sind nur teilweise entwickelt und anzahlmässig ungenügend. Die Sonderabteilungen des Bundes haben zweifellos überzeugendere zusammengetragen. Zurzeit machen wir kaum davon Gebrauch, weil wir dezidiert bemüht sind, immer nett und höflich zu sein. Damit sollten wir aber aufhören, und darum möchte ich Sie bitten.

4 Engagement zur Verteidigung des Finanzplatzes

«Häufig ist die unangenehmste Wahrheit die nützlichste.»

Elie Wiesel

«Der häufigste Fehler des Menschen ist, das Gewitter bei schönem Wetter nicht vorherzusehen.»

Nicolas Machiavelli

Um die Einsätze zu verstehen, die mit dem Fortbestand des Schweizer Finanzplatzes verbunden sind, ist es unerlässlich, seine Wichtigkeit in verschiedenen Bereichen unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu ermessen. Denn die Kraft, die wir derzeit aufwenden, um sein Überleben zu verteidigen, steht meiner Meinung nach in keinem Verhältnis zur Reichweite dieses Sektors in unserem Land. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Mein Plädoyer bedeutet nicht, dass wir um jeden Preis betrügerische oder unmoralische Aktivitäten aufrechterhalten sollten unter dem Vorwand, das Land lebe mehr oder weniger davon. Das wäre zu einfach, und wenn man es so sehen würde, dürfte auch die sizilianische Mafia niemals ausgerottet werden!

Darum geht es mir nicht, sondern ich möchte eher betonen, dass Expertenkreise bereits seit mehreren Jahren in den sensiblen Bereichen beträchtliche Anstrengungen unternommen haben. Wie beispielsweise die Massnahmen gegen die Geldwäsche und gegen die Aufnahme von Geldern der Potentaten, Dinge, worauf auch andere Länder nicht immer überzeugend reagieren. Wie die neuen Richtlinien unserer Aufsichtsbehörde (FINMA) bezüglich der Entlohnungssysteme⁶², die seit Januar 2011 gelten. Wie die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerflucht, um dem Informationsaustausch gemäss Artikel 26 der OECD zu entsprechen, was uns dazu geführt hat, uns Regelungen anzuschliessen, die die Privatsphäre der Bürger weniger schützen, als wir es gewohnt sind. Wie die Eigenkapitalvorschriften bei den Grossbanken, welche die strengsten der Welt sind und Marian Stepczynski⁶³ zu folgender Aussage veranlasst haben: «Sind unsere Grossbanken nunmehr ausgerüstet mit Gürtel und Hosenträgern als *crash-proof* oder nur mehr belastet, was sie gegenüber ihren internationalen Hauptkonkurrenten ernsthaft benachteiligt?»

Alle diese Bemühungen reichen für den Moment aus, und jetzt geht es darum, dass wir nichts mehr ohne Gegenleistung einräumen und dass die anderen Länder nachziehen, überall dort auf der Welt, wo Institute, für die andere Gesetze gelten, ungestraft all das übernehmen, was wir ihnen kleinlaut überlassen. Darauf werden wir im nächsten Kapitel zurückkommen.

Swissbanking, ein Dienst der Schweizer Bankiervereinigung, veröffentlicht zahlreiche interessante Zahlen⁶⁴ über unseren Finanzplatz. So erfährt man, dass es Ende 2011 in der Schweiz 312 Banken, 3382 Filialen und 5555 Bankautomaten gab. Darunter figurieren 148 ausländische Banken aus der ganzen Welt, die von unserer ach so kritisierten Gesetzgebung profitieren; da ist die Scheinheiligkeit gewisser Kritiker mit Händen zu greifen! Der Bankensektor beschäftigt immerhin 143 000 Personen vor Ort, d.h. genauso viele wie Migros (grösster Arbeitgeber der Schweiz) und Coop zusammen, nicht zu vergessen die 106 700 Mitarbeiter im Ausland. Die beiden Grossverteiler haben zusammen 2850 Verkaufsstellen⁶⁵, d.h. 500 weniger als alle Niederlassungen der Banken. In einem Land, das zu Recht auf seine Berufsausbildung stolz ist, muss man den Banken für mehr als 3800 Ausbildungsplätze dankbar sein, d.h. hier gibt es mehr Auszubildende als bei Migros (3328 im Jahr 2010) oder bei Coop (etwa 3000). Der Vergleich ist umso lobenswerter, als die beiden Grossverteiler hauptsächlich Mitarbeiter beschäftigen, die eine duale Ausbildung genossen haben, im Gegensatz zu den Banken.

Die Vermögensverwaltung ist das Hauptgeschäft des Schweizer Finanzplatzes, der damit fast die Hälfte seiner Gewinne macht. Er verwaltet 5400 Milliarden, von denen 45 Prozent institutionellen Investoren gehören, d.h. insbesondere Pensionskassenfonds. Er betreut Schweizer Kundschaft zu 40 Prozent und Ausländer zu 60 Prozent. Die Banken entrichten Steuern wie alle anderen Unternehmen. Ihre Angestellten ebenfalls. Zählt man diese Zahlungen zusammen, erhält man im Jahr 2011 ungefähr 11,2 Milliarden, d.h. 10 Prozent aller im Land eingenommenen Steuern⁶⁶. Sollten diese Beiträge einmal fehlen oder drastisch abnehmen, wären wir zweifellos in Bedrängnis.

Sie werden sich fragen, warum sich das ändern sollte. Die jüngeren Entwicklungen wirkten sich ja nicht nachteilig auf unseren Finanzplatz aus, und die Schweizerische Bankiervereinigung kon-

Es ist jetzt offensichtlich, dass unser Finanzplatz aufgrund der wachsenden Konkurrenz im internationalen Markt Kunden verlieren wird. Und dass seine Margen fallen werden aufgrund all der Reglementierungen, die er über sich ergehen lassen muss.

statiert sogar⁶⁷: «Da alle wichtigen Finanzplätze wie die Schweiz den Artikel 26 des Steuerabkommenmodells der OECD angenommen haben, dürften sich daraus keine schweren negativen Konsequenzen für den Schweizer Finanzplatz ergeben. Diese Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen wird die Erfolgsfaktoren der Schweiz wie Stabilität des Frankens verstärken. In der Zukunft ist das Modell anzuwenden, das auf der Verwaltung von deklarierten Guthaben beruht.» Wunderbar! Warum behauptet sie dann aber in einer anderen Veröffentlichung⁶⁸: «Wir sind derzeit Zeugen rasender wirtschaftlicher Entwicklungen auf der ganzen Welt, von einschneidenden Regeländerungen auf den Finanzmärkten und einer Erosion der Margen im Banksektor. Diese Dynamik hat enorme Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und auf die Rentabilität der verschiedenen Aktivitätssektoren.» Liegt es nur daran, dass zwischen den beiden Bemerkungen ein ganzes sehr ereignisreiches Jahr liegt?

Man sollte nicht träumen. Der Schweizer Finanzplatz hat von vielen Vorteilen profitiert, wovon das Bankgeheimnis nicht der geringste ist, was wir ja bereits erwähnt haben. Das Ende der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerflucht sowie der Informationsaustausch in diesen beiden Fällen entsprechen einer offensichtlichen Schwächung des Bankgeheimnisses. Manche möchten immer noch behaupten, es sei sehr wohl noch vorhanden, aber es geht dabei um die Form (was die Artikel des Gesetzes wiedergeben) und nicht um das Wesentliche, denn seit drei Jahren wurde so sehr daran herumlaboriert, dass es nur noch pro forma existiert, wenn überhaupt.

Es ist jetzt offensichtlich, dass unser Finanzplatz aufgrund der wachsenden Konkurrenz im internationalen Markt Kunden verlieren wird. Und dass seine Margen fallen werden aufgrund all der Reglementierungen, die er über sich ergehen lassen muss. Dass die Zahl seiner Mitarbeiter abnehmen wird (2012 wurden bereits 1070 Arbeitsplätze gestrichen!). Dass seine Gewinne schmelzen werden und dass sein Beitrag an das Steueraufkommen weitaus kleiner ausfallen wird. Die Rechnung ist schnell gemacht: Die Schweizer Banken haben 60 Prozent ausländische Kunden, von deren Vermögen mindestens 60 Prozent nicht korrekt deklariert waren. Wenn sie zwei Drittel⁶⁹ dieser 36 Prozent⁷⁰ verlieren würden, schrumpfte ihr Geschäftsumfang in der Schweiz um 24 Prozent. Potztausend!

Einige spielen das herunter, wie Jean-Pierre Béguelin⁷¹, der behauptet: «Etwas mehr als 60 Prozent der Gelder sind nicht deklariert. Der Schock der Aufhebung des Bankgeheimnisses wird schwer, aber nicht tödlich sein.» Andere übertreiben allzu sehr, wie Franz de Planta⁷², der die Kosten für das Ende des Bankgeheimnisses auf 100 Milliarden Franken schätzt, d.h. ein Fünftel des nationalen Reichtums⁷³. Noch andere sind hoffnungsvoll, wie der frühere Präsident der FDP⁷⁴, Fulvio Pelli, nach dem die Schweiz in der Vergangenheit schon viele Schwierigkeiten gesehen hat und der Schweizer Finanzplatz zweifellos neue Strategien finden wird⁷⁵. Er ist jedoch gegen den automatischen Informationsaustausch, der bedeutet, dass der Staat alles über den Bürger, seine

Konten, seine Transaktionen wissen will. «Das Vertrauen ist ein sehr viel besseres Verwaltungselement als die Kontrolle.» So ist es!

Andere freuen sich schliesslich darüber, wie Jacques Pilet⁷⁶, der mit seinem üblichen Witz meint: «Die Neudimensionierung des Finanzplatzes wird wehtun, besonders in Zürich, Genf und Lugano. Aber immer mit der Ruhe, Klageweiber! Es ist keine Katastrophe in Sicht. (...) Der Banksektor bringt ein Zehntel der Steuereinnahmen. (...) Dieser Batzen wird natürlich nicht verschwinden, nur angenagt. Unangenehm, aber nicht fatal. Was der Bank heute passiert, geschah früher in der Industrie. In den 70er Jahren wäre die Uhrmacherei fast gestorben, vor ihrem spektakulären Aufschwung. Weil ihre früheren Bosse, zu reich und zu arrogant, die technologischen und geschäftlichen Änderungen nicht vorausgesehen hatten. Wie die Ospel oder auch die Grübel, die sich in den letzten Jahren an einem Modell festgeklammert hatten, das zum Verschwinden verdammt war.»⁷⁷

Er hat recht, nichts ist jemals definitiv festgeschrieben, und sein Beispiel der «Uhrmacherei» ist sehr vielsagend. Der Unterschied aber ist, dass die Schweizer 1970 den angekündigten Tod des Uhrengewerbes beweinten, anstatt es öffentlich anzuprangern. Sie waren sich des Risikos bewusst, sie erteilten keine Lektionen. Sie sagten nicht, dass die Japaner recht hatten, uns Marktanteile wegzunehmen. Für den Schweizer Finanzplatz sieht das ganz anders aus, und allzu viele lassen ihn ohne weiteres fallen, ohne sich über das Ausmass der Kollateralschäden im Klaren zu sein. Diejenigen, die die Banken nicht mögen und sie loswerden möchten, reiben sich die Hände angesichts der Probleme, die man ihnen bereitet. Sie realisieren aber nicht, dass diese Institute ihre Aktivitäten einfach nach Singapur, Hongkong oder London verlegen werden und dass es die Schweiz, und nur sie, sein wird, die dafür wird bluten müssen.

Die Ereignisse, welche die internationale Finanzwelt durchschütteln, finden vor dem Hintergrund einer weltweiten Rezession statt. Selbst wenn unsere Banken der Krise gut zu trotzen vermögen oder sie sich ganz respektabel zu halten vermögen, ist es ausgeschlossen, dass wir sie ohne Schaden überstehen. Man sagt uns immer wieder, dass wir jeden dritten Franken mit der EU verdienen und dass fast 80 Prozent unserer Exporte in diese Union gehen⁷⁸. Also, wenn das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern der EU zu wünschen übrig lässt, wie sollen wir dann keine Nebenwirkungen spüren? Die Schweiz muss sich, wie Europa und die restliche Welt, auf magere Jahre einrichten. In diesem Zusammenhang würden wir die 10 Prozent «abgenagten» Steuern bitter nötig haben. Nicht zu vergessen die entlassenen Arbeitnehmer, die freigesetzten Auszubildenden. Die Hotels und Restaurants (häufig aus der Luxusklasse), die weniger Gäste haben werden. Der Rückgang des Tourismus. Laut Franz de Planta könnte das Gesamtvolumen des Finanzplatzes 20 Prozent des BIP erreichen. Wie die genaue Zahl auch lauten mag, man muss sich vergegenwärtigen, dass ein Paradigmenwechsel eintreten würde, wenn die Dinge weiterhin derart ihren Lauf nehmen würden, was die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes von

Grund auf ändern könnte. Dessen müsste man sich erst einmal bewusst sein, bevor man sich freuen könnte.

Wenn die Moral diesen Preis hat, werden einige sagen, dann bezahlen wir ihn eben. Einverstanden, aber ausser dass wir diesen Preis bezahlen, wird sich nichts ändern, denn die Moral wird dadurch nicht gerettet, weil alles wie gehabt weiterlaufen wird, nur unter anderen Himmeln und insbesondere dort, wo unsere Angreifer am zahlreichsten versammelt sind. Wenn Sie mir das nicht abnehmen, dann erklären Sie mir bitte, warum Grossbritannien, beständenes Mitglied der EU, das also seit langem die Steuerkooperationsabkommen mit seinen Alliierten unterzeichnet hat⁷⁹, 23 Prozent der weltweiten Offshore-Guthaben verwalten kann. Zweifellos weil die EU sich kaum um die Anwendung ihrer Vorschriften kümmert. Genau das behauptet ohne Umschweife Michèle Perolat: «Die Richtlinie (von 1977) enthält kein Element für die Einrichtung einer Kultur der administrativen Kooperation zwischen Mitgliedstaaten; sie beinhaltet keine Grenzfristen für die Beantwortung im Rahmen des Informationsaustausches auf Anfrage; das System bezüglich des automatischen Informationsaustausches ist schwach; die Richtlinie sieht die Möglichkeit vor, das Bankgeheimnis geltend zu machen, um die Assistenz abzulehnen; schliesslich hat die Richtlinie ein Komitee eingerichtet, dessen Zusammensetzung unklar ist.»⁸⁰ So läuft die Sache also ab!

Die wiederholten Angriffe der OECD und einiger Länder der EU gegen die Schweiz gestatten ihnen, sich auch mal eine Kugel in den eigenen Fuss zu schiessen. Warum? Das nicht deklarierte Geld ihrer Steuerzahler ist nicht, wie es in der Legende heisst, in den Tresoren der Schweizer Banken versteckt. Nein, es ist nicht in der Schweiz, sondern zum grössten Teil im Herkunftsland ihrer Kunden. Und zwar in Portefeuilles, die zahlreiche Wertpapiere nationaler Unternehmen enthalten, die solche unterstützen und insbesondere kennen, oder zumindest westliche Werte⁸¹. Wandern diese Gelder in andere Gefilde, beispielsweise nach Singapur, können Sie sicher sein, dass dann asiatische Werte bevorzugt werden. Dann wird das Geld der Franzosen, Italiener oder auch der Deutschen der Entwicklung dieser Schwellenländer dienen, die den europäischen Volkswirtschaften Konkurrenz machen. Schönes Ergebnis!

Auch kann man die Nebenwirkungen der Rubik-Verträge belächeln. Was aber wird geschehen, wenn die Schweizer Banken die Guthaben ihrer Kunden um 25 bis 35 Prozent beschneiden müssten, um sie an ihr jeweiliges Land zurückzugeben? Sie werden Aktien von BMW oder Peugeot, BASF oder Alcatel verkaufen, um den deutschen oder französischen Staat zu bezahlen. Man kann bezweifeln, dass die Operation den Volkswirtschaften dieser Länder im Endergebnis nützen wird.

Ausser den finanziellen gibt es jedoch noch andere Einbussen bei unserem allfälligen Ausscheiden, und man darf diese nicht verschweigen, da man ansonsten einer rein materialistischen Betrachtungsweise verhaftet bliebe. Unser internationales (und übrigens auch nationales) Image würde darunter leiden, stets als Verlierer, gar als Feiglinge abgestempelt zu sein. So argumentiert auch Olivier Delacrétaz mit unterdrückter Wut in einem jüngeren Edi-

torial⁸²: «Unser Verhalten wie gehorsame Hunde entbindet unsere Feinde von jeglichem Schuldgefühl: warum soll man Gutes für ein Volk wollen, das Schlechtes von sich selbst denkt? (...) Kurz, unsere Behörden sind nicht auf der Höhe. Sie zwingen die Schweiz zur politischen Busse. Während sie dem Land und seiner Unabhängigkeit Respekt verschaffen sollten, verschleudern sie den Goodwill auf jede erdenkliche Art und Weise.»

Der im August 2007⁸³ bei der Botschafterkonferenz befragte Carlo Jagmetti, früherer Vertreter der Schweiz in Washington, erklärte: «Ich bin nicht mehr Botschafter, reise aber dennoch von Zeit zu Zeit. Soweit ich das beurteilen kann, wird die Schweiz noch sehr geschätzt. Vielleicht wird sie nicht mehr so bewundert wie vorher, es gibt aber noch viele Neider und Menschen, für die die Ordnung, die Kohärenz, die Kontinuität und die Konstanz der Schweiz einen beispielhaften Wert haben.» Wir haben also im Konzert der Nationen Prinzipien zu verteidigen. Wir sind eine Demokratie, in der die Beziehung des Bürgers zum Staat nicht so beschaffen ist wie anderswo. Der souveräne Bürger spielt bei uns nicht nur die Rolle eines Steuerzahlers. Er wählt, er entscheidet, er regiert. Die Grenzen der staatlichen Einmischung sind nicht elastisch. Der Datenschutz auch nicht. Was man von seiner Reputation auch denken mag, das Bankgeheimnis schützt in erster Linie den Kunden (in bestimmten Grenzen, um nicht auch Kriminelle zu schützen, oder bei Verfahren wie Nachfolge oder Scheidung), selbst wenn es den Banken zugute kommt. Der Vergleich mit der ärztlichen Schweigepflicht ist interessant, weil man sich dann vorstellen kann, wohin die Aufgabe des Bankgeheimnisses in einem anderen Bereich führen könnte. Stellen Sie sich vor, dass die Weiterentwicklung der Gesellschaft es gestatten würde, den Tatbestand zu bestrafen, dass sich jemand einer Krankheit aussetzt (Rauchen und Lungenkrebs, ungeschützter Geschlechtsverkehr und Aids, fettes Essen und Cholesterin). Dann stellen Sie sich vor, dass die EU oder die USA die Ärzte in der Schweiz dazu verpflichten würden, derartige Verhaltensweisen anzuzeigen, die sie bei ihren ausländischen Patienten feststellen, unter dem Vorwand, dass dies für ihre Krankenversicherung teuer wäre (und es sei unsozial) oder dass sie die Krankenhäuser überfüllten, wenn sie ins Heimatland zurückkehren. Müssten wir gehorchen? Die Antwort würde auf dem jeweiligen Wert beruhen, den man diesen sogenannten «höheren» Zielen des Staats oder der Wahrung der Privatsphäre beimisst.

Derzeit haben die westlichen Staaten sich offensichtlich darüber geeinigt, was bei den Steuern unumschränkt gelten soll. Was müssen wir morgen nachvollziehen oder aufgeben?

5 Es ist Zeit zu kämpfen!

«Bei Krieg ist derjenige verloren, der zweifelt:
man darf nie zweifeln.»

Marschall Ferdinand Foch

«Die einzigen im voraus verlorenen Kämpfe sind diejenigen,
die man nicht liefert.»

Chinesisches Sprichwort

«Die Angst vor dem Krieg ist noch schlimmer als der Krieg selbst.»

Seneca

«In Friedenszeiten ist nichts besser als Ruhe,
Bescheidenheit, Demut, aber sobald der Krieg kommt,
sollte man sich ein Beispiel am Tiger nehmen.»

William Shakespeare

In einem Interview von seltener Offenheit mit der Zeitung «Le Matin»⁸⁴ meint Faith Whittlesey, frühere Botschafterin der Vereinigten Staaten in Bern⁸⁵: «Die Situation ist schlimmer als je zuvor. Schlimmer als in den 90er Jahren, bei der Sache mit den nachrichtenlosen Geldern.» Um sich zu verteidigen, meint sie weiter, müsse die Schweiz «ihre Strategie ändern». Das Ziel sei «zu zeigen, wie heuchlerisch es ist, die Schweiz so vehement zu attackieren und nicht jene Amerikaner, die das Finanzamt betrogen haben». Die Eidgenossenschaft müsse zum Beispiel fragen, aus welchen Gründen die Administration Obama nicht den Staat Delaware in die Mangel nehme und warum sie nicht die Erwartungen Mexikos erfülle, «das die gleichen Beschwerden gegen sie hat wie die Vereinigten Staaten gegenüber der Schweiz». Stattdessen «laden die Schweizer Banken Al Gore ein». Man dürfe keine Angst haben und müsse sich für das «American Hardball»⁸⁶ entscheiden, schliesst die frühere republikanische Diplomatin.

Es ist in der Tat recht pikant, dass gerade eine frühere Botschafterin der USA dazu ermuntert, uns zu verteidigen! Sie ist nicht die einzige. Alfredo Gysi, Präsident der *Association des banques étrangères en Suisse*⁸⁷, sagt, dass man dergleichen laut und deutlich von unseren Politikern bzw. auch von den Bankern hören wolle. Im Mai 2012 sagte er, dass «die Strategie des saube-

ren Geldes, die von der Politik verfolgt wird, den Schweizer Finanzplatz anziehend machen soll. Was aber nicht der Fall ist.» Der Präsident fügte hinzu, dass die Schweiz keine isolierten Schritte machen solle, wie beispielsweise die Selbstanzeige zu propagieren, während sie noch kein internationaler Standard geworden sei. Nur so könne die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Die Schweiz könne natürlich, wenn die internationale Gemeinschaft eine Konzession von ihr verlange, die anderen betroffenen Finanzplätze einberufen, um eine gemeinsame Haltung zu definieren. So wäre sie stärker und könnte zumindest ihr Nichtstun rechtfertigen, solange die anderen nicht übereinstimmend handeln.

Heute geben wir nach, ohne zu kämpfen

Lang liegen die glücklichen Zeiten zurück, in denen wir wagten, zu reagieren, bei Anschuldigungen die Zähne zu zeigen, den Spiess umzudrehen, unsere Interessen zu verteidigen! Jetzt handeln unsere Gegner nach Herzenslust, da wir ihnen jedes Mal auch noch die andere Wange hinhalten. Professor Peter Kunz⁸⁸ erklärte sehr treffend, dass sich die Schweiz «in einem psychologischen Krieg» befinde. «Ihre Nachbarn und die Vereinigten Staaten wissen, dass eine wiederholte leichte Druckausübung schon ausreicht, um sie in Alarm zu versetzen, als würde die Kavallerie gegen sie unterwegs sein oder als würde man drohen, die UBS anzuklagen. Die Schwäche unseres Landes kommt hauptsächlich von der Angst, die sie wegen ihrer kleinen Grösse hat.»

Schauen wir uns beispielsweise den Bericht⁸⁹ des Bundesrates an, der eine Strategie für einen «glaubwürdigen» und «integren» Finanzplatz entwickelt (die Bankfachleute werden begeistert sein!). Das Ziel sei, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes stimulieren und gleichzeitig auf internationaler Ebene gut akzeptiert werden würden. Da werden dann konkrete Massnahmen beschrieben:

- Notwendigkeit, die aus der Vergangenheit geerbten Steuerprobleme zu regeln, in Verbindung mit den ausländischen Kunden, die ihre Steuern nicht bezahlt haben, um die rechtlichen Risiken zu reduzieren, die auf den Banken lasten, und um die Privat-

sphäre ihrer Kunden zu wahren. Es handelt sich um das Rubik-Projekt, auf das wir noch zurückkommen werden.

- In zweiter Linie preist der Bericht die internationale Zusammenarbeit und schlägt vor, die Besteuerung der Einkommen und Kapitalgewinne zu garantieren, dank drei Massnahmen:
- ein Abkommen bezüglich der internationalen Besteuerung an der Quelle, eine effektive Lösung, um die Steuerzahler nach den Regeln ihres Domizilstaats zu besteuern, bei gleichzeitiger Garantie des Schutzes ihrer Privatsphäre.
- die Verbesserung der administrativen Assistenz und der gegenseitigen Rechtshilfe nach den internationalen Normen. Zukünftig werden die schweren Steuervergehen in den Kampf gegen die Geldwäsche integriert.
- eine Erweiterung der Sorgfaltspflicht der Finanzdienstleister, um Depots von nicht deklarierten Guthaben besser verhindern zu können. Priorität hat ein Selbstanzeigesystem von Steuern ausländischer Kunden.

Von Rubik abgesehen, als man versuchte, das Beste daraus zu machen, sind die anderen Elemente, wie erweiterte administrative Assistenz, Gleichstellung des Steuervergehens mit der Geldwäsche, Erweiterung der Sorgfaltspflicht und Selbstanzeige von Steuern, bedeutende Zugeständnisse! So also will der Bundesrat in die Schlacht ziehen: durch ein möglichst betretenes Händehoch, mit offenen Handflächen, auf den Knien rutschend. Das Flaggezeigen ist hinter den weissen Lumpen der Kapitulation verschwunden. Die Schlacht fällt aus!

Im Bericht steht ferner: *«Die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors, der zahlreiche Facetten aufweist, wird in diesem Dokument nur unter dem Gesichtspunkt der Steuergleichheit betrachtet. Das Dokument behandelt keine anderen Aspekte der Finanzmarktpolitik, wie den Zugang zu den ausländischen Märkten, die Reglementierung der Finanzmärkte oder die diplomatische Schweizer Politik bei internationalen Finanzinstitutionen.»* Hätte man sich aber die Mühe gemacht, diese anderen Aspekte zu berücksichtigen, hätte der Bundesrat die Schiefelage seiner defensiven Massnahmen durch einige offensive Initiativen ausgleichen können. Verlorene Mühe!

Kommen wir auf dieses Selbstanzeigeprojekt zurück, um welches nie jemand die Schweiz gebeten hat. Es existiert seit 2009 nur in Liechtenstein mit seinen Kunden aus Grossbritannien, die sich so ohne Sanktionen bei ihrem Finanzamt anzeigen können. Es handelt sich also eher um ein System der Steueramnestie und nicht um diese vom Bundesrat geplante Formalität, an die nirgendwo irgendjemand denkt! Wir lieben es anscheinend, der Klassenbeste zu sein. Wir heben den Finger, bevor der Lehrer überhaupt gefragt hat, um eilfertigkeit sicherzugehen, dass wir gut angesehen sind. Jeder neue Kunde soll also ein Formular ausfül-

len, das seine steuerliche Rechtschaffenheit bescheinigt. Diese Pflicht-Selbstanzeige soll ermöglichen, nicht deklarierte Gelder, die in die Schweiz transferiert werden sollen, herauszufiltern, um sie dann abzuweisen. Das mag einleuchtend sein, aber welchen Rechtsstatus soll ein solches Dokument dann haben? Bis zu welchem Punkt verpflichtet es den Unterzeichneten und seinen Banker? Auf welcher Basis könnte es einen begründeten Betrugsverdacht gegen den Unterzeichneten auslösen? Und stellen Sie sich einmal vor, wie beliebt sich unsere Beamten dabei machen würden! Wie ermutigend für das Vertrauensverhältnis! Wie stehen dann diejenigen da, welche die Absicht haben, in der Schweiz Geschäfte zu machen! Diese «innovative» Idee, in Wirklichkeit eine peinliche Unbedarftheit und Naivität, verändert die Rolle des Bankers komplett. Sie verändert völlig seine Beziehung zum Kunden, in dessen Augen er plötzlich wie ein internationaler Finanzbeamter erscheint, der eine Aufgabe verrichtet, für die in erster Linie die Staaten verantwortlich sind.

Das grösste Problem ist, dass die Schweiz bei dieser Form von Selbstanzeige offiziell bereit ist, sie ohne jede Gegenleistung einzuführen! Was ist ein Zugeständnis noch wert, wenn es ohne irgendeine Gegenleistung eingeräumt wird. Das sagte auch der Rechtsanwalt und Steuerfachmann Philippe Kenel in der *«Temps»*⁹⁰: *«Die Selbstanzeige ist der Lauf der Geschichte, aber ein enormer Irrtum, einseitig darauf einzugehen, ohne eine Gegenleistung ausgehandelt zu haben. Welches Interesse kann ein ausländischer Staat dann noch haben, ein Abkommen vom Typ Rubik zu unterschreiben, wenn er bereits vorher weiss, dass das Endziel der Schweiz darin besteht, nur deklarierte Kunden zu haben? Man muss sich im Klaren sein, dass die Zeit nicht für uns läuft, zunächst weil unsere Partner sehen, dass wir bereit sind, einseitig bezüglich der Selbstanzeige nachzugeben, dann weil es, wenn der automatische Informationsaustausch zum OECD-Standard geworden ist, nichts mehr zu verhandeln gibt. Man muss sich daher entschliessen, mit der EU zu verhandeln, solange es noch nicht deklariertes Geld in der Schweiz gibt.»* Eine klare Ansage.

Aber was will die Schweiz eigentlich? In allererster Linie steuerlichen Frieden. Es ist natürlich nicht angenehm, auf Listen egal welcher Farbe zu stehen. Auch will sie für ihre Banken Freizügigkeit im europäischen Finanzdienstmarkt erreichen. Denn derzeit besteht nur ein beschränkter Zugang gemäss Versicherungsvertrag von 1989, der die gegenseitige Niederlassungsfreiheit garantiert. Leider sieht dieser Vertrag keine freien grenzübergreifenden Dienstleistungen vor. Im Gegensatz zu dem, was bei seinem Abschluss geplant war, wurde er nie erweitert. Man müsste mit der EU einen Vertrag aushandeln, der alle Dienstleistungen abdeckt. Ein Banker drückte dies wie folgt aus: *«Die französische Filiale einer Schweizer Bank hat Zugang zum europäischen Markt, aber nicht die Schweizer Institution. Konkret bedeutet das, dass die in der Schweiz tätigen Verwalter immer noch nicht Kunden in Europa anbieten können, ein Konto in der Schweiz zu eröffnen. Das Gegenteil ist aber möglich. Als man dafür gekämpft hat, dass die Schweizer Produkte in Europa verkauft werden dürfen, hat man die Finanz vergessen.»* Das heisst,

Was will die Schweiz eigentlich? In allererster Linie steuerlichen Frieden.

dass Schweizer Anbieter, die Finanzprodukte entwickeln, bei jedem Land eine Vertriebsgenehmigung beantragen müssen, ausser sie entscheiden sich, in der EU vertreten zu sein. Luxemburg ist sehr beliebt, um dort UCITS-Fonds⁹¹ zur gründen, die dann frei in ganz Europa vertrieben werden. Diese Auslagerung schadet jedoch der Weiterentwicklung des Schweizer Know-hows, das dadurch verarmt. Es liegt auf der Hand, dass wir diese schwierige Lage ändern möchten, welche die Entwicklung neuer Produkte bremst. Warum also wurde der Vertrag von 1989 nicht mit Nachdruck wieder aufs Tapet gebracht? Warum wird in Verhandlungen nicht penetrant auf Gegenleistungen gepocht? Umso mehr, als neue Schwierigkeiten zu befürchten sind, denn die EU-Länder können gegenüber Drittstaaten nach Belieben Restriktionen erlassen. Das aktuelle Klima wird sie zweifellos auch dazu verleiten.

Mit dem berühmten Cassis-de-Dijon-Prinzip haben wir eine erbauende Erfahrung gemacht. Um den Import/Export zwischen den EU-Ländern zu erleichtern, verlangt das Prinzip, dass jeder Mitgliedstaat auf seinem Gebiet Waren akzeptieren muss, die in den anderen legal produziert wurden. Die Schweiz, die im Laufe der Zeit zahllose Normen aufgestellt hat, an die sich die Produzenten halten müssen, hat dennoch dieses Abkommen mit den 25 Mitgliedern der EU unterzeichnet, wonach die Unternehmen jetzt in der Schweiz auch nicht konforme Produkte verkaufen können. Als Sahnehäubchen hat unsere Regierung dieses Abkommen ohne Gegenleistung paraphiert! Die Schweizer Produzenten müssen ihre Herstellung also den Gesetzen der verschiedenen Länder anpassen, wenn sie Waren exportieren wollen. Sie müssen demnach gleichzeitig die Schweizer Normen erfüllen, um ihre Waren vor Ort verkaufen zu können, und die europäischen Normen für den

Absatz in der EU! Eine solche Ungeheuerlichkeit ist kaum für möglich zu halten, und unsere Wirtschaft verdient grossen Respekt, wie sie auch derlei noch meistert.

Eine ähnliche Zumutung wird vielleicht bald einmal auch auf unsere Banken zukommen, denn unsere Behörden erwägen nämlich, von Schweizer Unternehmen überall in der Welt zu fordern, dass sie die in der Schweiz geltenden Regeln beachten. Und auch das natürlich wieder im Alleingang, denn die anderen Länder möchten nicht auf die von den lokalen Gesetzen eingeräumten guten Bedingungen verzichten. So kommt es, dass die ausländischen Banken in der Schweiz (40 Prozent des Finanzplatzes) exakt jene Praktiken nutzen, die in ihren jeweiligen Staaten verpönt oder verboten sind. Die Heuchelei ist auf ihrer Seite, der Masochismus auf der unseren! Man muss es immer wieder sagen und betonen: Entsprechende Reglementierungen müssen universal sein, weil sie sonst dem Schweizer Finanzplatz schaden, der den guten Schüler spielt, und zwar in einer ansonsten nach Strich und Faden versäuberten Klasse.

Noch ein Wort zu Rubik, diesem zwischen der Schweiz und Grossbritannien und Österreich und vielleicht auch einmal Belgien unterzeichneten Vertrag. Dieses von der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Regierung propagierte Abkommen ist in der Tat eine gute Lösung, um mit der Vergangenheit abzuschliessen, ohne das involvierte Kundenvertrauen zu strapazieren oder gar aufs Spiel zu setzen. Es besteuert an der Quelle die in der Schweiz hinterlegten Guthaben, wahrt dabei das Bankgeheimnis und bringt jenen Staaten unverzügliche Steuereinnahmen, die dieses Abkommen gegen einen Verzicht auf den automatischen Informationsaustausch unterzeichnet haben. Es zieht allerdings mehrere Probleme nach sich. Zum ersten müssen die Staaten den

Unsere Verhandlungspartner ändern die Regeln wieder, sobald wir sie angenommen haben.

Vertrag in einem bilateralen Rahmen unterzeichnen. Damit ist die EU unzufrieden, weil sie unbedingt generell den automatischen Informationsaustausch haben will. Sie respektiert dabei auch nicht den Schweizer Wunsch, im Gegenzug einen freien Zugang zum europäischen Finanzmarkt zu erhalten. Ferner sind die interessierten Länder nicht sehr zahlreich. Es zeichnet sich ab, dass der Deutsche Bundesrat nicht auf eine solche Lösung eintreten wird. Frankreich lehnt kategorisch ab: *«Nicht für eine Milliarde Euro würden wir unsere Seele verkaufen!»*⁹² Am meisten überzeugt gibt sich derzeit Grossbritannien.

Die Ablehnung einiger unserer Gegner lässt auf ihre Bösgläubigkeit schliessen. Während es sich am Beginn der Feindseligkeiten noch darum handelte, ganz legitim Fluchtgelder in die von ihren eigenen Steuerzahlern betrogenen Länder zurückzuholen, geht es jetzt nur noch um die simple Überwachung der Bürger unter dem Vorwand der sozialen Gerechtigkeit. Damit ist der Beweis erbracht, dass unsere Gegner eher ideologischen als rationalen Prinzipien folgen. Man darf sich aber nicht auf die Loyalität der Ideologen verlassen, denn sie sind in einem Denksystem eingeschlossen, das, ausser der Verfolgung unmittelbarer politischer Interessen, auf keiner Logik beruht, sondern auf Emotionen: dem Hass auf Reiche, heisst es doch nicht umsonst: *«Der ideologische Gedanke ist stets gegen irgendjemanden gerichtet. Er ist immer ein Instrument der Gewalt. Er ist beeinflusst, vergiftet.»*⁹³

Noch zwei pikante Details bezüglich der Rubik-Verträge. Die Schweiz hatte darum gebeten, dass der Verzicht auf den Kauf von gestohlenen Dateien im Vertrag festgehalten werde, aber die unterzeichneten Länder haben dezidiert abgewiegt, indem sie nur auf einen «aktiven Erwerb» verzichten wollen. Es ist schwer mög-

lich, sich noch offensichtlicher über uns lustig zu machen! Was bliebe denn von Rubik übrig, wenn die Dateien weiterhin im Verkehr bleiben würden?

Ferner gehörte zu den ersten Obliegenheiten, die unsere Gesprächspartner angemahnt haben, es sei darauf zu achten, dass die in unseren Banken hinterlegten Gelder nicht in der Verhandlungsphase noch entschwinden. Liege ich falsch oder kann man daraus schliessen, dass es noch andere Orte gibt, solche neben dieser abscheulichen Schweiz, wo sich nicht deklariertes Geld ebenfalls noch verstecken und einem Zugriff entziehen liesse? Noch ein Beweis dafür, dass unsere Gegner die Schweiz in ihrer Substanz aushöhlen wollen, ohne bei den anderen Destinationen einzugreifen.

Paolo Bernasconi⁹⁴ meint für den Fall, dass Rubik nicht Standard würde: *«Die Situation würde insbesondere für die Schweiz komplizierter werden, da sie dann nichts mehr zu bieten hätte. Ich denke, dann geht man geradeaus auf den automatischen Informationsaustausch zu. Was für einen Teil des Schweizer Finanzsektors katastrophal wäre, weil er viel von seiner Attraktivität verlieren würde.»* Man darf sich nichts vormachen: Die Unterzeichner werden jederzeit vom Vertrag zurücktreten können: bei einem Regierungswechsel, einem G20-Gipfel, einem Beschluss der OECD, bei dem einen oder anderen Ereignis. Sie werden den automatischen Informationsaustausch verlangen, nachdem sie unsere Beiträge einkassiert haben. Dann werden wir alles verloren haben. Es wäre naiv, auf die Loyalität unserer Verhandlungspartner zu vertrauen, nachdem wir deren Meinungsänderungen schon so oft erlebt haben. Sie ändern die Regeln wieder, sobald wir sie angenommen haben. Sehen wir uns einmal an, wie sich beispielsweise die Position und die Aktivitäten der OECD weiterentwickelt haben.

1987 definierte sie, was ein Steuerparadies ist: keine oder unbedeutende Steuern⁹⁵, keine Transparenz bei den Besteuerungen, kein wirklicher Informationsaustausch mit anderen Steuerbehörden und schliesslich keine substantiellen Aktivitäten. Auf dieser Basis stellt sie Listen auf, auf denen die Schweiz nicht steht, da sie nicht der Definition entspricht.

2001 zielen ihre Bemühungen darauf ab, «*die Nichtübereinstimmung mit den Steuergesetzen zu verhindern*», wobei sie behauptet, die Länder nicht zwingen zu wollen, spezifische Besteuerungskriterien anzuwenden.

2004 gründet die OECD extern ein *Global Forum on Taxation*, um eine Pflichtnorm für einen Informationsaustausch ausarbeiten zu lassen. Gleichzeitig gibt die G20 eine Richtlinie heraus betreffend «*die Pflicht zum Informationsaustausch auf Anfrage in allen die Besteuerung betreffenden Bereichen*». Sie umfasst zugleich weitreichende Schutzklauseln bezüglich der Vertraulichkeit der ausgetauschten Auskünfte. Und Sie haben richtig gelesen: «auf Anfrage»!

2005 erfolgt ein weiterer Schritt mit der Richtlinie über die Besteuerung der Spareinlagen, wobei die Erträge der Spareinlagen in jenen europäischen Ländern, in denen das Bankgeheimnis gilt, an der Quelle zu besteuern sind: also in der Schweiz, in Liechtenstein, Belgien, Österreich und Luxemburg. Dieses Abkommen haben wir sofort unterschrieben, um den automatischen Informationsaustausch zu verhindern. Der Satz betrug 20 Prozent zwischen 2008 und 2011, jetzt beträgt er 35 Prozent, ausser der Kunde macht eine freiwillige Deklaration; 43 000 Kunden haben im Jahr 2008 diese Variante gewählt, was beweist, dass nicht alle Steuerflüchtlinge sind! Aktuell hat die Schweiz in diesem Rahmen pro anno 738 Millionen Franken an die EU gezahlt.

2009 dann eine neue Wende: Mitten in der Krise räumt der berühmte G20-Gipfel von London dem Kampf gegen die Steuerparadiese oberste Priorität ein. Er veröffentlicht eine schwarze Liste und obendrein eine graue, auf der die Schweiz steht, trotz aller zuvor unterzeichneten entsprechenden Abkommen. Um dort wieder wegzukommen, müssen in aller Eile Informationsaustauschkonventionen unterzeichnet werden, über einen zwar immer noch bedingten Austausch.⁹⁶

Im Februar 2012 verkündet der deutsche Minister Wolfgang Schäuble: «*Das Bankgeheimnis hat in Europa keine Zukunft, da wir eine andere Auffassung des Rechtsstaates haben. Die Schweiz ist zwar kein Mitglied der Europäischen Union, kann dem aber nicht entgehen.*» Und am 5. Juli 2012⁹⁷ bestätigt Pascal Saint-Amans, Direktor des Zentrums für Politik und Steueradministration der OECD: «*Die Steuersouveränität der Schweiz ist in Gefahr, wenn sie sich nicht für den automatischen Austausch entscheidet.*» Wäre nicht eher das Gegenteil der Fall?

So viel zur Loyalität unserer Verhandlungspartner, mitunter Käufer gestohlener Dateien! Nun ein Wort zum Fortbestand der Abkommen, die wir unterzeichneten: Wenn die OECD im beschriebenen Sinn entscheidet, fallen alle unsere wunderbaren, seit 2009 ausgearbeiteten Konventionen und überdies unsere zu-

künftigen Rubik-Verträge ins Wasser. Es wäre der sichere Tod des Bankgeheimnisses, auch in unserem eigenen Land, das bereits im Begriff ist, sein Gesetz entsprechend zu überarbeiten (stets mit demselben Übereifer).

An dieser Stelle muss man sich fragen, was aus den internationalen Verhandlungsregeln geworden ist. Denn es war immer Usus, die Feindseligkeiten in Verhandlungsphasen zu unterbrechen, denn ohne Verschnaufpause haben die Verhandelnden kaum wirklich was zu verhandeln! Jetzt ist es genau umgekehrt! Der Krieg verschlimmert sich, damit höherer Druck ausgeübt und der eigene Wille durchgesetzt werden kann. Der Sieg ist dann nicht der des Kompromisses und des Rechts, sondern der des Dschungels. Etwa bezüglich der Loyalität der USA fragt Jean-Pierre Béguelin⁹⁸: «*Wozu dient es, mit der Schweiz Doppelbesteuerungsabkommen zu unterzeichnen, wenn ein Staat dennoch sein internes Recht anwenden will?*» Béguelin bezieht sich hier auf die Kontroverse über die Auslieferung der Namen von UBS-Kunden an die USA. Schliesslich wäre es nützlich, die OECD über ihre Praktiken zur Reform der Richtlinien zu befragen. Derzeit folgt auf eine Regel also gleich eine andere, und der Angleichungsprozess läuft ununterbrochen. So kann man der Schweiz dann vorwerfen, nicht auf dem letzten Stand zu sein. All das führt zu einer rechtlichen Unsicherheit, bei der niemandem geholfen ist.

Heutzutage kann man sich für das Verstecken von Geld anderer Techniken bedienen, wie der Gründung von Trusts oder Stiftungen ganz ohne Formalitäten oder Scheinfirmen, die in wenigen Stunden angemeldet sind. In einem Interview mit «*Le Point*» behauptete Daniel Lebègue: «*Man kann nicht sagen, dass man ein stabileres Finanzsystem bauen will, ein transparenteres, besser geregeltes, wenn es auf der Welt Länder, Finanzakteure, Vermögensverwaltungsfirmen gibt, die in Wirklichkeit keinen Regeln unterworfen sind, keiner ernsthaften Überwachung, keiner Transparenz.*»⁹⁹ Bisher haben wir von der OECD diesbezüglich nichts gehört, während die einschlägigen Zahlen bekannt sind. John Christensen, Direktor des Tax Justice Network, meinte 2009: «*In den letzten Jahren haben die zur britischen Krone gehörenden Gebiete Guernsey, Insel Man und Jersey nur bei 17 Anfragen von Informationsaustausch zusammengearbeitet, die von allen ihren Vertragspartnern stammten. Das kommt weniger als 2 Austausch pro Jahr für jede Insel gleich!*»

Alle diese Länder, die scharf gegen die Steuerparadiese schieszen und dabei mit dem Finger auf die Schweiz zeigen, was glauben Sie, wie schadlos halten sie sich wirklich an derlei Steuerparadiesen? Sie lassen dort ihre eigenen Banken nieder! Beweis: Die Liste der auf den Kaimaninseln, in Panama oder anderen derartigen Gebieten sitzenden Institute enthält die Crème der Banken der USA, von Kanada, Belgien, Frankreich, Deutschland und, natürlich, Grossbritannien. Schauen Sie selbst nach, Sie werden restlos bedient sein! Wenn unsere Gegner diesen Steuerparadiesen den Garaus machen wollten, brauchten sie nur ihren Banken zu verbieten, sich selbst dort niederzulassen. Nichts wäre einfacher als das: Worauf wartet die EU denn noch, um dieses starke Zeichen zu set-

zen? Und der monegasische Finanzplatz, was glauben Sie, von wem wird dieser denn betrieben und geschmiert wenn nicht von den französischen Banken!? Da aber das Fürstentum kein Mitglied der EU ist, findet dort auch kein automatischer Informationsaustausch statt. Damit ist die Sache gelaufen, für Monaco, warum eigentlich nicht auch für die Schweiz, welche nichtsdestoweniger zu einem Kotau vor der EU verpflichtet wäre...

Kommen wir noch einmal auf den Bericht des Bundesrats zurück¹⁰⁰, dem man entnimmt: *«Der Schweizer Finanzplatz von morgen muss seinen Rang unter den ersten Finanzplätzen der Welt behalten und konsolidieren können. Er muss den Bedarf der Wirtschaft hinsichtlich Anlagen, Krediten und Sicherheit bestens erfüllen und anhand einer funktionalen Infrastruktur die tadellose Qualität des Zahlungsverkehrs und des Wertehandels garantieren. Ausserdem muss er signifikant zum Bruttoinlandsprodukt beitragen, Arbeitsplätze schaffen und einen Beitrag leisten zum guten Ruf und zur Stabilität der Schweiz und ihrer Wirtschaft.»* Welch ein Programm!

An anderer Stelle werden mit Blick auf den Finanzplatz innovative Strategien gefordert, neue Geschäftsmodelle. Dazu ermuntert nachdrücklich auch Jacques Pilet¹⁰¹: *«Auf dem Grab des Bankgeheimnisses kann das Gras nachwachsen. Was es braucht, ist Erfindungsgeist, Entschlossenheit und Bescheidenheit, seltene Qualitäten bei den Virtuosen des Geldgeschäfts. Eine «saubere» Kundschaft werben, das machen Banken bereits. Dank eines tadellosen Services. Wenn dann die Augiasställe mit hohem Aufwand ausgemistet worden sind, kann diese Branche endlich grüne Zweige in ganz Europa hervorbringen, nachdem sie den so verunglimpften und jetzt unumgänglich gewordenen «automatischen Informationsaustausch» akzeptiert hat.»* Wir nehmen diese Prophezeiung zur Kenntnis, allein uns fehlt der Glaube daran: Alle grossen Finanzplätze der Welt operieren (oder jonglieren gar) in der einen oder anderen Form mit dem Bankgeheimnis, wenn auf der anderen Seite Trusts oder ähnliche Systeme stehen. Wenn sich woanders nichts ändert, wenn die Regeln nicht weltweit gelten, werden allein die gemassregelten Schweizer Banken auf ihre heimischen Kunden zurückgeworfen und marginalisiert sein. Es ist ein Leichtes, sich ein solches Schrumpfgeschäft vorzustellen. Denn solange es Plätze gibt wie nachgerade in Grossbritannien (Kaimaninseln) oder in den USA (Delaware) selbst, wo Kundenidentifikation oder auch der Kollaborationswille mit auswärtigen Stellen weit hintangestellt werden, können grosse Player ganz leicht andere Mittel und Wege finden, ihre Steuerlast zu marginalisieren. Man muss es immer wieder sagen und betonen: Alle Banken, egal welcher Provenienz, betreiben ein und dasselbe Metier. Wenn nur die Schweizer Banken an die Kandare genommen werden, dann gibt es genügend andere, welche liebend gerne jene «beschämenden» Aktivitäten weiterführen, wozu uns dann die Hände gebunden wären.

Man darf nicht erstaunt sein über den Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit¹⁰² unserer Finanzplätze, seit unsere Gegner querschliessen. Im Jahr 2008 gab's gesamtschweizerisch einen Rückgang vom 5. auf den 7. Platz und im Jahr 2011 etwa sind Zürich und

Genf bei den Metropolen auf den 8. und 9. Platz abgerutscht. Wer hat ihnen den Rang abgelaufen? Tokio, Schanghai und Chicago! Und als zusätzlichen Beweis für die ziemlich rhetorische Frage, wer von unserer Schwächung nun eigentlich profitierte, haben die Amerikaner Boston und San Francisco in den Jahren 2010 und 2011 einen kräftigen Schritt nach oben gebracht. Dagegen ist der globale Anteil der Schweizer Banken zwischen 2003 und 2010¹⁰³ von 31 Prozent auf 25 Prozent gesunken, während Grossbritannien von 16 Prozent auf 25 Prozent und die asiatischen Plätze von 6 Prozent auf 11 Prozent zugelegt haben.

Zur gleichen Zeit verkaufen sich hierzulande die Privatbanken, und die Rentabilität der Finanzinstitute sinkt. Der Untergang des Schweizer Finanzplatzes hat zweifellos begonnen!

Was tun?

Schon sehe ich Sie, liebe Mitbürger, wie Sie mir den berühmten Satz von Destouches¹⁰⁴ vorhalten: *«Die Kritik ist leicht und die Kunst ist schwer!»* Was können wir schon ausrichten, denken Sie vielleicht, was angesichts der Aggressivität unserer Gegner, ihrer konstanten Böswilligkeit, was gegen die Tatsache, dass sie vereint sind und wir so ziemlich allein dastehen? Und was angesichts dessen, dass auf der Gegenseite ganz und gar nicht dieselbe Konzeption des Staats gegeben ist. Ich werde versuchen, als geistesgegenwärtige Bürgerin darauf zu antworten, und zwar mit der Auswahl von möglichen Szenarien, die dann zu analysieren sind. Ich sehe übrigens nur diese drei Szenarien, zwischen denen die Grenzen allerdings mitunter fließend sind:

- Nachgeben, um besser Anlauf zu einem Kontrapunkt holen zu können
- Verzögern, um zu retten, was noch zu retten ist
- Kämpfen, um unsere Unabhängigkeit zu bewahren

Nachgeben!

Nachgeben ist zweifellos jene Option, die in der Schweiz am meisten Anhänger hat, worunter sich einige honorige Persönlichkeiten befinden. Sie halten den automatischen Informationsaustausch für unausweichlich. Einige bedauern das zwar, sind aber der Ansicht, dass unsere Gegner uns nicht in Ruhe lassen werden, bis wir ihren Wünschen nachgekommen sind. Das ist nicht unbedingt falsch, aber nur dann, wenn wir gar nichts machen würden. Andere freuen sich darüber, im Namen welcher hehren nationalen Ethik auch immer. Sie verabscheuen etwa das Bankgeheimnis, das in ihren Augen moralisch nicht mehr tragbar ist, und zwar auch nicht auf nationaler Ebene. Sie meinen, dass die stark von der Krise geschüttelten Nachbarländer die Möglichkeit haben sollten, die ihnen geschuldeten Steuern einholen zu können, und dass das Problem geregelt wäre, wenn die Schweiz nachgäbe. Ich habe weiter oben versucht zu zeigen, dass sie sich irren. Noch andere sind auf der Seite des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble, laut dem die aus der Schweiz zurückzuholenden Steuerbeträge nicht einmal so erheblich wären und es sich vielmehr und grundsätzlich um eine Frage der «sozialen Gerechtigkeit» handle.

Nachgeben ist zweifellos jene Option, die in der Schweiz am meisten Anhänger hat.

Obwohl ich diese Option, vollständig nachzugeben, nicht befürworte, möchte ich so weit objektivieren und andererseits einräumen, dass sie auch nicht einfach als Kapitulation zu diskreditieren wäre. Im Gegenteil, sie müsste nachgerade als Erfolg gewertet werden. Nachgeben bedeutete also, einen solchen Prozess proaktiv voranzutreiben, guten Mutes und mit Enthusiasmus sogar, woraus dann wieder ein gewisser Nutzen erwachsen könnte, kompensativ und in Entlastung bei anderen Obliegenheiten, für die wir dann umso entschlossener eintreten könnten.

Nachgeben, ohne das Gesicht zu verlieren. Nachgeben, weil wir, die Bürger, dazu bereit wären, in voller Kenntnis der Sachlage, und weil die meisten von uns dies favorisierten. Nachgeben kann auch von einer gewissen Grösse zeugen, wenn man in aller Offenheit die Konsequenzen dafür trägt. Nachgeben mit dem Hinweis darauf, dass unser Finanzplatz nicht das ist, wofür die anderen ihn halten, und dass wir den Beweis dazu antreten durch den Verzicht auf die scheinbaren Vorteile, welche bei weitem nicht den ganzen Erfolg ausmachen. Dann müsste man natürlich auch zur Tat schreiten bzw. den Tatbeweis antreten!

Einzulenken statt sich zu zieren oder zu sperren bedeutete, dass wir die Ansprüche unserer Verhandlungspartner im Grundsatz akzeptieren würden. Wir könnten beispielsweise erklären: *«Den Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit können wir gut verstehen. Ebenfalls verstehen wir, dass unsere Kritikerländer das Geld, das einige ihrer Bürger am Finanzamt vorbeiführen, bitter nötig haben und es ihnen auch rechtmässig zusteht. Wir möchten unbedingt vermeiden, als Zufluchtsort zu dienen. Aber es muss auch eingeräumt werden, dass der gestohlene Schatz bei weitem nicht nur in der Schweiz lagert. Er ist nicht zuletzt auch in dieser EU ver-*

steckt, der unsere Kritiker angehören und über deren Gesetze sie selbst bestimmen. Wir werden also behilflich sein, den Schatz bei uns auszuquartieren, aber auch woanders. Denn besser als jeder andere wissen wir, wo er sich befindet, da unsere Banker die Gebiete, die ihnen seit langer Zeit Konkurrenz machen, sehr gut kennen. Wir haben sie mit der Erstellung eines einschlägigen Dossiers beauftragt, das wir übergeben werden und das unumschränkt publik werden soll, damit die Bürger der EU, der USA und der restlichen Welt Kenntnis davon nehmen können. Vor allem aber, damit die betroffenen Regierungen schnell handeln können, um ihre Gelder zurückzuerhalten. Ferner werden wir, da wir mit derartigen Operationen vertraut sind, eine Kommission auf die Beine stellen, um den Entwicklungsprozess in dieser Angelegenheit weltweit verfolgen zu können, zweifellos mit Hilfe von NGO, welche diesbezüglich besonders sensibilisiert sind.»

Wie auch immer die diplomatische Eleganz dieser Rede ausfallen mag, müsste sie zumindest drei Dinge klarstellen: Erstens, dass die Schweiz nicht das einzige schwarze Schaf ist, wie das weltweit allzu viele wahrhaben wollen. Zweitens, dass die Schweiz ein kleiner kämpferischer und souveräner Staat bleibt und sich keine leonidischen Regeln aufzwingen lässt. Drittens, dass die Schweiz ernsthaft und guten Willens dafür sorgen wird, dass woanders dieselbe Ordnung einkehrt, die von ihr verlangt wird, damit ihr zukünftiger, neuer, unbefleckter Finanzplatz gut und erfolgreich in das globale Bild passt. Denn wie bereits weiter oben gesagt, will der Bundesrat, dass dieser Finanzplatz *«einen signifikanten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leistet, Arbeitsplätze schafft und zum guten Ruf und zur Stabilität der Schweiz und ihrer Wirtschaft beiträgt»*. Zur Erreichung dieser ambitionierten

Verzögern hat nur Sinn, wenn unsere Banken Zeit gewinnen, sich umzuschauen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Ziele bei gleichzeitiger Umsetzung des Szenarios «Nachgeben» muss vermieden werden, dass unsere Banken einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt sind.

Das würde ich also unter Nachgeben verstehen: das Steuer in der Hand behalten und die Regeln aufstellen. In gewisser Weise nachgeben, um besser Anlauf nehmen zu können.

Dennoch bin ich keine Befürworterin dieser Option, denn sie öffnet die Tür zum nächsten Krieg. Wurde einmal der automatische Informationsaustausch akzeptiert, wird die Einmischung in unser Steuersystem die Folge sein. Denn da wir gezeigt haben, wie willig wir einlenken können, würde das Spiel mit den gleichen Argumenten weitergetrieben. Denn unser Besteuerungssatz von Unternehmen ist günstiger als derjenige zahlreicher europäischer Länder. Nach einer Studie für das Jahr 2011¹⁰⁵ beträgt die Gesamtbesteuerung für die Schweiz 30,1 Prozent, für die USA 46,8 Prozent, in Deutschland 48,2 und in Frankreich 65,8 Prozent! Daher überrascht es nicht, dass 69 Prozent der französischen Unternehmen das Gefühl haben, sie seien stärker mit Pflichtabgaben belastet als Konkurrenten anderswo. Diese Abgaben betragen allerdings «nur» 54 Prozent des Durchschnitts aus zehn untersuchten EU-Ländern¹⁰⁶. Ferner gehört Frankreich immerhin noch knapp zu den Ländern, in denen es aus steuerlicher Sicht attraktiv ist, ein Unternehmen anzusiedeln.

Man muss also befürchten, dass die EU die Schweiz bitten wird, ihre Steuersätze zu erhöhen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Man kann sich die Frage stellen, warum derlei Verzerrungen nur hinsichtlich des Steuerwesens kritisiert werden und nicht beispielsweise bei den Stundenlöhnen für Arbeitnehmer oder andern sozialen Bedingungen, die eigentlich einen grös-

seren Einfluss auf die Abwanderung von Unternehmen oder die Arbeitslosenzahlen haben. Wie dem auch sei, wenn wir uns verweigern, wird die EU einige Vergeltungsmassnahmen aus dem Ärmel ziehen. Besteht das Ziel unserer Gegner darin, den Schweizer Wirtschaftsplatz zu schwächen, kommen zuerst die Sonderbedingungen unter Beschuss, welche den hier angesiedelten Unternehmen gewährt werden. Danach werden zweifellos unsere niedrigen Zinssätze in Frage gestellt. Es gibt sogar ein Gremium in unserem Parlament, das empfiehlt, die Schweiz solle ihren guten Willen zeigen, indem sie jenes differenzierte Steuersystem opfere, das die Holdings ausländischen Ursprungs, die Mixed-Economy-Firmen und die Home-Business-Firmen privilegiere. Damit, sagen sie, würde man sich Kritik und die schwarze Liste ersparen! Auch hier würden wir wieder nachgeben, ohne zu kämpfen, und vor allem, ohne der EU ihre Widersprüche vorzuhalten.

Dennoch sind bei uns einige Politiker der Ansicht, dass der steuerliche Wettbewerb zwischen den Kantonen unlauter sei und die Steuerpauschalen ungerecht. Die EU wird just in solche Lücken stossen, die gar noch von uns selbst geöffnet wurden. Dabei wird es sich um eine Einmischung in den wichtigsten Bereich staatlicher Souveränität handeln: das Recht auf Steuererhebung und auf die Festlegung von deren Art und deren Sätze. So viel zu den Gründen, weshalb ein Nachgeben einen tödlichen Mechanismus in Gang setzen würde!

Verzögern!

Verzögern – das scheinen wir seit Beginn der Feindseligkeiten zu tun. Der Eindruck ist aber nicht ganz richtig, denn unsere Politik ist obendrein auch noch ausschliesslich reaktiv, und wir han-

deln nur auf Vorstösse unserer Gegner hin. Diese Reaktionen sind in der Regel Zugeständnisse. Meiner Meinung nach aber müsste derlei Behäbigkeit und Widerwilligkeit ganz im Gegenteil eine bewusste Strategie sein, geradezu verinnerlicht und punktgenau verfolgt. Das heutige Gebaren jedoch scheint mehr oder weniger das zufällige Ergebnis zu sein von Panik, Unterwürfigkeit und Zögern. Beweis: die jüngste Revision des Erbschaftssteuerabkommens zwischen Frankreich und der Schweiz.¹⁰⁷

Zur Erinnerung hierzu die Fakten: Im August 2012 verkündet Eveline Widmer-Schlumpf, Finanzministerin¹⁰⁸ und in diesem Jahr zugleich Bundespräsidentin, dass Frankreich beschlossen habe, dieses Abkommen «kurzfristig» (sic) aufzulösen. Sie habe dem französischen Präsidenten Hollande eine Einladung für ein Treffen in der Schweiz geschickt. Sie habe mitgeteilt, bereit zu sein, auch nach Paris zu kommen, wenn dieses Treffen nicht bei uns stattfinden könne (nochmals sic). Als Entschuldigung für diese Kriecherei meinte sie: Laut derzeitigem Abkommen würden Erbschaften am Wohnort des Verstorbenen besteuert, wie von der OECD vorgesehen, während im neuen Abkommen die Besteuerung am Wohnort der Erben gelten solle. Wenn das alte Abkommen aufgehoben würde, käme dies der Wiedereinführung einer Doppelbesteuerung gleich, und zwar zu einem hohen Preis, denn Frankreich ist weitaus fordernder als die Schweiz. Eine derartige Abgabe würde in erster Linie die reichen französischen Erben betreffen, die sich in der Schweiz mit dem Pauschalsteuersystem niedergelassen haben. «Wir werden eine Lösung suchen. Man sollte dieses Abkommen lieber neu verhandeln, als gar kein Abkommen mehr zu haben.» Zahlreiche Fachleute behaupten genau das Gegenteil, nämlich dass das neue Abkommen derart nachteilig sei für die Schweiz, dass gar keine Regelung weit besser wäre! Dieses Begehren wurde mitten im Sommer in die Vernehmlassung geschickt und liess sehr wenig Zeit zur Stellungnahme. Denn die neue Vereinbarung, welche das Abkommen von 1953 ersetzen würde, sollte noch im Herbst 2012 unterzeichnet werden. Das Schweizer und das französische Parlament sollten dann im darauffolgenden Jahr 2013 entscheiden.

Zu diesem neuen Abenteuer kann man sich einige Fragen stellen. Wie kann ein bilaterales Abkommen so kurzfristig aufgelöst werden? Inwiefern soll die einseitige Auflösung mehr Schaden anrichten als das neue Abkommen? Warum hat sich unsere Ministerin derart eifertig erwiesen, während zahlreiche Imponderabilien oder Einwände hätten vorgebracht werden können? Warum hat diese Ministerin durch ihr Vorgehen die Schweizer Seite so sehr benachteiligt, dass kaum Zeit blieb, zu reagieren? Warum sollen hier die Regeln der OECD plötzlich nicht mehr gelten, während man doch bei Steuerfragen just darauf schwört wie auf die Bibel? Alle diese unbeantwortet gebliebenen Fragen bringen mich dazu, der Analyse von Bernard Wüthrich, Kommentator von «Le Temps», bezüglich dieser Bundespräsidentin zuzustimmen¹⁰⁹: «Erstens hat Eveline Widmer-Schlumpf gern recht; deshalb hat sie zuweilen nicht den erforderlichen Weitblick, um einen Beschluss zu konsolidieren. Zweitens wird die Position der Schweiz geschwächt sein, wenn sie in den Ruf gelangt, immer wieder auf Druck nachzugeben.»

Fügen wir diesem unglücklichen Beispiel noch die ach so innovativen Ideen der Selbstanzeige oder der Gleichstellung des Steuerbetrugs mit der Geldwäsche hinzu, so ist unser Verhalten sicherlich nicht eine Position der Verlangsamung oder der Verzögerung, sondern eher der unterwürfigen Eilfertigkeit und der wirtschaftlichen Selbstverstümmelung.

Zahlreiche abgeklärtere Geister sind Anhänger der Option «verzögern». Beispielsweise der Steuerexperte Philippe Kenel, den ich bereits zitiert habe, der erklärt¹¹⁰: «Der automatische Informationsaustausch wird über kurz oder lang zum OECD-Standard. Es handelt sich um einen weiteren Schritt nach der Einführung der multilateralen administrativen Beihilfe unter Staaten. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Grossbritannien haben dies in einem neueren Abkommen bezüglich FACTA verdeutlicht. Es wäre für die Schweiz wohl am besten, sie würde so schnell wie möglich mit der EU verhandeln, um sich zu verpflichten, mit einer möglichst langen Übergangszeit den automatischen Informationsaustausch zu übernehmen, und um unverzüglich den freien Verkehr der Finanzdienste zu erhalten, noch vor der Übernahme des automatischen Informationsaustausches. Während dieser Übergangszeit könnte die Schweiz das System «Rubik» mit der EU anwenden. Es wird schwierig sein, aber es wäre ein grosser Sieg der Schweizer Diplomatie. Man müsste ebenfalls versuchen, den Anwendungsbereich des automatischen Informationsaustauschs möglichst zu begrenzen. Leider wird diese Diskussion nicht stattfinden, denn der Bundesrat möchte nichts vom automatischen Informationsaustausch hören.»

Das nenne ich eine echte Strategie, ob sie sich nun lohnt oder nicht, ob man sie persönlich gutheisst oder nicht.

Aus meiner Sicht verbietet die Haltung der Verzögerung, zu schnelle Zugeständnisse zu machen und damit Dingen vorzugreifen, die später in Verhandlungen noch nützlich sein könnten. Verzögern hat nur Sinn, wenn unsere Banken Zeit gewinnen, sich umzuschauen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, die Umorientierung ihrer angeschwärtzten Kunden mit Fairplay zu organisieren. Verzögern, um das souveräne Volk auf eine Unabwendbarkeit vorzubereiten, die eines Tages endgültig akzeptiert werden muss. Verzögern, um unsere Trümpfe möglichst lange in der Hand zu behalten, bevor man sie abgeben muss. Das ist ein sehr pragmatischer Ansatz, ohne jede Erhabenheit, dem auch ein Staat folgen könnte, um die Interessen des Landes zu verteidigen, was es auch immer koste. Ich mag diese Option nicht, kann aber verstehen, dass sie der einschlägigen Finanzwelt gefällt. Das Übereinkommen Rubik geht in diese Richtung, und man kann dieses in solchem Sinne verteidigen. Die Quellenbesteuerung, worauf es abzielt, ist uns wohlbekannt, da sie seit langem gilt bei Dividenden, Börsenerträgen, Zinsen auf Sparkonten usw. Die Steuer kann auf diese Weise anonym eingezogen werden, zum höchsten Zinssatz. Niemand ist dabei Verlierer, denn diese steuerliche Anonymität ist schwer mit Geld aufzuwiegen.

Die widersprüchliche und unproduktive Mischung aus Verzögerungen und hastigen Zugeständnissen, die derzeit von der

Schweiz in die Welt gesetzt wird, kann ich nicht gutheissen. Man muss ihr eine Alternative entgegensetzen, eine solche des Kampfes, Schritt für Schritt, organisiert in einer Gesamtstrategie, die zuweilen durchaus auch abwartendes Taktieren oder nützliche Zugeständnisse enthalten kann.

Kämpfen!

Bald wird mein Versuch enden, voller Hoffnung Sie überzeugen zu wollen, liebe Mitbürger. Bereits im Oktober 2009 schrieb ich in einer meiner Chroniken für «Le Temps»: *«Die Schweiz muss eine neue, nicht so höfliche und mutigere Haltung einnehmen. Eine kämpferische Neutralität in gewisser Weise. Nicht als erste angreifen, gewissenhaft auf der geschäftlichen Ebene handeln und den eigenen Engagements treu bleiben, nicht mehr zu wollen, als angemessen ist. Sich hart verteidigen, wenn man angegriffen wird, die Kunst der Schritt-für-Schritt-Verhandlung und auch diejenige des Neinsagens wieder entdecken. Den Komplex des einsamen Landes überwinden, denn in Wirklichkeit sind alle einsam, ausserhalb wie innerhalb der grossen Blöcke, wo die Solidarität von ausgesprochen variabler Geometrie ist und nur von den Interessen jedes einzelnen abhängt. Diese neue Kampfbereitschaft und Wachsamkeit im Dienst der richtig verstandenen Interessen der Schweiz werden es erlauben, den internationalen Respekt wieder herzustellen, auf den jede Nation zählen kann, während unsere verblichene Glaubwürdigkeit noch eine teuflische Spirale von Enttäuschungen und Beleidigungen nach sich ziehen lassen könnte.»*

Zu meinem grossen Bedauern hat sich derlei Vermutung über Gebühr bewahrheitet.

Schon in den ersten Zeilen dieses offenen Briefes haben Sie wohl gemerkt, dass ich den Kampf bevorzuge. Nicht dass ich einen besonders kämpferischen Charakter hätte, aber ich glaube, und das habe ich Ihnen klarzumachen versucht, dass die gegen die Schweiz und ihren Finanzplatz gerichteten Anschuldigungen weitgehend ungerechtfertigt sind und dass die dabei angewendeten Methoden unstatthaft sind. Wer derlei Attacken für gerechtfertigt hält, kann wohl nur noch nachgeben, aber dann möchte ich nachdrücklich darum bitten, es nur zu den Bedingungen zu tun, die ich vorgeschlagen habe. Nicht wenige werden aus ideologischen Gründen nachgeben wollen, und kein Argument wird sie vom Gegenteil überzeugen können. Für eine solche Haltung habe ich nur wenig Verständnis.

Sie werden sagen, es sei einfach, zum Kampf aufzurufen, ohne selbst die Mittel für eine intelligente, über kurz oder lang gewinnbringende Auseinandersetzung in die Hand zu geben. Also werde ich das Wagnis eingehen, einen Gefechtsplan aufzustellen. Der Leser wird es nachsehen, dass ich mich hier eher kurz fasse, denn wir haben genügend Fachleute, welche sich dann um die Details kümmern könnten, sollte einmal die Marschrichtung klar sein.

1. Gremien einberufen, die Regeln für eine weltweite Harmonisierung von Besteuerungspraktiken festlegen. Wir haben darüber bereits im Szenario gesprochen, in dem wir nachgeben. Der Vorschlag bleibt gültig auch für den Fall, dass wir den Kampf wäh-

len, aber unter einem anderen Blickwinkel: *«Wir, die Schweiz, sind einverstanden, unsere Gesetzgebung im Endeffekt anzupassen. Sie werden jedoch verstehen, dass wir das nicht machen können, ohne dass Ordnung geschaffen wird im globalen Rahmen des Finanzwesens. Dies liegt nicht zuletzt auch in Ihrem eigenen Interesse, liebe Freunde und Nachbarn, denn das Geld des Steuerbetrugs liegt selbstverständlich nicht nur bei uns.»* Solche Massnahmen könnten einer bereits bestehenden Institution anvertraut werden, wie dem BCBS¹¹¹, das bereits im Bereich der Vorschriften für Eigenkapitalisierung tätig war (Basel I, Basel II, Basel III), wobei es allerdings noch besser wäre, wenn wir das Ansinnen selbst auf den Weg bringen würden, wie bereits oben erwähnt. Ausserdem könnte eine solche Instanz die USA ablösen, die sich für den Finanzpolizisten der ganzen Welt halten. Es dürfte auch dem Leser nicht entgangen sein, dass nur die USA jenseits der Kritik auch noch Prozesse anstrengen, Strafen verhängen und Bussen einkassieren. Es würde mich übrigens sehr interessieren, wo diese Summen überhaupt hinfliessen. Wozu werden sie verwendet? Wen entschädigen sie? Niemand anderes wohl als den amerikanischen Staat! Das muss aufhören. In die Libor-Affäre waren beispielsweise Banken verschiedener Herkunft involviert. Müssten sie bestraft werden, dann natürlich nicht von den USA, sondern von einer internationalen Instanz, die alle Betroffenen vertritt. Die Instanz, die wir gründen würden, würde auch der ESMA¹¹², einer Organisation der Europäischen Kommission, auf die Finger klopfen, einer Organisation, die demnächst mit uns Streit suchen könnte.

2. Unsere allfälligen zukünftigen Zugeständnisse von unserer Zugehörigkeit zur G20 abhängig machen. Die Schweiz gehört zu den Gründungsmitgliedern der OECD. Die Schweiz ist die 19. Kraft in der Weltwirtschaft, der drittgrösste Finanzplatz. Sie steht weltweit punkto Innovation auf dem ersten Rang und auf dem dritten bei der Wettbewerbsfähigkeit usw., usf. Daher ist es legitim, dass die Schweiz Mitglied der G20 wird, die ein Diskussionsforum über die Weltwirtschaft sein will. Dabei will ich diese Organisation keineswegs überbewerten beim Bestreben, die Geschäfte der Welt positiv voranzubringen, sondern da sie nun einmal schlicht und einfach existiert und in gewisser Weise Gesetze erlässt, sollten wir nun mal dazugehören. Umso mehr als die G20 immer wieder die OECD instrumentalisiert und die USA sie zu einer Organisation im Dienst ihrer geopolitischen Ziele machen. Beweis: die merkwürdige Präsenz von Äthiopien als permanenter Gast! Und wenn die Amerikaner uns nicht wollen, dann schliessen wir uns den Gruppen an, die um die G20 herumschwirren, um dort an Bedeutung und Einfluss zu gewinnen. Wir haben die Erfahrung und die Mittel dazu, hier zu reüssieren.

3. Sich einen «Freundeskreis» aufbauen. Natürlich hat ein Land im eigentlichen Sinne des Wortes keine Freunde. Es sieht sich demgegenüber in Allianzsystemen von variabler Geometrie, die sich mit der Zeit weiterentwickeln können. Im Gegensatz zum Privatleben, wo freundschaftliche Verbindungen auf Dauerhaftigkeit angelegt sind, muss man bei politischen Freunden permanent die gemeinsamen Interessen abwägen und Beziehungen mit denjenigen unterhal-

Die Schweiz muss eine neue, nicht so höfliche und mutigere Haltung einnehmen. Eine kämpferische Neutralität in gewisser Weise.

ten, die sie teilen. Hat die Schweiz das getan? Zweifellos geblendet von dieser Isolation, die man ihr vorwirft, seitdem sie den EWR abgelehnt hat, scheint sie sich in ihr Schneckenhaus zurückgezogen zu haben, und heute, wo sie es bitter nötig hätte, Allianzen zu schmieden, fällt ihr dies sehr schwer. Es wäre allerdings höchste Zeit, sich an die Arbeit zu machen! Glücklicherweise tragen Schweizer Unternehmen, ob gross oder klein, vermehrt zu einer Öffnung des Landes bei, so wie auch das auswärtige Amt.

4. Über die Werte kommunizieren, die die Basis der Gesetze und Vereinbarungen bilden sollen, wie unser Land beispielsweise die Beziehung zwischen dem Staat und den Bürgern (und Steuerzahlern) sieht. Man könnte aufzeigen, dass jedes Land seine Besonderheiten hat, welche Aussenstehende vielleicht befremden, wie zum Beispiel die Todesstrafe in den USA. Zur Propagierung von für die Auseinandersetzung nützlichen Themen braucht es didaktisches Know-how und dialektische Schulung. Beispielsweise zum Thema Fiskalrepression, wozu eine Studie¹¹³ gemacht wurde, mit einem Vorwort von Pascal Salin, emeritierter Professor für Wirtschaft an der Universität Paris-Dauphine, der folgendes sagte: *«Es ist traurig, dies sagen zu müssen, aber im gegenwärtigen geistigen Klima braucht man Mut, um es zu wagen, die in dieser Studie enthaltenen Thesen zu verteidigen.»* Er erklärt, wie paradox es sei, dass Staaten, die von ihren Privatunternehmen verlangen, sich dem freien Wettbewerb zu stellen, just davon sich selbst dispensieren. Und es sei staatliche Willkür zu behaupten, dass Steuerkonkurrenz schädlich sei, fügte er hinzu. *«Durch Verfolgung dieses Ziels – neues Paradox – versuchen die Staaten, internationale öffentliche Kartelle zu bilden, während sie behaupten, gegen private Kartelle zu kämpfen.»* In anderen Bereichen fehlen die Werk-

zeuge noch zum Propagieren und Überzeugen, so dass hier dringend nachgerüstet werden muss. Jean-Jacques de Dardel, Botschafter der Schweiz in Paris, hat zum Beispiel erklärt: *«Meine Absicht ist es, den Menschen den Reichtum und die Verschiedenartigkeit der Schweiz näherzubringen. In Frankreich wie auch anderswo auf der Welt hat die Schweiz ein gutes Image. Es ist aber unvollständig und auf Vorurteilen begründet. Das Bild vom Zufluchtsland für Reiche lässt völlig ausser Acht, dass mehr als einhalb Millionen in der Schweiz lebende Ausländer die verschiedensten Gründe bzw. noch ganz andere Gründe für ein Verbleiben in der Schweiz haben können.»*¹¹⁴

5. Sich eine Beobachtungssensibilität aneignen dafür, was Falsches oder Verunglimpfendes gegen die Schweiz gesagt und geschrieben wird. Nicht nur mit dem masochistischen Ziel, eine Blütenlese daraus zu machen, sondern damit das auswärtige Amt Einhalt gebieten kann bis hin zur Androhung von Strafverfolgung, wenn sich die Unflätigkeiten als Lügen und Verunglimpfungen erweisen. Nach der Anzahl der Gegendarstellungen zu schliessen, auf die ich bei meinen Recherchen gestossen bin, sowohl in ausländischen als auch in Schweizer Publikationen bezüglich unserer Gesetze, angeblicher Machenschaften unserer Banken oder Politiker, gibt es noch viel zu tun! Wird nie etwas dementiert, reissen Stereotypen ein, die man immer schwerer loswird. Beweis: Dieser Video-Clip der Obama-Kampagne, der den Gegenkandidaten als eine Art Heidi mit Zöpfen und Dirndl und als Spezialist für Steuerflucht in Richtung Schweiz darstellt. Die Macher dieser Paraphrase beschreiben Heidi als Schweizerin aus Ostermundigen, deren Vater bei Nestlé arbeitet und Kuckucksuhren herstellt. Heidi hat bei der UBS in Genf als Steuerberaterin gearbeitet und war auf Off-

Die Schweiz soll niemals das kleinste Zugeständnis ohne Gegenleistung machen.

shore-Konten spezialisiert. Der schlechte amerikanische Geschmack und der beleidigende Ton dieser Propaganda hätten eine handfestere Reaktion hervorrufen müssen als die von unserem Botschafter erwähnte «Traurigkeit».

6. Mit Vergeltungsmassnahmen drohen, wie unsere Gegner. Es ist nicht das von mir bevorzugte Mittel, da sie immer wie eine Erpressung erscheinen. Aber es gibt Schlimmeres! Eine unserer Waffen beruht auf den sehr zahlreichen Grenzgängern, die die Schweiz hat, d.h. 259 000 Personen im letzten Quartal 2011. Laut dem Bundesamt für Statistik¹¹⁵ ist ihre Zahl innerhalb von fünf Jahren um ein Drittel gestiegen, um 10 Prozent allein zwischen 2010 und 2011. Während sie in der Genferseeregion und in der Nordwestschweiz 10 Prozent der aktiven Bevölkerung ausmachen, was gar nicht so wenig ist, erreichen sie im Tessin 24 Prozent. Über die Hälfte sind Franzosen, 21 Prozent Deutsche und 23 Prozent Italiener.

Unsere Unternehmen brauchen sie, und sie brauchen uns. In diesem Fall bieten wir ihnen einen Arbeitsplatz, den sie zweifellos im eigenen Land nicht fänden. Wir haben dabei den Herkunftsländern vorteilhafte Steuerabkommen gewährt, denn ausser den Grenzgängern des Kantons Genf, die ihre Steuern an der Quelle in der Schweiz zahlen (eine teilweise Rückübertragung ist jedoch möglich), zahlen die anderen ihre Steuern an ihrem ausländischen Wohnort. Dank der Dynamik unserer Wirtschaft ersparen wir damit unseren Nachbarn erkleckliche Arbeitslosengelder und verhehlen ihnen auch noch zu Steuereinnahmen. Wer kann das überbieten! Wir sollten also auf eine bessere Behandlung hoffen dürfen und von den französischen, deutschen oder italienischen Regierungen verlangen, dass sie sich bei ihren Forderungen nicht im Ton vergreifen, auch nicht bei deren Begründung. Auch wir könnten ih-

nen drohen, unsere Abkommen¹¹⁶ bezüglich der Besteuerung der Grenzgänger «kurzfristig aufzukündigen», mit dem Hinweis, es wäre angemessener, sie in der Schweiz zu besteuern oder zumindest halbe-halbe zu machen. Dies umso mehr, als hier fast kein Gegengewicht besteht, denn es sind nur wenige Schweizer Grenzgänger in Frankreich tätig! Deutschland hat 2005 nicht gezögert, seine Gesetzgebung zu überarbeiten und die französischen Grenzgänger in Deutschland und nicht in Frankreich zu besteuern, wie es vorher der Fall war. Ausserdem geschah dies rückwirkend, was für einen Staat der schlimmste Rechtsmissbrauch ist, den es gibt. Wir wären also nicht die ersten! Ferner wurde ein Antrag auf Reform der Besteuerung der Grenzgänger bei den Kammern¹¹⁷ eingereicht.

7. Niemals das kleinste Zugeständnis ohne Gegenleistung machen. Da die Schweiz nicht zur EU gehört, haben wir zahlreiche Anträge bei der Union gestellt, wobei der freie Zugang zum Markt der europäischen Finanzdienstleistungen nicht der geringste ist. Es gibt aber auch eine ganz Reihe von Einschränkungen, die wir als Gegenleistung für die Beibehaltung unseres Bankgeheimnisses akzeptieren mussten. Sie bleiben bestehen, während wir weitgehend nachgegeben haben. Kurz vor Drucklegung dieses Briefes stosse ich noch auf einen Artikel¹¹⁸ zweier Professoren, Autoren eines Buches über die Zukunft des Schweizer Finanzplatzes¹¹⁹, welcher meine Position stützt, und zwar mit der Aussage: «Wenn die Schweiz neue Konzessionen machen müsste, dürfte sie keinesfalls etwas ohne Gegenleistung zugestehen.» Das ist wohl wahr, aber ist sie dazu noch in der Lage, wenn man sich vor Augen hält, wie ihre Kampfbereitschaft im Ausland beurteilt wird: «Man stellt fest, dass die Schweizer Politikklasse relativ fragil ist: geht man in die Offensive, macht sie leicht Zugeständnisse, und man muss wei-

terhin Druck auf dieses Land ausüben.» Das habe ich nicht erfunden, es handelt sich um einen Satz von Christian Chavagneux, Chefredakteur der «Alternatives économiques», der von einer Kommission des französischen Senats befragt wurde.

8. Ein gewichtiges Bankrevisionsinstitut und/oder eine Schweizer Ratingagentur ins Leben rufen. Ich verstehe nicht, wie ein so wichtiger Finanzplatz wie die Schweiz kein Bankrevisionsunternehmen von internationaler Bedeutung hat. Beweis: Nur die Gruppe MAZARS CORESA und die Schweizer BDO SA sind bei der FINMA als Bankauditoren zugelassen, neben den vier amerikanischen Unternehmen. Wenn man weiss, dass BDO 2011 einen Umsatz von 164 Millionen Schweizer Franken (bravo!) gemacht hat, während diejenigen, die man üblicherweise «die Big Four»¹²⁰ nennt, insgesamt 81,6 Milliarden umgesetzt haben, muss man eingestehen, dass die Schweiz nicht dafür gesorgt hat, parallel zu ihren weltweit anerkannten Bankkompetenzen ein echtes Fachwissen im Bereich der Bankrevision zu entwickeln. Denn die Vorschriften der FINMA verlangen, dass die Kontrollen von einem einzigen Auditor für alle Niederlassungen eines Instituts weltweit durchgeführt werden. Es ist daher für eine im Ausland vertretene Bank unmöglich, ein Schweizer Unternehmen zu beauftragen, das über keine internationale Plattform verfügt. Es wäre daher nützlich, einem kompetenten Unternehmen zu helfen, sich entsprechend weiterzuentwickeln.

Das Gleiche gilt für die Ratingagenturen, wobei die Verbindung mit dem Finanzamt nicht so direkt ist. Diesbezüglich wird der Hauptteil des Markts den USA überlassen, mit den beiden grössten Agenturen Moody's und Standard and Poor's. Die dritte, Fitch Ratings (New York und London), wird ebenfalls zu 40 Prozent vom amerikanischen Pressekonzern Hearst Corporation kontrolliert. Die

chinesische Agentur Dagong hat in den USA keine Lizenz erhalten unter dem Vorwand undurchsichtiger Methoden, in Wirklichkeit aus reinem Protektionismus. Damit möchte ich nur sagen, dass aufgrund der internationalen Macht, die dieser Art von Audit- oder Ratingdienstleistungen zukommt, die Schweiz eine derartige Gründung auch auf ihrem Boden mit Ausstrahlung in die ganze Welt hätte anstreben sollen. Noch ist es Zeit, es würde ihr eine grössere Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit ermöglichen.

9. Über unsere Organisationsstrukturen nachdenken, um für den aktuellen und die unausweichlichen künftigen Wirtschaftskriege besser gewappnet zu sein. Man sollte unverzüglich die Rahmenbedingungen überarbeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes zu erhalten oder sogar noch zu verbessern. In erster Linie müsste die Steuergesetzgebung revidiert werden, die nicht mehr in Übereinstimmung mit den Zugeständnissen ist, die von der Schweiz in den neuen Abkommen gemacht wurden. Damit hat der Bundesrat im September 2012 zwar begonnen, nimmt dies aber zum Anlass, die Differenzierung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug in der Schweiz aufzuheben. Sein Bestreben ist also reichlich masochistisch zu nennen, und so dürfte es auch bleiben.

Dann muss die Schweiz alle Gesetze überprüfen, die sie gegenüber anderen Märkten benachteiligen, um sie zu modifizieren oder zu streichen. Sie muss ebenfalls ein Auge darauf haben, dass der rechtliche Rahmen nicht zu kompliziert und zu teuer wird (der Preis für Rubik ist unerschämte hoch, und die kleinen Institutionen können da nicht mithalten. FATCA sorgt für das gleiche Problem!). Und wenn es dann unvermeidlich sein sollte, müsste sie in den Katalog von Körperschaften auch Trusts aufnehmen, oder doch damit drohen. Das geschähe höchst widerwillig, denn diese Form entspricht nicht unserer Tradition und ermöglicht die Geldwäsche. Wenn aber auf internationaler Ebene nichts geschieht, um sie auszumerzen, sind wir gezwungen, entsprechend nachzuziehen, um nicht im unlauteren Wettbewerb zu unterliegen.

Was die Auslandsbeziehungen betrifft, so muss man unseren Verhandlungsdelegationen, die zuweilen etwas desorientiert erscheinen, klare Vorgaben machen. Unsere Bundesräte können nicht omnipräsent sein. Als echte Chefs, die sie ja sein sollen, müssen sie ihre Verwaltung mit Fachleuten und Persönlichkeiten besetzen, die hervorragende Verhandlungspartner im Ausland abgeben: Sprachenbeherrschung, Kenntnis der Kultur, rechtliche Kompetenzen, diplomatische Qualitäten. Ferner scheint das zwischen der Wirtschaftswelt und der Bundesverwaltung unerlässliche Einvernehmen nicht mehr so eng zu sein wie früher. Ein vertrauensvoller Dialog zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor war jedoch zweifellos einer der Faktoren für den Wohlstand der Schweiz. Auch muss die Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Bundesräten besser werden, damit letztere in der Lage sind, die richtigen Beschlüsse zu fassen. Jüngere Beispiele zeigen, dass dies zu wünschen übrig liess. Ferner muss man in der Aussenpolitik, und dort in jenen Gremien, in denen wir vertreten sind, unser Land und seine Positionen hartnäckiger zur Geltung

bingen. Beispielsweise kann man sich bei der OECD fragen, wie dort die Normen ausgehandelt werden und wie unsere Vertreter die Interessen der Schweiz besser einbringen können; man könnte den oftmals verschleierte, verklausulierten Protektionismus entlarven, der in vielen Bereichen betrieben wird.

10. Eine internationale Debatte anregen über die Reglementierung problematischer Finanzprodukte und insbesondere über die Derivate an der Börse. Dieser Vorschlag wird vielen Akteuren des Finanzplatzes nicht gefallen, er scheint mir aber aus zwei Gründen ein Gebot der Stunde zu sein: Einerseits, weil es früher oder später eh dazukommen wird und man besser proaktiv die Initiative ergreifen sollte. Andererseits, weil gewisse Finanzkonstrukte wirklich zu weit gehen und nur noch ein Ausfluss dessen sind, wie eklatant die Kluft und Entfremdung zwischen gewissen Finanzjongleuren und der tatsächlichen Wirtschaft geworden ist. Irgendwann stehen die Banker ganz allein da, weil die Vertreter der Wirtschaftswelt sie nicht mehr unterstützen. Selbst bedeutende Akteure distanzieren sich, wie Nicolas Hayek¹²¹, der 2008 den Vorschlag machte *«einer effektiven Reform der Börse und des globalen Finanzsystems, mit mehr Kontrolle vonseiten der Unternehmer und der Industrie. Gründen wir eine internationale der Unternehmer! Lassen wir uns nicht mehr unterdrücken! Vereinen wir uns, um ein starkes Signal zu geben! Wenn wir die Reformen in der Schweiz beginnen, wird sich dieses Signal wie ein Lauffeuer verbreiten.»* Wenn er damals schon recht hatte, was soll man denn heute erst dazu sagen... Aus seinem Projekt ist nichts geworden, denn zu ihrer Entlastung muss gesagt werden, dass die Unternehmer seitdem andere Sorgen hatten. So ist es an der Schweiz (mit oder ohne ihre Banker, vorzugsweise mit ihnen), eine derartige Debatte anzuregen. Sollte sie auch noch die Problematik der Vergütungen auf den Tisch bringen, würde das gewiss nicht schaden, zumal ja bereits die FINMA in diesem Sinne tätig geworden ist¹²².

11. Kämpfen und sich dabei grosszügig zeigen. Um mit den Aktivitäten zu Ende zu kommen, die meiner Meinung nach eine kämpferische Haltung der Schweiz begleiten müssen, wäre es grundsätzlich gewiss von grossem Nutzen, wenn man sich bei aller Kampfbereitschaft auch grosszügig zeigen könnte. Wir hätten ein probates Mittel dazu und würden damit die Anerkennung unserer Gegner gewinnen, aber es verlangt viel Mut und eine tadellose Argumentation, um auch das Volk zu überzeugen. Ich drücke mich klarer aus: Unsere Nationalbank kauft seit 2011 grosse Mengen Euro, um einen Wechselkurs aufrechtzuerhalten, der unsere Exporte nicht zu stark benachteiligt. Es gab Diskussionen über die Zweckmässigkeit dieser Intervention, die eine Art Konvertierbarkeit mit dem Euro herstellte. Sie setzt uns den Risiken jener Eurozone aus, der wir, einst mit Bedacht gewählt, gerade nicht angehören wollen. Dennoch sitzen wir jetzt auf einem Berg von Euros, mit denen wir nichts anzufangen wissen. Wir können sie nicht wieder zu grossen Teilen auf den Markt werfen, um irgendetwas Anderes dafür zu kaufen, denn das würde natürlich den Nutzen auslöschen, sie gekauft zu haben, und den Markt durcheinanderbringen. Wie seit einiger Zeit bereits diskutiert wird, könnte man einen souveränen Schweizer Fonds¹²³ gründen. Da die Gründung eines derartigen

Fonds eine politische und nicht eine wirtschaftliche Aktion wäre, ginge es nicht in erster Linie darum, ihn möglichst gewinnträchtig anzulegen, sondern vielmehr und ganz im Gegenteil vor allem politisches Kapital daraus zu schlagen.

Man könnte nachgerade ins Träumen kommen darüber, was man alles mit einem solchen Fonds machen könnte! Riesige Ölvorräte oder Gasvorkommen kaufen, um unsere energetische Unabhängigkeit zu sichern. In Afrika der Omnipräsenz der Chinesen entgegenwirken, in einem weniger imperialistischen Geist, sondern eher auf nachhaltige Entwicklung bedacht. Weizenfelder kaufen. Strategische Investitionen tätigen. Stellen wir uns sogar vor, in aller Unabhängigkeit Spanien unsere Milliarden zu leihen, um diesem Land wieder auf die Beine zu helfen! Das wäre «absolute Spitze»! Das würde Sinn machen! Das würde für Aufsehen sorgen! Und das hätte ferner indirekt den gewünschten Effekt: den Kurs der eigenen Währung zu stabilisieren. Ihnen, liebe Leser, stellen sich wohl sofort Fragen besonders zu dieser letzten Idee, die gar hirnrissig erscheinen mag. Schauen wir sie einmal genauer an.

– Um welche Beträge geht es hier überhaupt? Mitte August 2012 wurde publik, dass sich die Schulden der spanischen Banken bei der Europäischen Zentralbank (EZB) auf 375,5 Milliarden Euro belaufen. Der Umfang unseres Euro-Berges ist nicht genau bekannt, aber die letzten Hinweise der SNB legen eine Schätzung auf etwa 240 Milliarden nahe. Wäre nicht schlecht, um mehr als nur ein paar Löcher zu stopfen!

– Warum Spanien und nicht Griechenland? Weil die Schweiz Spanien einiges an Goodwill schuldet, einem Land, aus dem der Schweiz eine beträchtliche Anzahl an hilfreichen, fleissigen, respektvollen und treuen Immigranten zugewachsen ist. Bei uns haben diese Spanier Steuern bezahlt, Unternehmen gegründet, Kinder gezeugt, die jetzt gut integriert und besonders couragiert sind. Wir haben mit Spanien besondere und enge Verbindungen, und sollte man unter den europäischen Ländern, die in echten Schwierigkeiten stecken, wählen, scheint Spanien der erste Kandidat zu sein. Ausserdem bietet seine Wirtschaft, auch wenn sie ausgeblutet ist, sehr viel mehr Perspektiven als diejenige in Griechenland, wo ein kurzfristiger Aufschwung sehr unwahrscheinlich erscheint. Und schliesslich auch deshalb, weil Spanien allein 10 Prozent des BIP der Eurozone ausmacht.

– Was würden wir riskieren? Wenn die Eurozone explodiert, gehen unsere Milliarden ohnehin in Rauch auf. Stabilisiert sie sich, behalten unsere Scheine ungefähr ihren Wert, sicherlich auf mittlere Sicht.

Die Wette gilt? Auf jeden Fall müsste man sehr schnell handeln, denn im Ausland werden bereits Stimmen laut, um die Schweiz zur Kasse zu bitten. Wenn eine solche Aktion schon in der Luft liegt und angestossen werden sollte, dann lieber aus freien Stücken und in eigener Regie, als dazu manu militari gedrängt zu werden!

6 Zum guten Schluss

Am Ende meines Plädoyers angekommen, nicht für die Banken, die gross genug sind, um sich selbst verteidigen zu können, sondern für den Schweizer Finanzplatz insgesamt und für unser Land, die Schweiz, möchte ich Ihnen den Kontext in Erinnerung rufen, in dem wir uns befinden.

Obwohl die Welt von immer mehr Gesetzen und Vorschriften dirigiert wird, verwildert sie. Die internationalen Regeln, von Menschen guten Willens und mit hohen Zielen aufgestellt, werden nicht mehr beachtet, wobei dennoch überall von Ethik die Rede ist. Der Protektionismus drückt überall wieder durch, da die Volkswirtschaften, die die Öffnung gepriesen haben, in der Krise stecken. Die Globalisierung des (Waren-)Austauschs und der Märkte hat die Grenzen der Staaten gesprengt, um neuen, supranationalen Organisationen Platz zu machen, deren Integrität nicht immer unzweifelhaft ist. In diesem Rahmen bleibt die Schweiz das einzige Land, wo das Volk in der direkten Demokratie noch etwas zu sagen hat. In der übrigen Welt fallen die Beschlüsse kaum je in Verbindung mit einer Volksbefragung. Der derzeitige Trend geht in Richtung Oligarchie oder dann liegt die Macht bei einflussreichen Administrationen, was den Völkern nicht entgeht und Unmut auslöst. Ihr Gefühl, den Lauf der Dinge irgendwie mitbeeinflussen zu können, verringert sich und mangels wichtiger Themen, an denen man mitdiskutieren könnte, verfallen viele resigniert einer seichten medialen oder elektronischen Unterhaltungsindustrie. Die Politverdrossenheit nimmt dementsprechend zu. Eine Unzufriedenheit greift Platz, wie eine Studie¹²⁴ beweist, die 2012 mit 5600 gut informierten Personen aus 25 verschiedenen Ländern durchgeführt wurde und die zeigt, dass das Vertrauen in die Regierungen im Durchschnitt nur 43 Prozent beträgt. Die Umfrage hatte in den 12 Jahren, seit sie gemacht wird, noch nie derart schlechte Ergebnisse für die Politik ergeben. Die Unternehmen haben weitaus bessere Resultate, mitten in der Krise!

Die andauernden Defizite der Staatshaushalte, seit dreissig Jahren und viel zu lange schon geduldet von der Politik, sind vorab auch eine Folge der fehlenden demokratischen Kontrolle, wie die gegenwärtigen Irrungen und Wirrungen der Finanzwelt fehlendem echtem Liberalismus anzulasten wären. Der Vergleich scheint gewagt zu sein, aber ist er deshalb so falsch? In einer Demokratie müssen die Abgeordneten sich wählen und wiederwählen lassen und neigen da-

her wenig dazu, ihre Wähler mit unpopulären Einsichten oder Wahrheiten zu konfrontieren. Sie geben sich lieber ausgabenfreudig und ergehen sich häufig in reinem Klientelismus. Auf legislativer Ebene entsteht oft ein wüstes Durcheinander von Gesetzen, von denen viele unnütz oder zu vage sind, die aber die Wichtigkeit und die Machtbefugnisse der Behörden vergrössern. Alles zusammen führt zu enormen Ausgaben und erhöht den Personalbedarf des Staates, der, wenn es so weitergeht, aufgebläht wie der Frosch in der Fabel eines Tages platzt! Die Finanzwelt ist vom Geld geblendet wie die Politiker von der Macht. Ihre Profitgier verleitet sie dazu, auf die Wirtschaft zu spekulieren, statt ihr zu dienen, wobei diese «Blasen», die da entstanden sind, ebenfalls platzen werden! So kam es, dass so ziemlich bar des gesunden Menschenverstandes die westliche Welt in ein veritables Verderben hineingeritten worden ist.

Dass die Schweiz in mancherlei Hinsicht viel besser dasteht, hängt wohl nicht zuletzt mit der besonderen Struktur ihres politischen Systems zusammen. Ihr föderalistisches System kann die Anliegen der Bürger besser aufgreifen, was wiederum die staatsbürgerliche Anteilnahme und Wachsamkeit des einzelnen befördert. Ein konsensorientiertes System verhindert Exzesse der Linken wie der Rechten, die, wenn sie gemeinsam regieren, auch gemeinsam verantwortlich sind für die Entwicklung des Landes und sich gegenseitig auf die Finger schauen. Und schliesslich erlaubt im Gegensatz zur rein parlamentarischen Demokratie die direkte (oder doch halbdirekte) dem Volk, bei dem der gesunde Menschenverstand überwiegt, den Ausgabeneifer der Abgeordneten zu zügeln, indem es unter anderem Steuererhöhungen ablehnt. So verdankt die Schweiz, die über keine natürlichen Reichtümer verfügt, ihren Wohlstand den Rahmenbedingungen, die sie sich selbst gesetzt hat, und einer weitverbreiteten Mentalität, für die Arbeit und Qualität besonders wichtig sind. Denn ist nicht die Qualität der erste Ausdruck von Ethik?

Die EU, die in aller Eile Rettungspläne erstellt, sollte an solche strukturelle Gegebenheiten denken, die bei ihren Völkern, die heute so desillusioniert sind, wohl auf grosse Gegenliebe stossen würden. Das wäre ein besseres Rezept, als die Schweiz zu attackieren. ◀

- ¹ Der Brief ist im September 2012 auf Französisch geschrieben worden und im Oktober 2012 bei Slatkine als Buch erschienen. Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine gekürzte und an einigen Stellen aktualisierte Übersetzung, die erstmals im deutschsprachigen Raum publiziert wird.
- ² In: *Le Matin*. 24. Februar 2009.
- ³ In: *Sonntagszeitung*. 22. April 2012.
- ⁴ Staatssekretariat für Wirtschaft.
- ⁵ Studie Sophia von MIS Trend, veröffentlicht in «Hebdo», 20. Mai 2010: 52 Prozent der Schweizer sind nicht mit der Rettung der UBS durch den Bundesrat einverstanden.
- ⁶ SNB StabFund.
- ⁷ Finanzielle Werte, die man nicht mehr verkaufen kann, weil sie im Markt keinen Wert mehr haben.
- ⁸ Referenzzinssatz des Geldmarkts: London interbank offered rate.
- ⁹ Gervais Williams: *Slow Finance. Why Investment Miles Matter*. London: A&C Black, 2011.
-
- ¹⁰ Name des Banking Act von 1933, mit dem die Inkompatibilität zwischen den Metiers der Depotbanken und der Investitionsbanken beschlossen wurde. Er wurde 1999 gerade rechtzeitig (sic!) durch den Financial Services Modernization Act abgelöst, um die konstitutive Fusion von Citigroup zu ermöglichen.
- ¹¹ Weber erklärt die Entwicklung des Kapitalismus ab der Mitte des 18. Jahrhunderts durch den Aufstieg der protestantischen Arbeitsethik und den Puritanismus: viel Geld verdienen, ohne es auszugeben.
- ¹² Patrick Odier, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung. In: *24 heures*. 15. September 2012.
- ¹³ In: *Le Point*. 9. August 2012.
- ¹⁴ Die binären Optionen sind seit 2008 bei der Chicago Board of Options Exchange (CBOE) reglementiert und verzeichnet. Dieser Transaktionsmodus ist vergleichbar mit der Online-Wette, ob die gewählte Aktie mit einem höheren oder niedrigeren Kurs als der aktuelle abschliessen wird.
- ¹⁵ Paraphrase der berühmten Ironie von Sir Winston Churchill bezüglich der Demokratie.
- ¹⁶ Frédéric Lelièvre: *Un marché de dupes*. In: *Le Temps*. 26. März 2012.
- ¹⁷ Quelle: Website *Présence suisse*, Bundesdepartement für Auslandsfragen und Publikation «Die Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes», veröffentlicht im Juli 2012 von Swissbanking (Schweizer Bankervereinigung).
- ¹⁸ Grenzübergreifende Aktivitäten.
- ¹⁹ In: *Sonntagszeitung*. 22. April 2012.
-
- ²⁰ UniCredit (Italien), Merrill Lynch (USA), London Stock Exchange Group (GB), UniCredit Bank / Bayerische HypoVereinsbank (Deutschland), UniCredit Bank Austria (Österreich) und die Bank Pekao (Polen).
- ²¹ http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2013-14.pdf
- ²² Glencore International Baar / Trading international.
- ²³ Novartis und Roche.
- ²⁴ Nestlé.
- ²⁵ Zurich Financial Services.
- ²⁶ Swiss Re.
- ²⁷ Fitch Solutions: *Global Financial Institutions Rating Criteria*. 15. August 2012.
- ²⁸ Mit noch einer chinesischen und einer japanischen Bank. Die UBS erscheint erst auf Rang 20.
- ²⁹ Tobias Straumann: *Warum ist die Schweiz ein reiches Land? Eine Antwort aus wirtschaftshistorischer Sicht*. In: *Die Volkswirtschaft* 1/2. Januar 2010.
-
- ³⁰ Jahresdurchschnitt der gearbeiteten Stunden (Quelle: OECD).
- ³¹ Siehe Studie «L'îlot suisse des Taux d'Intérêt: Explication et Perspectives», veröffentlicht von der Fakultät der HEC Lausanne unter der Leitung von Professor Jean-Christian Lambelet, und Studie von Claudio Sfreddo: *Pourquoi les taux d'intérêt réels sont-ils si bas en Suisse? Une première analyse*. Universität Lausanne.
- ³² Verhältnis zwischen den Steuereinnahmen (direkte und indirekte Steuern, Pflichtsozialabgaben, einschliesslich Gesundheit) und dem BIP.
- ³³ Quelle: *Economiesuisse*.
- ³⁴ Siehe Laurent Yerly: *Instrumente für einen gesunden Haushalt: ein ideales Kantonsmodell?* Working Paper des IDHEAP no 12/2006.
- ³⁵ Pierre Lemaitre: *Alex*. Paris: Albin Michel, 2011.
- ³⁶ Die Financial Action Task Force (FATF) soll Normen oder Verhaltensvorgaben erarbeiten, um die Geldwäschebekämpfung zu fördern. Die Massnahmen sind in Form von 40 Empfehlungen und 9 Ergänzungen bezüglich der Verhütung der Finanzierung des Terrorismus zusammengefasst.
- ³⁷ Italien, Norwegen und Grossbritannien.
- ³⁸ Bis dahin war sie nicht strafbar, im Gegensatz zu verbotenen Aktivitäten, die mit ihr zusammenhängen.
- ³⁹ Effektenhändler, Pfandbriefinstitute, Vermögensverwalter und Vertriebssträger von kollektiven Kapitalanlagen, Versicherungsvermittler sowie direkt unterstellte Finanzintermediäre.
-
- ⁴⁰ Schweizer Kommunikationsbüro in Sachen Geldwäsche.
- ⁴¹ Art. 305bis des Strafgesetzes, inkl. wenn die Straftat im Ausland begangen wird.
- ⁴² Art. 305ter des Schweizer Strafgesetzes.
- ⁴³ Jahresbericht 2011 des MROS.
- ⁴⁴ Siehe diesbezüglich den in *Point de Mire* no 48 (2012) von Maurice Baudet geschriebenen Artikel. Baudet war Generaldirektor des Schweizer Verbands der Vermögensverwalter ASG.
- ⁴⁵ Jacques Delors.
- ⁴⁶ Erklärung von Bern: Die Steuerwende. Argumente. <http://www.evb.ch/p16845.html> (18. November 2009).
- ⁴⁷ In: *Le Monde*. 26. Mai 2011.
- ⁴⁸ Gründerin und Direktorin von Global Witness, die Kampagnen gegen Konflikte und Korruption in Verbindung mit natürlichen Ressourcen leitet.
- ⁴⁹ Pierre Conesa, Mitglied des Wissenschaftsrats der Stiftung Res Publica.
-
- ⁵⁰ Kodjo Attisso: *The Recovery of Stolen Assets: Seeking to balance fundamental human rights at stake*. Basel: Basel Institute on Governance, 2010.
- ⁵¹ Steuerhinterziehung besteht, wenn man den Behörden keine komplette Erklärung liefert, und Betrug besteht, wenn man falsche oder abgeänderte Unterlagen einreicht.
- ⁵² Lesenswert hierzu ist das Werk «Place financière suisse: l'autre stratégie» von Philippe Braillard und Henri Schwamm (Slatkine, 2006).
- ⁵³ Der Trust ist eine Rechtsbeziehung, bei welcher eine Person als Geber die Verwaltung seines Vermögens im Interesse eines Nutznießers oder eines bestimmten Ziels an einen «Trustee» überträgt. Der Nutznießer kann auch ein anderer Trust sein oder eine Firma. Dank kaskadenartigem Aufbau oder entsprechenden Konstruktionen ermöglicht der Trust, die Identität des Endnutznießers, des wirtschaftlich Begünstigten zu verstecken. Man kann sich zweifellos vorstellen, dass der Trust ein ideales Werkzeug für Steuerflucht ist, wenn er keinen bestimmten Regeln unterworfen ist, und dass er ebenfalls die Geldwäsche ermöglicht, was noch viel schlimmer ist.
- ⁵⁴ Dank Inhaberaktien.
- ⁵⁵ In den USA werden die nachrichtenlosen Vermögen nach 10 Jahren ohne Bewegung an die Zentralbank des Landes des Begünstigten gezahlt. Gute Sache!
- ⁵⁶ Stuart E. Eizenstat, Untersekretär für den internationalen Handel und Sonderbeauftragter des Staatsdepartements für die Rückgabe der Vermögen in Mittel- und Osteuropa.
- ⁵⁷ Die Summe von 1,25 Milliarden Dollar wurde letztendlich zwischen den Klägern der kollektiven Klagen in den USA, den Überlebenden der Shoah und den jüdischen Organisationen verteilt. Die Rechtsanwälte haben 13,5 Millionen USD verlangt.
- ⁵⁸ Planet: www.dailymotion.com/swf/video/x5ho86_pacte-avec-le-diable
- ⁵⁹ Die Bundesregierung hat beschlossen, ab dem 1. Mai 2012 die in den bilateralen Verträgen bezüglich der letzten acht Mitglieder der EU vorgesehene Schutzklausel zu aktivieren.
-
- ⁶⁰ Siehe *Swissinfo*, 9. April 2008.
- ⁶¹ Frédéric Charpier: *L'économie, c'est la guerre*. Paris: Seuil, 2012.
- ⁶² FINMA: *Rundschreiben FINMA 10/1 «Vergütungssysteme»*. 21. Oktober 2009.
- ⁶³ Marian Stepczynski: *Swiss Finish*. In: *Banque & Finance* 106. November-Dezember 2010.
- ⁶⁴ Die Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes, Juli 2012.
- ⁶⁵ Wenn man alle ihre Läden und diejenigen ihrer Filialen, alle ihre Restaurants und Tankstellen mitzählt.
- ⁶⁶ Stets laut der Schweizerischen Bankiervereinigung (Die Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes).
- ⁶⁷ *Swissbanking: Kompendium 2010: Der Schweizer Banksektor*. Basel: Schweizerische Bankiervereinigung, 2010.
- ⁶⁸ *Swissbanking und BCG: Banking im Wandel – Zukunftsperspektiven für Banken in der Schweiz*. Basel: Schweizerische Bankiervereinigung, 2011.
- ⁶⁹ Persönliche Hypothese.

- ⁷⁰ 80 Prozent nicht deklarierte Kunden unter den 60 Prozent ausländischen Kunden.
- ⁷¹ Früherer Wirtschaftschef der Bank Pictet & Cie.
- ⁷² Präsident der Selbstregulierungsorganisationen (SRO).
- ⁷³ Im Bilanzdossier vom 24. März 2010.
- ⁷⁴ Liberal-Radikale Partei, in der Deutschschweiz FDP.
- ⁷⁵ In der TSR-Sendung «Infrarouge» vom 7. Februar 2012.
- ⁷⁶ Mitglied der Geschäftsleitung von Ringier und Kommentator bei «Hebdo».
- ⁷⁷ L'air du large, Blog von Jacques Pilet, 15. Februar 2012.
- ⁷⁸ Veröffentlichung der Schweizer Eidgenossenschaft: Bilaterale Abkommen Schweiz–EU/August 2009.
- ⁷⁹ Beschluss des Ministerrats vom 10. Februar 1975, der zum Projekt einer Richtlinie Nr. 77/799/CEE der Kommission führte, die am 19. Dezember 1977 verabschiedet wurde.
- ⁸⁰ Hauptverwalter, Generaldirektion Steuerwesen und Zollunion, Europäische Kommission.
- ⁸¹ Nach meinen Recherchen gibt es nur wenig Schweizer Werte in den Portefeuilles der Offshore-Kunden: im Durchschnitt 10 bis 15 Prozent.
- ⁸² In: La Nation. 24. August 2012.
- ⁸³ Swissinfo, 27. August 2007.
- ⁸⁴ In: Le Matin. 1. Februar 2012.
- ⁸⁵ Faith Whittlesey, Botschafterin der Vereinigten Staaten in Bern von 1981 bis 1983 und von 1985 bis 1988.
- ⁸⁶ Übersetzung: sich nicht beirren lassen, hart bleiben, zu den äussersten Mitteln greifen.
- ⁸⁷ 141 ausländische Banken, 860 Milliarden Franken Guthaben, verwaltet von nahezu 20 000 Angestellten.
- ⁸⁸ Peter V. Kunz, Professor für Geschäftsrecht an der Universität von Bern, interviewt am 29. August 2012 von «Hebdo».
- ⁸⁹ Strategie für einen steuerlich konformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz. Diskussionspapier, 22. Februar 2012.
- ⁹⁰ 14. März 2012.
- ⁹¹ Richtlinie 2001/107/EC und 2001/108/EC der EU bezüglich Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren.
- ⁹² Valérie Pécresse, französischer Haushaltsminister, im Sommer 2011.
- ⁹³ Francesco Alberoni, italienischer Soziologe und Professor.
- ⁹⁴ Rechtsanwalt und Professor, früherer Tessiner Staatsanwalt, interviewt von Swissinfo. 13. Januar 2012.
- ⁹⁵ Was ihrer Meinung nach nicht ausreicht, denn «die OECD erkennt an, dass jede Gerichtsbarkeit das Recht hat zu entscheiden, direkte Steuern zu erheben oder nicht, und wenn ja, den geeigneten Steuersatz festzulegen».
- ⁹⁶ Damit die administrative Unterstützung gewährt wird, müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein: Die ausländischen Steuerbehörden müssen einen schriftlichen Antrag stellen, in dem sie einen ausreichend begründeten Verdacht vorlegen; die steuerpflichtige Person muss im Antrag mit Namen erwähnt werden; die Umstände der Steuerunterlassung müssen ausführlich beschrieben werden; die Bank oder die Niederlassung muss eindeutig bezeichnet werden.
- ⁹⁷ Eingeladen in Martigny anlässlich des traditionellen Seminars der Finanzkommissionen der Bundeskammern.
- ⁹⁸ Serge Guertchakoff: Comprendre le secret bancaire. Genf: Slatkine, 2009.
- ⁹⁹ Präsident des ORSE, des Observatoriums der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen.

- ¹⁰⁰ Strategie für einen steuerlich konformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz. Diskussionspapier, 22. Februar 2012.
- ¹⁰¹ L'air du large, Blog von Jacques Pilet, 15. Februar 2012.
- ¹⁰² Global Financial Places Index 2012.
- ¹⁰³ Global Wealth 2004–2011, Boston Consulting Group.
- ¹⁰⁴ Französischer Dramatiker (1680–1754).
- ¹⁰⁵ PricewaterhouseCoopers: Paying Taxes 2011. <http://www.pwc.com/gx/en/paying-taxes/assets/paying-taxes-2011-new.pdf>
- ¹⁰⁶ Ipsos/CCIP: Sechste Umfrage über das Steuerwesen bei Unternehmensleitern in zehn Ländern der Europäischen Union. Resultate 2011.
- ¹⁰⁷ Schweizerisch-französisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Erbschaften, unterzeichnet am 31. Dezember 1953, und Nachtrag vom 22. Juli 1997.
- ¹⁰⁸ Anlässlich der Bilanz, die sie am 7. August 2012 in der Mitte ihres Bundespräsidentenjahres gezogen hat.
- ¹⁰⁹ In: Le Temps. 8. August 2012.
- ¹¹⁰ In: Le Temps. 14. März 2012.
- ¹¹¹ Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS).
- ¹¹² European Securities and Markets Authority.
- ¹¹³ Pierre Bessard: Tax burdens and individual rights in the OECD: an international comparison. Lausanne: Institut Constant de Rebecque, 2009.
- ¹¹⁴ In: 24 heures. 26. März 2012.
- ¹¹⁵ Bericht vom 5. März 2012 (Bundesamt für Statistik).
- ¹¹⁶ Schweizerisch-französisches Steuerabkommen vom 9. September 1966 und Steuerabkommen von 1983, dessen Artikel 17.1 besagt, dass die in der Schweiz erzielten Einkünfte einer in Frankreich wohnenden Person in der Schweiz versteuert werden müssen, aber in Abweichung von diesem Artikel wurden Steuerabkommen zwischen Frankreich und den meisten Kantonen (ausser Genf) unterzeichnet. Unter diesen Bedingungen muss ein in Frankreich wohnender und in einem anderen Grenzkanton als Genf arbeitender Arbeitnehmer, wenn er täglich zu seinem Domizil in Frankreich zurückkehrt, in Frankreich seine Steuern bezahlen.
- ¹¹⁷ Motion Jean-Paul Gschwind/CVP Jura, am 15. März 2012 im Nationalrat eingereicht.
- ¹¹⁸ In: Le Temps. 7. September 2012.
- ¹¹⁹ Philippe Braillard und Henri Schwamm: Place financière suisse: l'autre stratégie. Genf: Slatkine, 2006.
- ¹²⁰ PricewaterhouseCoopers, Deloitte, Ernst & Young und KPMG.
- ¹²¹ Chef der Swatch Group.
- ¹²² FINMA: Rundschreiben FINMA 10/1 «Vergütungssysteme». 21. Oktober 2009.
- ¹²³ Vorschlag von Fulvio Pelli, früherer Präsident der FDP, dann von Renaud de Planta, Gesellschafter von Pictet, und von Zeno Staub, Direktor von Vontobel.
- ¹²⁴ Durchgeführt vom Büro Edelmann und präsentiert beim Weltwirtschaftsforum 2012.

Impressum

«Schweizer Monat», Sonderthema 14
ISSN 0036 7400

Die Zeitschrift wurde 1921 als «Schweizerische Monatshefte» gegründet und erschien ab 1931 als «Schweizer Monatshefte». Seit 2011 heisst sie «Schweizer Monat».

VERLAG

SMH Verlag AG

HERAUSGEBER & CHEFREDAKTOR

René Scheu
rene.scheu@schweizermonat.ch

RESSORT POLITIK & WIRTSCHAFT

Florian Rittmeyer
florian.rittmeyer@schweizermonat.ch

KORREKTORAT

Roger Gaston Sutter

Der «Schweizer Monat» folgt den Vorschlägen zur Rechtschreibung der Schweizer Orthographischen Konferenz (SOK), www.sok.ch.

GESTALTUNG & PRODUKTION

Pascal Zraggen
pascal.zraggen@format.ch

MARKETING & VERKAUF

Urs Arnold
urs.arnold@schweizermonat.ch

ADMINISTRATION/LESERSERVICE

Anneliese Klingler (Leitung)
anneliese.klingler@schweizermonat.ch
Rita Winiger
rita.winiger@schweizermonat.ch

ADRESSE

«Schweizer Monat»
SMH Verlag AG
Rotbuchstrasse 46
8037 Zürich
+41 (0)44 361 26 06
www.schweizermonat.ch

ANZEIGEN

anzeigen@schweizermonat.ch

PREISE

Jahresabo Fr. 195.– / Euro 143.–
2-Jahres-Abo Fr. 350.– / Euro 260.–
Abo auf Lebenszeit / auf Anfrage
Einzelheft Fr. 22.– / Euro 18.–
Studenten und Auszubildende erhalten
50% Ermässigung auf das Jahresabonnement.

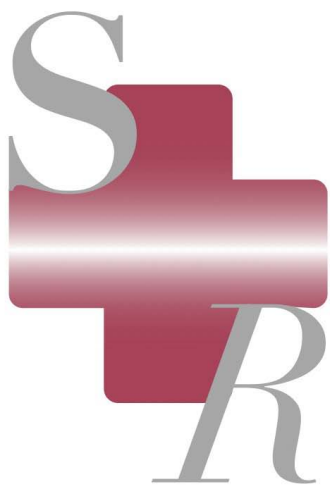
DRUCK

pmc Print Media Corporation, Oetwil am See
www.pmcoetwil.ch

BESTELLUNGEN

www.schweizermonat.ch

Diese Publikation entstand mit der Unterstützung von SwissRespect. SwissRespect ist eine zur Verteidigung von Schweizer Interessen.



SwissRespect
www.swissrespect.ch